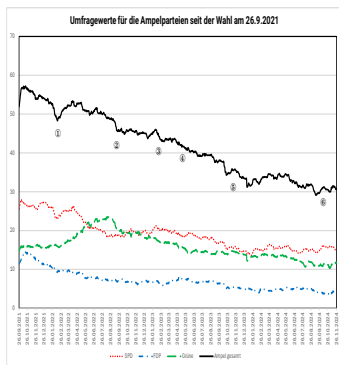


Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2| Frankreich: Kommt der Haushalt für 2025 zustande? • Großbritannien – EU: gelingt ein Reset der Beziehungen?



3-5| Ampel-Aus, Wirtschaft, Gewerkschaften und Konferenz der Grünen • Veröffentlichung Sachverständigengutachten 2024 und Ampel-Koalition am Ende

6| Spanien: Parlament beschließt Fiskalpakt

7| Ukraine: EU-Beitritt trotz russischem Okkupationskrieg? • Wird



die RF Verhandlungen anbieten? Und wenn ja, worüber?

8-9| Nichttarifäre Handelshemmnisse: Bremsen des Wachstums – Dok: Erklärung von Budapest für die europäische Wettbewerbsfähigkeit – Dok: Europäische Gewerkschaften zur Budapester Erklärung

(Auszüge) • Maroš Šefčovič: neuer Kommissar Handelspolitik

10-11| Der Wahlsieg Trumps ermutigt die israelische Rechte • Letzte Meldung: Waffenruhe im Libanon • Großbritannien gibt die Souveränität über die Chagos-Inseln an Mauritius zurück – zum Teil

12| Aktionen/Initiativen – Thema: Haushaltskürzungen

13| wir berichteten. Internationale Asbestkonferenz

14| Essen: Litterode muss bleiben!

15-17| Sachsen: Schwierige Regierungsbildung – Chance für Die Linke • Thüringen – der Untergang



der Linken? – Dok Leitantrag: Wir stehen vor einem Neubeginn in Thüringen:

18-19| Kommunale Initiativen: Soziale Infrastruktur

20-21| Generalstreik in Griechenland • metall-Interview mit Daniela Cavallo, Gesamtbetriebsratsvorsitzende VW • Tarifabschluss in krisenhaften Zeiten • Mehr als ein Jahr Streik bei Tesla in Schweden • Tesla Grünheide: Extreme Arbeitsbelastung – hoher Krankenstand

22-23| Kalenderblatt: 1947: Indien und Pakistan werden unabhängig

24-25| Dok: Wahlanalysen – Rosalux International – USA. Massiver Rechtsschwenk in den USA

26| Einladung zu Winterschule und MV der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ 2.-4. Jan. in Erfurt • Parteitag Die Linke: Gute Stimmung trotz schwieriger Lage

27| Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen: Social-Media-Partei AfD? • Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung • Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 ist erschienen • Evangelische Pfadfinder schließen AfD-Mitglieder aus

28| „Die Voraussetzungen für ein AfD-Verbot sind erfüllt“

29| Weltkulturerbe Bauhaus und die Moderne: Zielscheibe im AfD-Kulturkampf

30| Frankreich, RN-Prozess: Harte Strafen für „neuartige“ Vergehen gefordert • Finnland: Auslandsfinnen droht Rentenkürzung

31| Ruf nach bezahlbarem Wohnraum wird unüberhörbar • EGB fordert Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie • Neuer Infobrief der Arbeiterkammer Wien

32| 8. EUROPÄISCHES FORUM beschließt Schwerpunkte zukünftiger Aktivitäten und Forderungen an die Institutionen der EU



Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 1/2025: 6.2.2025

Ausgabe Nr. 6 am 5. Dezember 2024, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.

Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Frankreich: Kommt der Haushalt für 2025 zustande?

Matthias Paykowski, Karlsruhe. Der von der Regierung Barnier vorgeschlagene Entwurf zum Haushalt, mit dem 60 Milliarden Euro eingespart werden sollten, ist noch in Verhandlung. Selbst in den um die Regierung gruppierten Parteien und Wahlbündnissen erodiert der Wille, sich auf gemeinsame Politik zu verständigen. Die Gräben zwischen Konservativen und Liberalen in der Regierungsfraktion sind tief. Zusammensetzung und Mehrheiten in der Nationalversammlung mit elf Fraktionen erleichtern das Geschäft auch nicht. Zu LFI und auch von LFI ist die Abgrenzung schroff, seit Macron die Forderung, die NFP mit der Regierungsbildung zu betrauen, verweigert hatte. Mélenchon beharrt weiter darauf, dass LFI die Regierungsbildung zustehe, auch wenn das Wahlbündnis in der Nationalversammlung sich in vier Fraktionen teilt. Versuche aus den Regierungsfractionen, Deputierte vor allem aus der sozialistischen Partei PS, eine der Parteien im linken Bündnis NFP, für einzelne Vorhaben oder eine Unterstützung der Regierung zu gewinnen, waren bisher überwiegend erfolglos.

So sucht Barnier Mehrheiten rechts und insbesondere die Zustimmung und Duldung durch den RN. Der RN ist recht erfolgreich dabei, die Regierung zu Zugeständnissen zu treiben. Er hält die „soziale Frage“ besetzt, die Selbstdarstellung als Sprachrohr der kleinen Leute und der einkommensschwachen Haushalte findet Anklang und wird sich bei kommenden Wahlen auszahlen. Gegenüber Barnier sind „rote Linien“ definiert. Bei einem Überschreiten will der RN dem für Mitte Dezember vorgesehenen Misstrauensvotum von LFI-NFP zustimmen. Eine andere Option ist, dass der RN bereits am 2. Dezember (nach Erstellen dieses Artikels) einen eigenen Misstrauensantrag einbringt, um dann mit Stimmen der Linken die Regierung zu stürzen. Oder er wird – wie schon praktiziert – die Vorhaben der Regierung schlussendlich

dann doch noch passieren lassen und seine „Seriosität“ herausputzen. Oder führt der Prozess gegen Le Pen und weitere RN-Funktionäre zu einer unerwarteten Änderung der Strategie der Partei? (Siehe an anderer Stelle dieser Ausgabe, Seite 30.)

Barnier hat für den Haushalt zu den Sozialversicherungen – eines von drei Haushaltsgesetzen, die bis zum Ende des Jahres beschlossen werden müssen – schon Zugeständnisse an den RN gemacht, um einem eventuellen Misstrauensantrag am 2. Dezember zu entgehen und eine der „roten Linien“ nicht zu übertreten: Die Steuern auf Elektrizität sollen im Haushalt 2025 nicht angehoben werden. Das hätte dem Haushalt sechs bis sieben Milliarden Euro zuführen sollen und träfe laut RN vor allem die „einkommensschwachen Haushalte“. Bardella, der Parteivorsitzende des RN, wertete Barniers Zugeständnis als „einen Sieg“, der RN habe durch entschlossenes Handeln verhindert, „dass die Energiepreise für die Franzosen 2025 steigen.“ (FAZ, 28.11.2024)

Weiter fordert der RN die Anpassung der Renten an die Inflation wie ursprünglich geplant zum Jahresbeginn 2025. Der RN will eine Verschiebung in den Sommer nicht mittragen.

Eine geplante Erhöhung der Eigenbeteiligung an verschreibungspflichtigen Medikamenten lehnt der RN ab und hetzt gegen Masseneinwanderung. Für Migranten ohne gültigen Aufenthaltsstatus soll die Krankenversor-

gung drastisch eingeschränkt werden. Dem hat Barnier schon zugestimmt, die jährlich 1,2 Milliarden Euro für die ärztliche Versorgung sollen „stark reduziert werden“, gegen Missbrauch und Betrug härter vorgegangen werden. Ursprünglich hatte der Haushaltsentwurf ein Anwachsen der Ausgaben für die ärztliche Versorgung vorgesehen.

Von den Gebietskörperschaften, aus den Rathäusern, von Bürgermeistern und Abgeordneten der Départements kommt heftige Kritik am Haushaltsentwurf, der Einsparungen von elf Milliarden Euro in den Haushalten der Gebietskörperschaften vorsieht. Der Staat wälze sein riesiges öffentliches Defizit auf die Gebietskörperschaften ab, und zusätzliche geplante Maßnahmen würden die Kommunen und Départements schwer treffen: wie eine Erhöhung der Abgabe des Sondersystems der Sozialversicherung, das für die Rentenversicherung der Beamten der Gebietskörperschaften zuständig ist sowie die Erhöhung der direkten Abgaben an den Staat. Seit den Valls-Gesetzen seien die staatlichen Zuweisungen gekürzt und 2017 die Wohnsteuer abgeschafft worden. Beispielfhaft berichtet der Bürgermeister der Gemeinde L'Union mit 12500 Einwohnern, dass sie seit zehn Jahren 80 % ihrer Einnahmen verloren habe. Bauvorhaben werden ausgesetzt, der Rat des Département Haute-Garonne berichtet von Reduzierung von Feuerwehrposten und systemischen Risiken, die die Départements nicht mehr bewältigen können.

Le Monde 24. – 29.11.2024; Le Figaro 29.11.2024; FAZ 28.11.2024

Großbritannien – EU: gelingt ein Reset der Beziehungen?

Eva Detscher, Karlsruhe. Unter dem Begriff „Reset“ ist die Labour-Regierung Starmer dabei, die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU neu zu gestalten. Dabei verfolgt Starmer einen

pragmatischen Kurs, indem er sowohl bilaterale Kontakte auffrischt (sofortige Besuche bei Macron und Scholz) wie auch in Gesprächen mit der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen eine Art

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Titel: Alfred Küstler (verantwort.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.

Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwort.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.

Europa: Rolf Gehring (rog, verantwort.), rolf_gehring@outlook.de; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen

Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantwort.), ulli.jaeckel@hotmail.de.

Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwort.), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker.

Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantwort.), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, rolf_gehring@outlook.de;

Demokratie verteidigen: Rosemarie Steffens (verantwort.), rosemarie.steffens@icloud.com; Christiane Schneider, chschneiderh@posteo.de

Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwort.), fochlermuenchen@gmail.com.

Solidarisches Europa: Michael Juretzek (verantwort.), michael.juretzek@nord-com.net

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, babburkhardt@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €. Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de



reifere Beziehung demonstriert. Es geht dabei nicht um eine Politik, die sich aus dem Ziel Rückgängigmachen des Brexits speist, sondern eher darum, der britischen Wirtschaft und den sozialen und kulturellen Beziehungen auf die Sprünge zu helfen. Es hat sich schlicht herausgestellt, dass es große Gemeinsamkeiten in den bedeutenden Fragen der Beziehungen zwischen Staaten (und Staatenverbänden wie der EU) gibt: in der Unterstützung der Ukraine oder auch in der Beurteilung der Lage im Nahen Osten.

Die wirtschaftlichen Beziehungen sind Teil der großen Frage, wo das notwendige Wirtschaftswachstum herkommen soll. Es stellt die Grundlage für die von Labour angekündigte Verbesserung der Lage der arbeitenden und arbeitslosen, der jungen, alten oder kranken Menschen ohne große Vermögen dar. EU und Europa sind größter Handelspartner von Großbritannien, es braucht also Brücken für die britische Gesellschaft zur Normalisierung der Beziehungen zur EU. Bereits Premierminister Sunak (von den Konservativen) hat dafür die Grundlage gelegt: Das Windsor Framework (Abkommen, unterzeichnet in Schloss Windsor) vom 27. Februar 2023 regelt den Warenverkehr in der Irischen See, also zwischen dem europäischen Binnenmarkt und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland im Rahmen des Nordirland-Protokolls. Die Regierung Starmer sucht nach Vorbildern und Mustern, die der Wirtschaft in Großbritannien und der Erhöhung der Staatseinnahmen dienen könnten: Efta als Modell, bi- und trilaterale Abkommen, Akzente in der Migrationspolitik usw. Nicht nur von Seiten Großbritanniens, sondern auch aus der Richtung EU kommen Signale der Bereitschaft zur Abstimmung des Vorgehens und auch solche der Annäherung an britische Positionen, um effektiver und erfolgreicher arbeiten zu können. Effektiver in der Hinsicht:

überschaubar und leistbar, erfolgreicher in der Hinsicht, fiskalisch, ökonomisch und sozialpolitisch den nationalistischen und antidemokratischen Strömungen das Wasser abzugraben (Nigel Farage von Reform UK sieht sich schon als Orbán von Großbritannien und nutzt jede Lücke und ungenutzte Chance als Wasser auf seine Mühlen!).

Zudem hatte Großbritannien für die EU und für ganz Europa eine wichtige Rolle als Vermittler in Richtung USA. Der Verbleib von Großbritannien im Europarat und Großbritanniens Mitgliedschaft in der Nato sind nur zwei Beispiele für Chancen und auch Verpflichtungen zur Annäherung und für eine Politik, die die harten Brexiteers ins Abseits bringt. Die Liberalen mit 72 Abgeordneten im britischen Unterhaus (Labour 401, Konservative 121) sind die lautesten und konsequentesten Befürworter der EU. Damit könnte es Starmer in Kooperation mit der EU gelingen, der Personenfreizügigkeit, dem freien Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr mit der EU, vielleicht nach Vorbildern wie Schweiz oder Norwegen den Weg zu ebnen und dabei die

akuten Notlagen mindestens zu mildern und nicht nur seiner Partei eine gute Zukunft in Aussicht zu stellen.

Der Besuch des neuen britischen Außenministers John Healey in Berlin am Dienstag, 25.11.24 war ein Zeichen dieser Annäherung und auch für die Politik der Starmer-Regierung, sich als verlässlichen Partner zu erweisen, den Brexit in gewisser Weise hinter sich zu lassen und sich dieser politischen Last in pragmatischer Weise zu entledigen. Auch, dass aktuell der European Secretary, ein „zweiter Staatssekretär, Europäische Union und internationale Wirtschaftsangelegenheiten“ für das Kabinett von Starmer gesucht wird – übrigens eine Funktion, die von Tony Blair Ende der 1990er Jahre in die Exekutive unterhalb des Levels eines Ministers eingebettet wurde – gehört zu den Indizien für die Zuversicht, dass EU plus Großbritannien eine neue Form der Zusammenarbeit entwickeln werden. Spannend bleibt insbesondere, wer in Zukunft Scharnier für die transatlantischen Beziehungen sein könnte – eine Rolle, die Großbritannien mit dem Brexit leichtfertig verspielt hat.

Ampel-Aus, Wirtschaft, Gewerkschaften und Konferenz der Grünen

Bruno Rocker, Berlin

Das Ende der Ampel-Koalition hatte eine lange Vorgeschichte. Im November 2023 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Übertragung der ursprünglich als Reaktion auf die Corona-Pandemie vorgesehene Kreditermächtigung von 60 Milliarden Euro rückwirkend auf den Klima- und Transformationsfonds einen Verstoß gegen Verfassungsgebote darstellt. Die „faktisch unbegrenzte Weiternutzung von notlagenbedingten Kreditermächtigungen in nachfolgenden Haushaltsjahren“ sei unzulässig, urteilte das Gericht.

Rückwirkend betrachtet war das wohl der Kipppunkt für die Ampel. Der dann folgende Versuch, die Finanzierung der geplanten Projekte aus dem laufenden Haushalt rausleiern zu wollen, scheiterte. Über eine erneute Feststellung einer Notlage waren die Koalitionäre ebenso uneinig.

IG Metall mit den Arbeitgeberverbänden

Inzwischen wird die wirtschaftliche Lage der Republik von den meisten Wirtschaftsinstituten als bedrohlich beschrieben. Der Abwärtstrend hat 2017 begonnen und sich in den letzten beiden Jahren noch einmal verstärkt. Besonders betroffen sind die energieintensiven Branchen sowie der Automobilsektor. Die

Gründe: Vergleichsweise hohe Energiepreise, hoher Bürokratieaufwand, hohe Kosten bei Vorprodukten. Die IG Metall hat auch deshalb zusammen mit den Arbeitgeberverbänden im November die folgende Erklärung veröffentlicht:

„Zur Lösung der strukturellen Standortthemen erwarten die Tarifvertragsparteien von der Politik schnellstmöglich, die richtigen Weichen zu stellen, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich zu verbessern. Dies bedeutet insbesondere:

- Schaffung von Stromkosten auf einem international wettbewerbsfähigen Niveau. Dazu gehört auch die Einführung eines Brückenstrompreises für Unternehmen mit hohem Energieverbrauch, die im internationalen Wettbewerb stehen – unabhängig von ihrer Größe. Bei den Netzentgelten ist für alle Unternehmen dringend eine Entlastung geboten, ebenso wie bei der Stromsteuer.
- Ein beschleunigter Ausbau aller erneuerbaren Energieträger, Übertragungs- und Verteilnetz sowie Speichern und Back-up-Kraftwerken. Sicherstellung von notwendigen staatlichen Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur (Verkehr, digitale Netze,

Energie etc.) und Innovationen (Forschungsförderung, Start-ups, Transfer) und Transformation und verstärkte Anreize für private Investitionen.

- Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- Verstärkte Anstrengungen zum Hochlauf der E-Mobilität – unter anderem über den zügigen Aufbau einer europaweiten Ladeinfrastruktur und die Gewährleistung bezahlbaren Ladestroms. Sowohl die konjunkturelle Lage als auch die strukturellen Probleme erhöhen die Herausforderung, Standorte und Arbeitsplätze zu sichern sowie neue Beschäftigungsperspektiven im eigenen Betrieb, der Branche und in der Region zu entwickeln. Soweit möglich und sinnvoll werden vor Ort arbeitsmarkt- und bildungspolitische Initiativen unterstützt und bei Bedarf ggf. tarifpolitisch begleitet.“

Bislang haben weder Regierung noch Opposition auf die Erklärung der Ta-

rifparteien reagiert. Die Parteien haben inzwischen den Wahlkampf begonnen mit bislang erstaunlich wenig Bezug zur Wirtschafts- und Finanzsituation des Landes. Wir erleben stattdessen Kanzler-Kandidateninszenierungen, Selbstlob, erstaunliche Prognosen zum Wahlausgang und demonstrativ zur Schau gestelltes Selbstbewusstsein.

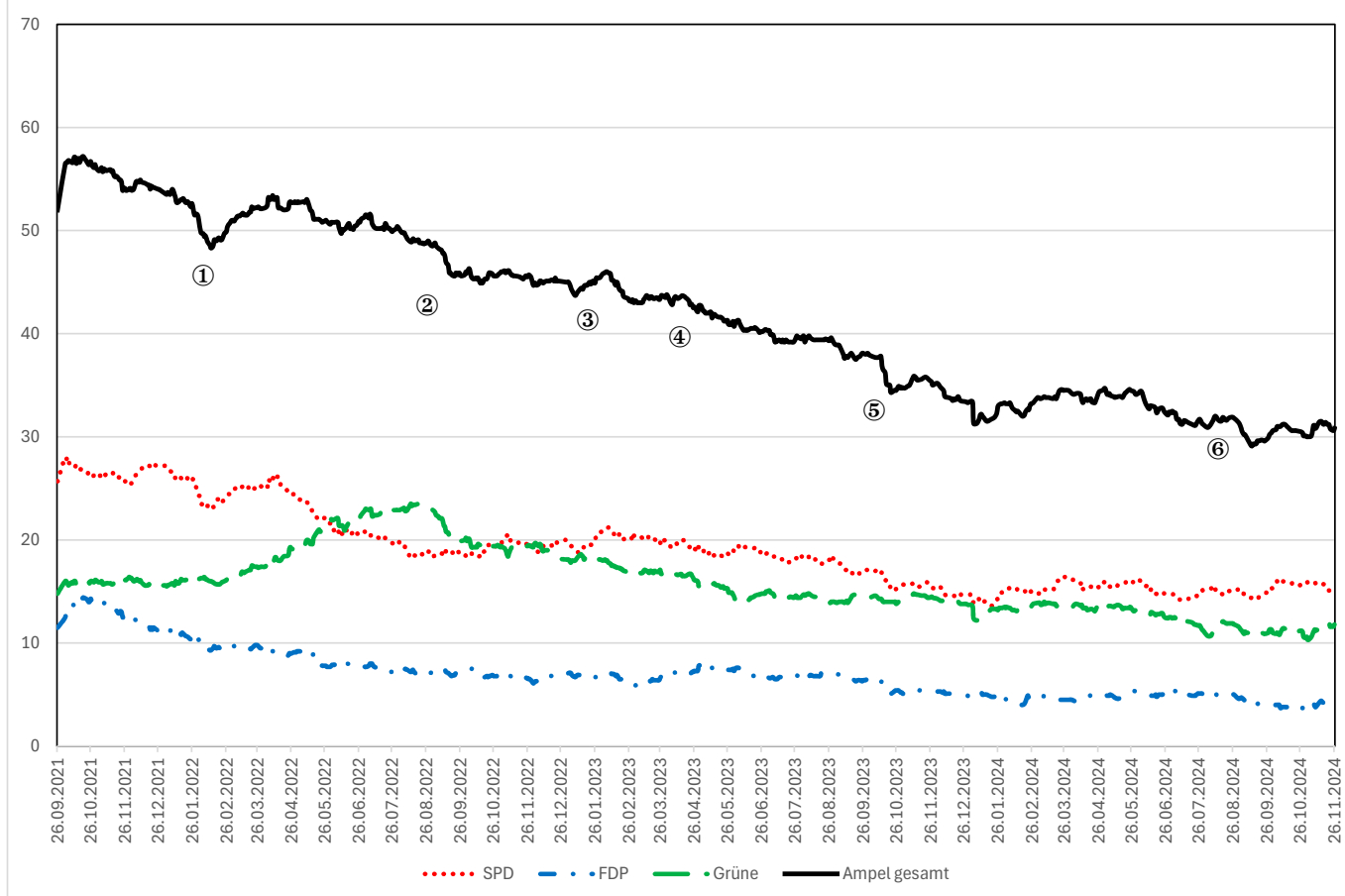
Lediglich Bündnis 90/Die Grünen haben auf ihrer Bundeskonferenz Mitte November neben der Ankündigung von „Küchengesprächen“ des Wirtschaftsministers zumindest einige Sachbeschlüsse gefasst zur Bewertung der Situation. Darin verweisen sie erneut bei den Gründen für die Schwächephase der Wirtschaft auf die damals hohe Abhängigkeit von russischer Energie, die CDU, CSU und SPD gemeinsam zu verantworten hätten, und werben entschieden für eine Stärkung von öffentlichen wie privaten Investitionen in allen Bereichen. Dabei orientieren sie auf den Draghi-Bericht, der darauf abzielt, die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken zu wollen. Es braucht

beides, betonen die Grünen, Strukturreformen und mehr Investitionen, die nicht länger an der Schuldenbremse scheitern dürfen und deren Regeln von den allermeisten Ökonomen längst in Frage gestellt werden.

In einem weiteren Beschluss „Gerechtigkeit statt Spardiktat“ heißt es zum Thema Tarifpolitik: „Deshalb setzen wir uns für eine höhere Tarifbindung, ein starkes Tariftreuegesetz, eine nachhaltige Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die Kopplung von Fördermitteln an die Tarifbindung der Unternehmen und einen schrittweise steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 ein und das auch für unter 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60% des Medianlohns aus der EU-Mindestlohnrichtlinie in das deutsche Mindestlohngesetz.“

Es bleibt abzuwarten, wie sich die anderen Parteien auf den Parteitagen im Januar zur Wirtschafts- und Beschäftigungssituation positionieren werden.

Umfragewerte für die Ampelparteien seit der Wahl am 26.9.2021



Und stetigging's bergab ... Alfred Küstler, Stuttgart. Dargestellt sind die „Sonntagsfrage“-Werte der Ampelparteien SPD, Grüne und FDP sowie ihre Summe, wie sie von dawum.de als Zusammenfassung der Umfragen verschiedener Institute veröffentlicht werden. Startpunkt ist das Bundestagswahlergebnis vom 26.9.2021 mit 25,7% SPD, 11,5% FDP und 14,8% für die Grünen, zusammen 52%. Die aktuellen Werte vom 26.11.2024 betrugen 15,0% SPD, 4,0% FDP und 11,8% Grüne, zusammen also 30,8%.

Zugeordnet sind politische Ereignisse, die auf die Zustimmung wirkten: ① Rußland überfällt die Ukraine. ② Die Inflation steigt bis September 2022 auf knapp neun Prozent. ③ Kompromiss mit CDU/CSU beim Bürgergeld. ④ April 2023, Abschalten der letzten drei Kernkraftwerke. ⑤ November 2023, Haushaltsurteil des Verfassungsgerichts. ⑥ August 2024, Beginn des Streits um die Aufstellung des Bundeshaushalts 2025: SPD und Grüne für Aussetzen der Schuldenbremse, FDP dagegen.

Veröffentlichung Sachverständigengutachten 2024 und Ampel-Koalition am Ende

Christoph Cornides, Mannheim

Zum 15. November 2024 veröffentlichte der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR) sein Jahresgutachten unter dem Titel „Entschlossen modernisieren: Versäumnisse bei Investitionen angehen, digitale Innovation im Finanzsystem vorantreiben“. Nach Vorlage des Gutachtens nimmt dann regelmäßig die Bundesregierung im Rahmen ihres Jahreswirtschaftsberichts dazu Stellung.

In der Presseerklärung zur Veröffentlichung des Gutachtens erläutert der Sachverständigenrat dazu: „Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich weiterhin in der Stagnation: Die anhaltende Wachstumsschwäche legt nahe, dass die deutsche Wirtschaft von konjunkturellen wie auch von strukturellen Problemen ausgebremst wird. Das deutsche BIP dürfte in diesem Jahr real um 0,1 % schrumpfen und im Jahr 2025 um 0,4 % wachsen. Die Inflation geht deutlich zurück; die Inflationsrate wird voraussichtlich in diesem Jahr 2,2 % und im kommenden Jahr 2,1 % betragen.“

Diese allgemeine Kennzeichnung der Stagnation in Eckzahlen der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verläuft inzwischen in drastisch krisenhaften Entwicklungen von Kernbranchen der Wirtschaft in Deutschland, mit Tausenden von Entlassungen und geplanten Standortschließungen, so unter anderem in der Automobil-, der Stahl- und der Chemieindustrie.

Sowohl das Jahresgutachten des SVR wie der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung handeln jeweils von der Beschreibung und Bewertung des „Dreiecks“ von (a) äußeren Entwicklungen und Bedingungen (Russlands Okkupationskrieg gegen die Ukraine, Pandemie, Wirtschaftsentwicklung Chinas, Inflation und Weltmarkt), (b) der aufgelaufenen Lage der Wirtschaft in Deutschland (materieller Stand der Infrastruktur mit Energie, Verkehr, Digitalisierung, wirtschaftliche Lage ganzer Branchen in der internationalen Konkurrenz) und (c) der Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung in dieser Situation.

Wie nicht anders zu erwarten, handelt der Jahreswirtschaftsbericht, gezeichnet vom Wirtschaftsministerium und Minister Habeck, vorwiegend von der Darstellung der Regierungspolitik zur Bewältigung der äußeren Einflussfaktoren und deren Erfolge, aber auch Problemen dabei (Öl- und Gasversorgung, Energiepolitik/Dekarbonisierung, Maßnahmen

gegen die Inflation). Die Art der Eingriffsmaßnahmen in die Wirtschaft, auf die sich die Ampel-Regierung offensichtlich einigen konnte, waren Subventionen in mehr oder weniger großem Stil zunächst in der Pandemie, dann in Form von milliardenschweren Großprojekten internationaler Industriearbeitsplätze (Chip-, Auto-, Batterieherstellung), von denen einige gescheitert sind, andere stocken.

Vordergründig scheiterte die Ampelkoalition an der Finanzierung der Milliardenausgaben für die Wirtschaftsinterventionen wegen Schuldenbremse und Finanzminister. Dass allerdings weniger die Finanzierung in unterschiedlicher Auslegung und Anwendung der Schuldenbremse, sondern tatsächlich ganz unterschiedliche Ziele, Interessen und Strategien der Wirtschaftspolitik die Ampel-Regierung letztlich gesprengt haben, zeigen bereits die beiden parallelen Wirtschaftsgipfel am 29. Oktober. Am Nachmittag lud Kanzler Scholz Industrie- und Gewerkschaftsvertretungen zum Gespräch, ohne Grüne und FDP dazu zu laden. Am Vormittag hatte Lindner flugs noch das von der FDP erkorene Mittelstands-Klientel zum eigenen „Gipfel“ eingeladen. Hier vertrat Lindner, was er kurz zuvor bereits in einem „Grundsatzpapier“ von der Koalitionsregierung gefordert hatte und das an die Medien durchgereicht wurde: Richtungswechsel der Wirtschaftspolitik. Am 25. Oktober erschien Lindner bereits in der Tageschau, Anlass die neuesten Zahlen der Steuerschätzung. Warum es ihm ginge, die Koalition platzen lassen wolle er ja nicht, aber eine grundsätzliche „Richtungsentscheidung“, so Lindner, also eine Grundsatzänderung der Wirtschaftspolitik sei nötig. Sehr konkret wurde Lindner damals nicht, aber so viel wurde immerhin klar, es ging und geht ihm um die Eckpfeiler der „klassischen Angebotspolitik“: Verbilligung der Produktionsfaktoren, allen voran der Arbeit, dementsprechend Senkung der Sozialausgaben und der Löhne. Damit dann wieder „Freude“ am Investieren in Deutschland aufkommt. (ARD, Tageschau vom 25.10.2024).

In diese Situation der auslaufenden Ampel-Regierung fällt dann Mitte November 2024 die Veröffentlichung des Sachverständigengutachtens, das mit Schwerpunkten und Maßnahmenvorschlägen auch als Katalog der Versäumnisse und Fehler der Ampel-Regierung gelesen werden kann.

Katalog von Versäumnissen mit sehr konkreten Gegenmaßnahmen

„Neben den aktuellen Problemen, vor allem in der Industrie, analysiert dieses Gutachten vier weitere Bereiche, in denen Deutschland versäumt hat, einen entschlossenen Modernisierungspfad einzuschlagen.“

Erstens müssen **zukunftsorientierte öffentliche Ausgaben** besser priorisiert und verbindlicher festgeschrieben werden. Die Ausgaben für Infrastruktur, Bildung und Verteidigung sind im internationalen Vergleich gering. In diesen Bereichen sind in den vergangenen Jahren deutliche Mängel aufgetreten.

Zweitens sind im **Verkehrsbereich eine Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur** und darüber hinaus die **Dekarbonisierung des Güterverkehrs** erforderlich.

Drittens hinkt Deutschland bei der **Digitalisierung im Finanzsystem** hinterher und verschenkt dadurch Potenziale für Innovationen und Effizienzsteigerungen.

Viertens ist der **Wohnungsmarkt** besonders in Ballungsräumen angespannt. Das erschwert einerseits den Zuzug von Arbeitskräften in diese produktiven Regionen, andererseits ist die Mietbelastung dort sehr hoch, insbesondere für sozial schwächere Haushalte.“

(<https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/index.html>)

Anders als oft in früheren Gutachten, lässt sich der Sachverständigenrat 2024 auf eine ganze Reihe sehr konkreter, auch politischer und praktisch-organisatorischer Maßnahmen und Empfehlungen zu den vier adressierten Hauptaufgaben ein. So werden zum Beispiel verschiedene Methoden zur besseren Planung, Bewertung und Kontrolle von Infrastrukturinvestitionen beschrieben und empfohlen. Dabei müsse aber auch die Schuldenbremse reformiert werden, „... um Flexibilität der Fiskalpolitik zu erhöhen, ohne die Stabilität zu gefährden“. Zur Wohnungssituation, dem „Wohnungsmarkt“ wird neben steuertechnischen und gesetzlichen Regulierungsänderungen auch die „Stärkung des sozialen Wohnungsbaus als Ergänzung zum Wohngeld“ vorgeschlagen. Zum Thema „mangelhafte Infrastruktur und hohe CO₂-Emissionen im Güterverkehr“ wird der Ausbau des Schienennetzes sowie eine belastungs- und dauerabhängigen LKW-Maut vorgeschlagen.

Spanien: Parlament beschließt Fiskalpakt

Claus Seitz, San Sebastián

„Sanchez muss bei jeder Abstimmung schwitzen und Ausgleichsbewegungen nach links und rechts machen, um parlamentarische Siege zu erringen, aber es gibt keine machbare Mehrheit, die sich in einer Vertrauensfrage gegen ihn ausdrücken könnte“, charakterisierte eldiario.es am 22. November das erste Jahr der neuen Regierung.

Das Regierungsbündnis umfasst ein ideologisches Spektrum von Junts per Catalunya auf der rechten Seite bis Podemos auf der linken (vielleicht vergleichbar „mit von der CSU bis links von der Linkspartei“), Parteien, die konträre Strategien verfolgen und sich zusätzlich untereinander aufs Schärfste bekämpfen, die katalanischen Nationalisten Junts und ERC, die baskischen Nationalisten PNV und EH Bildu und auf der Linken Sumar und Podemos. „Wir arbeiten mit der Regierung zusammen von Stück zu Stück, von Abstimmung zu Abstimmung“, so die Taktik von Junts, Ungewissheit bis kurz vor den Abstimmungen, Politik am Limit als tägliches Geschäft.

Unterdessen vergiftet die konservative Volkspartei (PP) das politische Klima und übt Druck aus mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen. Jüngstes Beispiel die Unwetterkatastrophe in Valencia. Am 16.11.24 bewertet El País: „Der Präsident der Gemeinschaft präsentierte sich als schlichter Zuschauer der Tragödie. Tatsächlich war er nicht da, als er am unheilvollen Tag hätte kritische Entscheidungen treffen müssen. ... ein offenkundiges, unheilvolles Beispiel der Vernachlässigung der Aufgaben eines öffentlichen Dieners. Mazón kann nicht an der Macht bleiben, sein Abgang von der Regionalregierung Valencias ist unvermeidlich. Das weiß er, und das weiß seine Partei. Es ist eine viel zu schwere Last für eine Partei, die danach strebt, Spanien zu regieren.“

Die PP deckt stattdessen Mazón, beschuldigt ohne Beweise die Zentralregierung, verleumdet Umweltministerin Teresa Ribera als „Hochwasserministerin“ und versuchte in Brüssel im Pakt mit dem Präsidenten der EVP, Manfred Weber, die Wahl Riberas zur Vizepräsidentin der EU-Kommission zu verhindern.

Am 21.11.24 erreichte die Regierung mit der Verabschiedung des „Fiskalpakts“ einen wichtigen parlamentarischen Erfolg. Der Pakt beinhaltet eine Mindeststeuer von 15 % auf multinationale Konzerne, eine Erhöhung der Steuern auf besonders hohe Einkommen, eine neue Bankensteuer und einen vorläufigen Kompromiss beim Thema Steuer auf au-

ßerordentliche Erträge der Energiekonzerne. Neben zusätzlicher fünf Milliarden Steuern, sichert der Fiskalpakt die Auszahlung der fünften Tranche aus den EU-Fonds von 7,2 Milliarden Euro. Ohne die Erhöhung der Steuereinnahmen hätte die EU-Kommission überdies auf einer Deckelung der Staatsausgaben bestanden, was die Linksregierung an den Rand des Abgrundes geführt hätte. Finanzexperten gehen davon aus, dass sich der Ausgabenspielraum für die Regierung 2025 um fünf Prozent, ca. elf Milliarden Euro, erhöhen wird. Anfang 2025 werden sich an der Frage des Staatshalts für die Regierung die weiteren Aussichten auf die Legislaturperiode entscheiden.

Besonderer Finanzstatus für Katalonien?

Nach den Regionalwahlen in Katalonien, bei denen die nationalistischen Parteien erstmals die absolute Mehrheit verloren und die Sozialisten stärkste Partei wurden, einigten sich Esquerra Republicana (ERC) und PSC (Katalanische Sozialisten) im Gegenzug für die Wahl von Salvador Illas (PSC) zum neuen Regionalpräsidenten auf die Einführung eines „besonderen Finanzstatus“ für Katalonien.

In Spanien erfolgt die Finanzierung der Autonomen Gemeinschaften nach zwei unterschiedlichen Systemen: Für das Baskenland und Navarra gilt das Foralsystem (régimen foral). Hier werden die Steuern durch die Autonome Gemeinschaft bzw. durch die Provinzen eingezogen. Jährlich führen diese dann einen vereinbarten Betrag (den cupo) an den Staat für von diesem erbrachte Leistungen ab. Die Autonomie erstreckt sich auch weitgehend auf Steuergesetzgebung.

Für die übrigen Autonomen Gemeinschaften gilt das allgemeine System (régimen común). Die staatlichen Finanzämter ziehen die Steuern ein, im Gegenzug erhalten die Autonomen Gemeinschaften vom Staat bestimmte Anteile der in der Gemeinschaft eingezogenen Steuern, eventuell dazu Mittel aus einem Finanzausgleich. Die Steuergesetzgebung liegt hier im Wesentlichen beim Staat.

Über die konkrete Ausgestaltung des „besonderen Finanzstatus“ ist bisher nichts durchgedrungen. Soll Katalonien aus dem allgemeinen System ausscheiden, oder kann eine Lösung innerhalb des allgemeinen Systems gefunden werden? Experten gehen auf alle Fälle von der Notwendigkeit einer Reform des Organesetzes zur Finanzierung der Autonomen Gemeinschaften aus, was eine absolute Mehrheit im Parlament er-

forderlich machen würde. – Chronisch unterfinanzierte Gemeinschaften wie Andalusien, Valencia, Murcia und Kastilien-La Mancha fordern Gleichbehandlung und zusätzliche Mittel in Höhe von 3,2 Milliarden Euro. Sanchez und PSC versichern, dass das Abkommen gegen niemanden gerichtet sei, vorteilhaft sein werde für die Gesamtheit der Autonomen Gemeinschaften und ein weiterer Schritt zur Vertiefung des föderal-plurinationalen Modells.

Ohne eine deutliche Verbesserung der Finanzierung aller Regionen wird keine Mehrheit für einen besonderen Finanzstatus Kataloniens möglich sein.

Oberster Gerichtshof bremst Umsetzung des Amnestiegesetzes

Auf 154 belief sich Ende Oktober die Zahl der Personen, die vom Amnestiegesetz für den katalanischen procés (in Kraft seit dem 10.6.2024) profitiert hatten. 95 davon sind Sicherheitskräfte der katalanischen und nationalen Polizei sowie der Guardia Civil. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass insgesamt 486 Personen amnestiert werden könnten. Der Oberste Gerichtshof (Tribunal Supremo – TS) hat beim Verfassungsgericht beantragt, das Amnestiegesetz als „diskriminierend“, „willkürlich“, „als Verstoß gegen die Gleichheit vor dem Gesetz“ und „verfassungsfeindlich“ zu erklären, womit er sich offen gegen den Gesetzgeber stellt, der das Amnestiegesetz mit der Notwendigkeit der Versöhnung, des Zusammenlebens in Katalonien und der Rückführung des Konflikts auf die politische Ebene begründet. Wiederholt spricht der TS in seinem Antrag auch vom procés als „Staatsstreich“ und von der politischen Führung als „Putschisten“, ein Delikt, wofür die Führer des Prozesses im Urteil von 2019 nicht verurteilt wurden. Die „Veruntreuung öffentlicher Gelder“ soll nach dem Gesetz amnestiert werden, ausgenommen, falls diese „zum Zweck der persönlichen Bereicherung“ geschah. Der TS verweigert Puigdemont & Co. jetzt die Amnestie genau mit dem Argument der „persönlichen Bereicherung“, „da sie zur Förderung des illegalen Referendums öffentliche Mittel verwandten, anstatt die Kosten aus der eigenen Tasche zu bezahlen“. Mit einem Urteil des Verfassungsgerichts wird nicht vor Mitte 2025 gerechnet.

Ukraine: EU-Beitritt trotz russischem Okkupationskrieg?

Christoph Cornides, Mannheim. November 2024: während Russland mit einer Mittelstreckenrakete, der gleichartige folgen sollen, und weiteren Luftangriffen Gebiete in der ganzen Ukraine zerstört, streiten im EU-Parlament Abgeordnete über weitere Hilfe für die Ukraine. Zurzeit führt Ungarn die Ratspräsidentschaft. Ungarns Europaminister Janos Boka, die ganze Riege der autokratischen Regierugs- und Parteivertreter im Europaparlament treten gegen weitere Hilfe für die Ukraine auf. Noch Ende Oktober genehmigte das EU-Parlament ein Darlehen von bis zu 35 Milliarden Euro das mit künftigen Einnahmen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten zurückgezahlt werden soll. So wichtig die Unterstützung, auch die der EU, für die Selbstverteidigung der Ukraine ist, so wichtig ist für eine Entwicklungsperspektive der Ukraine die Realisierung des Beitritts zur EU. Der gegenwärtige Stand und die Verhandlungen seit Beginn des russischen Okkupationskrieges sind noch weit entfernt von einem Beitritt.

Direkt nach Beginn der russischen Invasion unterzeichnete die Ukraine am **29.2. 2022** den Antrag zum Beitritt zur EU. Am **23.6. 2022** bekam die Ukraine den Status als Kandidat für den Beitritt zur EU. Am **14.12. 2023** beschloss der Europäische Rat, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen. Am **21.6. 2024** stimmte die Europäische Union der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu. Diese sollen, um 2030 zu einem Beitritt zur Europäischen Union führen. Dazwischen liegen aber Verhandlungen deren

„...Ziel ist die vollständige Übernahme des rechtlichen Besitzstandes der EU durch den Beitrittskandidaten.“

www.consilium.europa.eu/de/policies/enlargement/

Und das unter den Bedingungen russischer Besetzung?

Sollte es im Krieg Russlands gegen die Ukraine zu Verhandlungen über den „Status Quo“ und nachfolgend zunächst z.B. zu einer Demarkationslinie entlang des Frontverlaufs kommen, so fragt sich, wie dann ein weiterer Beitrittsprozess der Ukraine zur EU überhaupt aussehen soll.

Wie zumindest in Teilen vergleichbare Probleme international lösbar sind, zeigt der Fall Zypern. 1983 wurde der Nordteil Zyperns von der Türkei besetzt und ist es bis heute. Im Mai 2004 wurde Zypern Mitglied der EU, als ein Staat, der seine Rechtshoheit allerdings nur im Südteil seines anerkannten Staatsgebietes ausüben kann.



Montage aus <https://de.wikipedia.org/wiki/Ukraine>, Überblick über die Verwaltungsgliederung der Ukraine. Die Westgrenze der von der RF als Staatsgebiet annektierten Oblaste Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson wurde als dünne schwarze Linie hervorgehoben. Die Frontlinie entsprechend der interaktiven Karte bei <https://deepstatemap.live/> (Stand: 25.11.2024), als dicker schwarzer Strich. Im Norden haben die Truppen der RF den Oblast ganz unter Kontrolle und sind darüber hinaus in den Oblast Charkiv eingedrungen, die drei südlicheren Oblaste haben sie jedoch nicht ganz besetzen können. Die kleine Karte, Quelle ebenfalls https://deepstatemap.live, erinnert daran, wie weit die Invasion ursprünglich vordrang und welche Gebiete (hier schwarz umrandet) der Aggressor wieder räumen musste.

Wird die Russische Föderation Verhandlungen anbieten? Und wenn ja, worüber?

Martin Fochler, München. Der Angriff im Jahre 2022 zielte auf Besetzung der Zentren des Landes und Installation einer Marionettenregierung. Diese Strategie scheiterte, die RF musste sich vor Kiew und Charkiw zurückziehen und das besetzte Cherson räumen, konnte aber über Teilgebiete der Oblaste (Bezirke) Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson eine Landverbindung zur Krim herstellen und Zug um Zug ausweiten. Am 3. Oktober 2022 beschloss die Duma die Eingliederung der genannten Oblaste in das Staatsgebiet der RF. Seitdem versucht die RF unter großen Verlusten und dürrtigen Geländegewinnen die Frontlinie nach Westen zu verschieben und außerdem den gegen die Infrastruktur und zwecks politischer Demoralisierung geführten Luftkrieg zu intensivieren. Das „große“ Ziel dieser Strategie bleibt der Zusammenbruch der Ukraine, das kleinere die vollständige Besetzung der per Duma-Beschluss bereits angeschlossenen Gebiete.

Bringt die Ukraine den langsamen Vormarsch der Aggression an der Front ganz zum Stehen und kann sie die Abwehr der Luftangriffe weiter verbessern, wäre ein Stillstand der militärischen Handlungen denkbar, der in Verhandlungen über einen Waffenstillstand münden könnte, in dem beide Seiten auf ihren weiterreichenden Gebietsansprüchen beharren könnten, aber den Einsatz militärischer Mittel ausschließen würden. Nach jüngsten Äußerungen wäre die ukrainische

Seite bereit, sich darauf einzulassen. Im Hintergrund steht wohl die Erwartung, im Zuge von Wiederaufbau und Entwicklung der freien Ukraine als Teil der EU im „Systemwettbewerb“ zu bestehen. Für das Regime Putin wäre der Eintritt in einen solcher Wettbewerb nicht verlockend, und so verschärft die RF den militärischen Druck.

Kann die Ukraine den Luftkrieg aushalten und abwehren und an der Front standhalten, könnten für das Regime Putin Verhandlungen interessant werden. Damit es so weit kommt, muss die kleine Ukraine verhindern, dass die große RF grenznah große Angriffsarmeen aufstellt, um mit vielfach überlegenen Kräften durchzubrechen. Die Erlaubnis, Lenk- waffen auf das Gebiet der RF zu richten, war überlebenswichtig. Ferner hatte die Ukraine beim Scheitern der Sommeroffensive erfahren müssen, wie schwer und verlustreich es ist, durch Felder von Anti-Personen-Minen vorzudringen. Nun hat sie von den USA eine Lieferung derartiger international geächteter Waffen erbeten und erhalten. (Die USA waren wie die RF, China, Indien u.a. auch dieser 1999 in Kraft getretenen Konvention nie beigetreten.) – In letzten Berichten heißt es, dass die Ukraine ihren Vorstoß auf das Gebiet der RF in Richtung Kursk zurücknimmt. Wird die ukrainische Abwehrfront im Osten des eigenen Landes standhalten, entsteht für das Regime Putin ein Anreiz zum Verhandeln über den Status quo.

Nichttarifäre Handelshemmnisse: Bremsen des Wachstums

Rüdiger Lötzer, Berlin

Der im September vorgelegte Draghi-Bericht hat eine Debatte über die europäische Wachstumsschwäche ausgelöst, die Wellen schlägt. Von gewerkschaftlicher Seite kommt dabei zu Recht der Hinweis, dass die Wachstumsschwäche der EU im Vergleich zu den USA und China nicht durch eine Rückkehr zur Niedriglohnpolitik der rotgrünen Bundesregierung Anfang der 2000er Jahre, durch Deregulierung des Arbeitsmarktes oder den Abbau von Arbeitnehmerschutz überwunden werden könne. Richtig sei vielmehr mehr Geld für Innovation und den Ausbau „guter Arbeit“ im privaten und öffentlichen Sektor. „Innovation statt Niedriglohn“ lautete in Berlin eine DGB-Losung zum 1. Mai der frühen 2000er Jahre.

Was sind nichttarifäre Handelshemmnisse?

Einen wichtigen Teil im Draghi-Bericht spielen nichttarifäre Handelshemmnisse. Als nichttarifäre Hemmnisse gelten technische Vorschriften, Sicherheitsrecht, Lebensmittelrecht, Arzneimittelrecht, Zulassungsbedingungen für Kfz, Züge, Post, Telekommunikation usw., nationalstaatliche Regeln bei öffentlichen Aufträgen für Bauten, in der IT, in der Rüstung sowie die wieder vermehrten Grenzkontrollen. Nichttarifäre Handelshemmnisse spielen in der realen Wirtschaft eine große Rolle. Dieser Bereich, so schätzen Ökonomen, trägt etwa 14 Prozent zum Wirtschaftsprodukt der EU bei. (1) Hier Beispiele für nichttarifäre Handelshemmnisse in der EU.

Beispiel Schienenverkehr

In den 1990er Jahren wurde das Projekt ETCS (Europäisches Zugbeeinflussungssystem) gestartet. Es sollte die über 20 verschiedenen Zugbeeinflussungssysteme in Europa ersetzen, damit Züge a) europaweit fahren können (die transeuropäischen Netze), schneller und sicherer werden. Ergebnis bisher: seit 2017 ist das Bahnnetz in Luxemburg komplett, das Normalspurnetz der Schweiz fast vollständig mit ETCS ausgerüstet. In Belgien, Dänemark und den Niederlanden ist die flächendeckende Einführung beschlossen. In Deutschland sollten von den ca. 39 000 Kilometern Bahnstrecke 2020 8 000 Kilometer mit ETCS modernisiert sein. Tatsächlich waren es 320 Kilometer. Am 19. Juli 2024 meldete „Der Spiegel“, die netzweite Digitalisierung solle nun bis 2043 erreicht werden und werde ca. 64 Milliarden Euro kosten. Im Bundeshaushalt 2025 waren 9,4 Milliarden Euro dafür vorgesehen. Die sind nun offen. (2)

Beispiel Telekommunikation

Draghi und andere argumentieren, der fragmentierte EU-Telekommunikationsmarkt untergrabe die Wettbewerbsfähigkeit. In der EU bestehen etwa hundert Netzbetreiber oder 34 Betreibergruppen, in den USA und China drei oder vier. Am 6. Dezember wollen die Telekommunikationsminister der EU über eine neue Richtlinie beraten. Seit 21. August liegt ein Beschlusstext dazu

vor, der seitdem verwässert wird. In einem Aufsatz in „Euroactiv“ schildert das Theopane Hartmann (3). Danach kam gegen die im ersten Beschlusstext vorgeschlagene Konsolidierung des Marktes die heftigste Gegenwehr aus Deutschland und Frankreich. „Ein Vorschlag zur begrenzten Harmonisierung der Frequenzpolitik, die für die Einführung von 5 G von entscheidender Bedeutung ist, wurde verworfen.“ Vorschläge, stärker gegen Cloud-Anbieter wie Amazon und Microsoft, Meta und Netflix vorzugehen, wurden abgeschwächt. Die Abschaltung des Kupfernetzes soll nun keine „Schlüsselmaßnahme“ zum vollen Glasfaserausbau sein, sondern nur noch „schrittweise“ erfolgen. Auch hier ist Deutschland eines der langsamsten Länder der EU.

Beispiel medizinische Versorgung

Dass chinesische Firmen in der Corona-Pandemie die schnellsten und fast alleinigen Anbieter von Masken, Tests etc. waren, ist bekannt. Dem deutschen Start-Up Biontech, eines der wenigen Unternehmen, dass in den letzten 20 Jahren zu internationaler Größe aufgestiegen ist, gelang dies nur wegen der Kooperation mit dem US-Konzern Pfizer. Dieser erhielt am 12. Dezember 2020, die Notfallzulassung des von ihm und Biontech gemeinsam entwickelten Impfstoffs durch die US-Zulassungsbehörde FDA. Erst danach, am 21. Dezember, folgte die Zulassung durch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA). Diese

DOK: Erklärung von Budapest zum Neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit

Angesichts neuer geopolitischer Gegebenheiten und wirtschaftlicher und demografischer Herausforderungen sind wir, die Führungsspitzen der Europäischen Union, fest entschlossen, unseren gemeinsamen wirtschaftlichen Wohlstand zu gewährleisten und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, während wir die EU zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt machen und die Souveränität, die Sicherheit, die Widerstandsfähigkeit und den globalen Einfluss der EU sicherstellen.

Wir begrüßen den Bericht „Weit mehr als ein Markt“ von Enrico Letta und den Bericht „Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ von Mario Draghi, in denen kritische Herausforderungen aufgezeigt und zukunftsorientierte Empfehlungen erteilt werden. Die beiden Berichte bilden eine gute Grundlage, auf der wir unsere Arbeit ehrgeizig voranbringen werden. Wir verstehen ih-

ren Weckruf. Wir müssen dringend die Innovations- und Produktivitätslücke – sowohl gegenüber unseren globalen Wettbewerbern als auch innerhalb der EU – schließen. Wir werden in Einigkeit und Solidarität für das Wohl aller EUBürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Mitgliedstaaten arbeiten.

1. Verstärkung unserer Anstrengungen zur Gewährleistung eines voll funktionsfähigen Binnenmarkts und zur Erschließung seines vollen Potenzials als wichtiger Motor für Innovation, Investitionen, Konvergenz, Wachstum, Konnektivität und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit – zu diesem Zweck ersuchen wir die Kommission, bis Juni 2025 eine neue und umfassende horizontale Strategie zur Vertiefung des Binnenmarkts einschließlich eines Fahrplans mit klaren Fristen und Etappenzielen vorzulegen;

2. Verwirklichung entscheidender Schritte auf dem Weg zu einer „Spar- und Investitionsunion“ bis 2026 und Erzielung dringend notwendiger Fortschritte bei der Kapitalmarktunion – dadurch werden wahrhaft integrierte europäische Kapitalmärkte geschaffen, die allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen, insbesondere KMU und Start-up-Unternehmen, zugänglich sind.

Zukunftsfähige Finanzierung

Die Wettbewerbs Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, werden erhebliche Investitionen erfordern, für die sowohl öffentliche als auch private Finanzmittel mobilisiert werden müssen. Wir sind entschlossen, alle Instrumente und Mechanismen zur Verwirklichung unserer Ziele zu prüfen und zu nutzen.

Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs der EU, 8.11.2024, www.consilium.europa.eu (Auszüge)

wurde wiederum erst wirksam, nachdem am 27.12. auch das BAM den Impfstoff nach dem deutschen Arzneimittelgesetz freigegeben hatte. Dieses mehrstufige Zulassungsverfahren gilt bis heute für alle neuen Medikamente. (4)

Beispiel Finanzmärkte

Über einen europaweit einheitlichen Kapitalmarkt, die Kapitalmarktunion, verhandeln die EU-Staaten seit Jahren. Bekannt ist das Thema Eurobonds, die inzwischen als nicht erreichbar eingestuft werden, weil Länder wie Deutschland und die Niederlande sie blockieren. Angeblich würden dann noch mehr Schulden gemacht, insbesondere von Ländern wie Griechenland, Italien. Ein



Beispiel für nichttarifäre Hemmnisse anderer Art ist der Versuch der italienischen Großbank Unicredit, die deutsche Commerzbank zu übernehmen. Die Proteste der Beschäftigten und des Betriebsrats der Commerzbank dagegen wurden von Verdi-Funktionären begleitet mit der Forderung, die Commerzbank müsse als „öffentliche Daseinsvorsorge“ vor einer Übernahme geschützt werden.

(1) „Capital Market Union is Going nowhere: Should we care?“, By „Crisi e società Collective“, 23.10.2024, transform Europe group; (2) Wikipedia, European Train Control System, 24.11.2024; (3) Theophane Hartmann, Zukunft des Telekomsektors: EU-Rat schwächt Reformvorschläge ab. „euractiv“, 21.22.2024; (4) Bundesregierung, 21.12.2020: EMA empfiehlt Zulassung des ersten Corona-Impfstoffs

Wie der EGB treibt auch IndustriAll, die Gewerkschaft für die Metall-, Chemie und Textilsektoren in das trübe Wasser der Subventionsforderung. Die Vorsitzende Judith Kriton Darling fordert, da jetzt eine echte Krise der Automobilindustrie manifest wird, dass Worten Taten folgen müssten. Frau von der Leyen müsse nun zeigen, dass sie an der Seite der Automobilarbeiter stehe. Je konkreter diese Forderung wird, desto näher dürfte sie an die bei China schwer kritisierte Subventionierung des Sektors rücken.

DOK: Europäische Gewerkschaften zur Budapester Erklärung (Auszüge)

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben heute die Kommission aufgefordert, dringend eine Industriestrategie für hochwertige Arbeitsplätze zu entwickeln, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken.

Bei einem Treffen in Budapest einigen sich die Regierungschefs der EU auf eine Erklärung für einen „New European Competitiveness Deal“, in der es heißt: „Wir fordern die Kommission auf, als Priorität eine umfassende Industriestrategie für wettbewerbsfähige Industrien und hochwertige Arbeitsplätze vorzulegen.“

Die Erklärung stellt eine wichtige Klarstellung der EU-Position zu einer Industriestrategie dar, nachdem sich die Eurogruppe Anfang der Woche auf eine zweideutige Botschaft geeinigt hatte.

Mangel an Arbeitskräften

Die positive Entwicklung droht jedoch durch Deregulierungsmaßnahmen in der Erklärung, wie die willkürliche Kürzung der Berichtsmaßnahmen um 25 %, untergraben zu werden. Unternehmensvertreter haben die Richtlinie zur geschlechtsspezifischen Entgelttransparenz als Beispiel für eine „Berichtslast“ angeführt. Keine Initiative zur besseren Rechtsetzung darf zu einer Absenkung von Beschäftigungsrechten oder -standards führen.

Dies ist besonders besorgniserregend, da der Arbeitskräftemangel die Wettbe-

werbsfähigkeit Europas in letzter Zeit stark beeinträchtigt hat und Untersuchungen zeigen, dass die Sektoren, die die schlechtesten Arbeitsplätze anbieten, die größten Schwierigkeiten haben, Personal zu finden.

Öffentliche Mittel für Unternehmen sollten von der Einhaltung von Tarifverhandlungen und der Reinvestition eines gerechteren Gewinnanteils zur Steigerung der Produktivität abhängig gemacht werden.

EGB-Generalsekretärin Esther Lynch kommentierte die Budapester Erklärung mit den Worten: „Der Draghi-Bericht hat deutlich gemacht, dass die europäische Wirtschaft unter chronischem Investitionsmangel leidet, der durch eine Kombination aus Sparpolitik und einer Unternehmenskultur entstanden ist, die dazu geführt hat, dass private Investitionen bei steigenden Gewinnen zurückgegangen sind.“

„Der Mangel an öffentlichen Investitionen bedeutet, dass Europa nicht über die grundlegende Infrastruktur verfügt, die die Unternehmen benötigen, und dass der Mangel an privaten Investitionen unsere Produktivität bremst.“

„Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, die durch Tarifverhandlungen geschaffen werden, sind das Herzstück der stärksten Volkswirtschaften in Europa.“

EGB-Presseerklärung vom 8.11.2024

Maroš Šefčovič: neuer Kommissar Handelspolitik

Roland Kulke, Brüssel. Der slowakische Politiker Maroš Šefčovič war bereits seit 2009 Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend, Vizepräsident der Europäischen Kommission für interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung und Kommissar für Energie. Er scheint also unabhängig von den nationalen Wahlergebnissen in der Slowakei immer nach Brüssel entsendet zu werden. Das spricht entweder für die politische Stabilität der Slowakei (wohl nichthaltbare Annahme), oder seine Wandelbarkeit, erkennbar auch an seinem bisherigen Portfolio.

Was steht auf seiner Agenda als neuer Handelskommissar?

In der Anhörung im EP nannte er drei Schwerpunkte: Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (Erschließung neuer Märkte, Abschluss von Freihandelsabkommen, Investitionsförderung usw.), Schutz von EU-Unternehmen vor angeblich „unlauteren Handelspraktiken“ und die Vertiefung von Allianzen.

Große Bedeutung, und kritisch für progressive Akteure, wird die neuartige Anwendung der Handelsschutzmaßnahmen sein. Das beinhaltet die Sicherung des Zugangs zu Drittmarkten, die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs durch subventionierte Importe, oder weitergehende Maßnahmen wie die Verhinderung von Übernahmen strategisch wichtiger Unternehmen durch Unternehmen z.B. aus China.

Gefährlich und auf Kosten des Südens könnten diese Maßnahmen werden, wenn die EU ihre Märkte verschließt, und damit Einnahmen von Drittweltländern verhindert. In der Kürze ist nur so viel zu sagen: die Handelspolitik der EU scheint defensiver und aggressiver zu werden. Der Markt der EU wird nicht mehr als attraktives Mittel zum Zweck von Außenpolitik angesehen, sondern als gefährdet.

Weil die EU mit ihrer Kürzungspolitik ihre internen Märkte teils abwürgt und Investitionen fehlen, suchen Unternehmen den globalen Markt. Nur haben sie eben für diesen immer weniger anzubieten. Die „Financial Times“ berichtete am 19. November 2024, dass die EU überlegt, Drittländerfirmen, die Batteriewerke in der EU aufbauen, dazu zu zwingen, ihr Wissen mit lokalen Produzenten zu teilen. Wäre es nicht so schlimm, könnte man darüber lachen. Denn dieses Mittel bewegt sich auf dem Level der viel gescholtenen Joint ventures, die unterentwickelte Wirtschaften wie Südkorea oder China in den 1980ern westlichen Firmen aufnötigten. Ein klareres Eingeständnis des eingetretenen wirtschaftlichen Rückstandes.

Letzte Meldung: Waffenruhe im Libanon. Ein von den USA vermitteltes 60-tägiges Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Hisbollah trat am 27.11. um 4 Uhr Ortszeit in Kraft. Sollte es Bestand haben, wäre dies ein wichtiger Meilenstein im 14 Monate andauernden Krieg im Libanon. Israel würde sich vollständig aus dem Südlibanon zurückziehen, während die Hisbollah ihre schweren Waffen nördlich des Litani-Flusses, etwa 25 Kilometer nördlich der Grenze, verlegen würde. Die liba-

nesische Armee teilte mit, sie bereite sich auf einen Einsatz im Süden des Landes vor. Der Einsatz erfolgt im Einklang mit der UN-Resolution 1701, die die Grundlage für den Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah bildet. Benjamin Netanjahu billigte den Waffenstillstand, nachdem sein gesamtes Kabinett mit Ausnahme von Ben Gvir dem Abkommen zugestimmt hatte. Er sagte, Israel werde „vollständige militärische Handlungsfreiheit“ behalten und „energisch“ reagieren, sollte die Hisbollah

das Abkommen verletzen. Es gebe drei Gründe, einen Waffenstillstand anzustreben: die Konzentration auf die Bedrohung durch den Iran, die Auffüllung erschöpfter Waffenvorräte und die Erholung müder Reservisten sowie die Isolierung der Hamas. Der Landwirtschaftsminister Avi Dichter hatte am 25.11. vor ausländischen Korrespondenten erklärt, dass die Koalition weiter auf einen „entscheidenden Sieg“ in Gaza fokussiert sei. Dies sei definitiv nicht „der Beginn des Endes“. (Guardian, 27.11.)

Der Wahlsieg Trumps ermutigt die israelische Rechte

Ulli Jäckel, Hamburg

Finanzminister Bezale Smotrich sagte am 25. 11., Israel solle Gaza besetzen und die Hälfte der 2,2 Millionen Palästinenser des Gazastreifens „ermutigen“, innerhalb von zwei Jahren auszuwandern. Auf einer Konferenz einer Dachorganisation israelischer Gemeinden im Westjordanland sagte Smotrich, es sei „möglich, eine Situation zu schaffen, in der die Bevölkerung Gazas innerhalb von zwei Jahren auf die Hälfte ihrer derzeitigen Größe reduziert wird, und zwar durch eine Strategie der Förderung der „freiwilligen Auswanderung“. Kritiker der Politik der „freiwilligen Auswanderung“, die auch von Smotrichs rechtsextremem Ministerkollegen Itamar Ben Gvir angepriesen wird, bezeichnen dies als einen Euphemismus für Zwangsvertreibung – ein Kriegsverbrechen. Smotrich betonte, dass die einzige Möglichkeit, Hamas zu besiegen, darin bestehe, ihre Regierungsfähigkeiten in Gaza zu ersetzen, und dass Israel die einzige Partei sei, die dies tun könne, selbst wenn dies bedeute, die israelischen Streitkräfte für die Verwaltung der zivilen Angelegenheiten der Palästinenser in Gaza verantwortlich zu machen. Sobald der Erfolg der „ermutigten Migration“ in Gaza bewiesen sei, so Smotrich, könne er im Westjordanland wiederholt werden, wo weitere drei Millionen Palästinenser leben. Der Vorsitzende der Partei des Religiösen Zionismus spricht sich seit langem für die Annexion großer Teile des Westjordanlands aus und erklärte Anfang dieses Monats, dass der Wahlsieg des designierten US-Präsidenten Donald Trump eine Gelegenheit biete, diese Vision umzusetzen. (Times of Israel, 26.11.24). Smotrich hat seit Juni 2023 die alleinige Verantwortung für die Siedlungsplanung in der Regierung inne.

Seit Anfang November mehren sich die Anzeichen, dass diese Politik bereits systematisch verfolgt wird: In einem Pressegespräch hatte der Brigadegeneral Itzik Cohen gesagt, dass sich Israels Streitkräfte der „vollständigen Evakuierung“ von Jabaliya, Beit Hanoun und Beit Lahiya näherten – den drei nördlichsten Städ-

ten Gazas, die seit Anfang Oktober unter schwerem israelischen Bombardement stehen. „Es besteht keine Absicht, den Bewohnern des nördlichen Gazastreifens die Rückkehr in ihre Häuser zu gestatten“, fuhr Cohen fort und fügte hinzu, dass seine „klaren Befehle“ darin bestünden, „einen gereinigten Raum zu schaffen“. (Guardian, 6.11. 24). Die Zeitung Haaretz schrieb am 10.11.: „Das israelische Militär führt im nördlichen Gazastreifen eine ethnische Säuberung durch. Die wenigen Palästinenser, die noch in dem Gebiet leben, werden zwangsevakuiert, Häuser und Infrastruktur wurden zerstört und breite Straßen in dem Gebiet gebaut, um die Trennung der Gemeinden im nördlichen Streifen vom Zentrum von Gaza-Stadt abzuschließen.“ Die NZZ berichtet am 26.11., dass Israel den Gazastreifen, in dem zwei Drittel der Gebäude zerstört sind, neu strukturiert und eine neue Infrastruktur errichtet, die auf eine dauerhafte Besetzung hindeuten könnte. Israel habe seit dem 26. Oktober 82 von 91 Versuchen, Hilfsgüter in die abgeriegelten Gebiete im Norden Gazas zu liefern, „völlig abgelehnt“, sagte Georgios Petropoulos, Leiter des humanitären Büros der Vereinten Nationen in Gaza am 26.11. gegenüber der Washington Post. Noch mehr Versuche seien erfolglos geblieben, weil „bestimmte Orte oder bestimmte Lieferungen verwei-

gert“ worden seien.

Israel führt diese Politik weiter ungeachtet der Tatsache, dass 14 Mitglieder des Sicherheitsrates am 20. 11. für eine Resolution stimmten, die einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand im Gazastreifen, den sofortigen Zugang der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu grundlegenden Dienstleistungen, und zugleich die Erleichterung der vollständigen, schnellen, sicheren und ungehinderten Einfuhr von Hilfsgütern in großem Umfang in den Gazastreifen und durch den gesamten Gazastreifen sowie deren Lieferung an alle Bedürftige forderte. Der Text forderte auch, dass die Parteien alle Bestimmungen der Resolution 2735 (2024) des Sicherheitsrats „vollständig, bedingungslos und unverzüglich“ umsetzen. Dazu gehören die Freilassung von Geiseln, der Austausch palästinensischer Gefangener, die Rückgabe der sterblichen Überreste getöteter Geiseln, die Rückkehr palästinensischer Zivilisten in ihre Häuser und Viertel in allen Gebieten Gazas – auch im Norden – und ein vollständiger Abzug der israelischen Streitkräfte aus Gaza. Der Entwurf unterstrich ferner die Rolle des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) als Rückgrat der humanitären Hilfe in Gaza. Die Annahme des Entwurfs wurde durch das Veto der USA verhindert.

Das außenpolitische Personal der Trump-Regierung

Die Regierungskoalition dürfte sich von der Trump-Administration in diesen Punkten Unterstützung versprechen: Die bisherigen Nominierungen deuten darauf hin, dass ihre Politik noch rückhaltloser unterstützt werden könnte:

Michael Waltz, designierter Sicherheitsberater, im „Economist“ v. 2. November: „Naive Versuche, den Iran einzubeziehen und die Sanktionen vorzeitig zu lockern, verschafften dem Iran Mittel, um den Terror in der gesamten Region zu finanzieren, und verringerten die Chance auf ein Atomabkommen. Anstatt den wirtschaftlichen Druck zu erneuern

und Israels militärische Reaktion auf den Iran und seine Terror-Stellvertreter nach den Anschlägen vom 7. Oktober voll zu unterstützen, hielt das Weiße Haus Israel und das Pentagon aufgrund übertriebener Ängste vor einer ‚Eskalation‘ zurück. Übermäßige Passivität lud nur zu weiterer Aggression ein.“ „Im Nahen Osten fordern Herr Biden und Frau Harris einen Waffenstillstand, der die Hamas-Terroristen in Gaza de facto an der Macht lassen würde, während sie beten, dass Teheran vor der Wahl keine Atomwaffe baut. Die nächste Regierung sollte, wie Herr Trump argumentierte, ‚Israel die

Arbeit beenden lassen, und es ‚schnell hinter sich bringen‘ gegen die Hamas. Sie sollten eine glaubwürdige militärische Option auf den Tisch legen, um den Iranern klarzumachen, dass Amerika sie am Bau von Atomwaffen hindern würde, und eine diplomatische und wirtschaftliche Druckkampagne wieder aufnehmen, um sie aufzuhalten und ihre Unterstützung für Terror-Stellvertreter einzuschränken. Washington sollte eine militärische Präsenz in der Region aufrechterhalten, aber mit dem Ende des Krieges in Gaza und im Libanon kann es kritische Fähigkeiten zurück in den Indo-Pazifik verlagern.“

Marco Rubio (designierter Außenminister), laut BBC v. 14. November: Rubio ist gegen einen Waffenstillstand in Gaza. „Im Gegenteil ... ich will, dass sie jedes Element der Hamas zerstören, das sie in die Finger bekommen“, sagte Rubio. „Diese Leute sind bössartige Tiere, die entsetzliche Verbrechen begangen haben.“ Israels Absicht mit seinen Kämpfen, sagte Rubio, sei es, „die Terrororganisation zu zerstören, damit sie das Volk Israel nie wieder bedrohen kann“. Er kritisierte kürzlich auch Kanadas Entscheidung, palästinensische Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Er behauptete, „Terroristen und bekannte Kriminelle strömen weiterhin über die US-Landgrenzen, auch aus Kanada.“ Rubio nennt Iran ein „terroristisches“ Regime. Er forderte Israel auf, nach den Angriffen Anfang des Jahres mit Gewalt auf Iran zu reagieren. In einer Erklärung verwies Rubio auf Israels „Recht, unver-

hältnismäßig zu reagieren, um diese Bedrohung zu stoppen“. „Israel sollte auf den Iran so reagieren, wie die USA reagieren würden, wenn irgendein Land 180 Raketen auf uns abfeuern würde“, schrieb Rubio in den sozialen Medien. „Und sie sollten im Libanon das tun, was wir von unseren Führern verlangen würden, wenn Terroristen aus einem Nachbarland Panzerabwehrraketen auf uns abfeuern und 60 000 Amerikaner fast ein Jahr lang zwingen würden, ihre Häuser und Bauernhöfe zu verlassen.“

Mike Huckabee, US-Botschafter in Israel: (CNN, 12. Nov. 24). Der ehemalige Gouverneur von Arkansas, Mike Huckabee, der während seiner gesamten Karriere ein starker Verteidiger Israels war, behauptete 2008, die palästinensische Identität sei „ein politisches Instrument, um zu versuchen, Israel Land abzugeben“. Während seines Präsidentschaftswahlkampfes 2015 schlug Huckabee vor, dass ein palästinensischer Staat, sollte er gegründet werden, in Nachbarländern wie Ägypten, Syrien oder Jordanien und nicht innerhalb der Grenzen Israels entstehen sollte. „Im Grunde gibt es so etwas wie – ich muss vorsichtig sein, wenn ich das sage, denn die Leute werden sich wirklich aufregen – so etwas wie Palästinenser gibt es wirklich nicht“, sagte Huckabee 2008 bei einem Wahlkampfauftritt in Massachusetts. „Es gibt Araber und Perser“, fuhr Huckabee bei seinem Auftritt 2008 fort. „Und das ist so komplex. Aber so etwas gibt es eigentlich nicht.“

Huckabee ist schon lange ein begeisterter Anhänger der Rechten in der israelischen Politik. 2017 sagte er: »Es gibt bestimmte Worte, die ich nicht benutze. Es gibt kein Westjordanland, sondern nur Judäa und Samaria. Es gibt keine Siedlungen, sondern Gemeinschaften, Nachbarschaften, Städte. Es gibt keine Besatzung.«

Pete Hegseth, als Verteidigungsminister nominiert: Hegseth, ein Veteran der Army National Guard, der in Afghanistan, Irak und Guantanamo Bay gedient hat, hat die Zweistaatenlösung als „Lippenbekenntnis“ und „praktisch tot“ bezeichnet. Als Moderator von Fox-News drehte er eine Serie – „Kampf im Heiligen Land: Israel im Krieg“ – über den Gaza-Krieg und interviewte im März den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu. „Mein Interview mit dem israelischen Premierminister @netanjahu heute. Israel braucht unsere Unterstützung!“, postete er im März auf X. Als evangelikaler Christ betrachtet er den Israel-Palästina-Konflikt aus einer „biblischen“ Perspektive: „Dies ist kein mystisches Land, das man einfach abtun kann. Es ist die Geschichte des auserwählten Volkes Gottes. Diese Geschichte endete nicht 1776 oder 1948 oder mit der Gründung der UNO. All diese Dinge sind auch heute noch aktuell und wichtig ... Ich verstehe, wie wir geopolitisch verbunden sind und wie wichtig es ist, dass wir einem so starken Verbündeten zur Seite stehen“, sagte Hegseth 2016 in einem Interview mit der Jewish Press.

Großbritannien gibt die Souveränität über die Chagos-Inseln an Mauritius zurück – zum Teil

Ulli Jäckel, Hamburg. In einer gemeinsamen Erklärung der Regierung von Mauritius und des Vereinigten Königreichs vom 3. Oktober haben beide nach zweijährigen Verhandlungen eine Einigung über die Ausübung der Souveränität über den Chagos-Archipel erzielt. Dazu soll ein Vertrag geschlossen werden, der Mauritius die Souveränität über die Inseln, einschließlich Diego Garcia zurückgibt. Allerdings wird das Vereinigte Königreich „für einen anfänglichen Zeitraum von 99 Jahren ... befugt sein, in Bezug auf Diego Garcia die souveränen Rechte und Befugnisse von Mauritius auszuüben, die erforderlich sind, um den fortgesetzten Betrieb der Basis bis weit ins nächste Jahrhundert hinein sicherzustellen.“ Beide Parteien wollen sich zur Unterstützung des Wohlergehens der Chagossianer verpflichten, und Mauritius kann

ein Programm zur Umsiedlung auf den 56 Inseln des Archipels mit Ausnahme von Diego Garcia durchführen.

US-Präsident Biden begrüßte das Abkommen. Dagegen kritisierten Menschen mit Wurzeln auf den Chagos-Inseln, dass ihnen die Teilnahme an den Verhandlungen verweigert wurde. Ihr Recht auf Selbstbestimmung, ob sie britische oder mauritische Staatsbürger sein wollten, sei ihnen verwehrt worden. Um ihre eigene Zukunft mitzubestimmen, fordern sie die vollständige Einbeziehung in die Ausarbeitung des Vertrages. Auch Human Rights Watch forderte, die Chagossianer zu dem Abkommen zu konsultieren. Das Abkommen garantiere nicht, dass die Chagossianer in ihre Heimat zurückkehren könnten, und „scheine ihnen ausdrücklich für ein weiteres Jahrhundert den Zutritt zur größten Insel, Diego Garcia, zu verbieten“.

Literaturempfehlung: Philippe Sands, Die letzte Kolonie – Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Indischen Ozean, Frankfurt a.M. 202

Experten des UN-Menschenrechtsrats stellten fest, „dass alle Chagossianer das Recht haben, zurückzukehren und auf den Chagos-Inseln zu leben, einschließlich Diego Garcia“. In Briefen an die Regierungen von Mauritius und des Vereinigten Königreichs vom 21. Februar 2023 äußerten die UN-Experten ihre Besorgnis über die anhaltende Zwangsvertreibung des chagossischen Volkes und dessen mangelnde wirksame Beteiligung an der Entscheidungsfindung in Bezug auf die Verhandlungen über den Chagos-Archipel. „Die Rechte des chagossischen Volkes, einschließlich des Rechts auf angemessene und wirksame Wiedergutmachung und Entschädigung, sowie die Rechte der indigenen Völker sollten im Mittelpunkt der Verhandlungen über den vorgesehenen Vertrag stehen“, sagten die Experten.

Quellen: www.gov.uk/government/news/joint-statement-between-uk-and-mauritius-3-october-2024 | www.bbc.com/news/articles/c98ynejg4l5o | www.bbc.com/news/articles/cy78ejg71exo | www.ohchr.org/en/press-releases/2024/10/chagossians-should-be-centre-stage-negotiations-between-mauritius-and-uk-un | **Siehe zum Thema auch PB 04/24, Seite 10:** www.linkekritik.de/fileadmin/pb2024/pb24-04-i.pdf#page=10

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. In Berlin gingen am 21. November etwa 1 500 Menschen auf die Straße, um ihren Unmut über soziale Kürzungen im Haushalt der Berliner Landesregierung auszudrücken. Auch in Düsseldorf versammelten sich bereits am 13. November ca. 32 000 Demonstranten, um gegen Einsparungen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Bereich der Wohlfahrtspflege und den sozialen Beratungsleistungen zu protestieren. Wir dokumentieren aus den Stellungnahmen der Wohlfahrtsverbände. Zu Redaktionsschluss stand noch nicht fest, welche möglichen Änderungen es bei der Verabschiedung des NRW-Haushaltes noch gegeben hat. Wir berichten in der nächsten Ausgabe.

Protest gegen geplante Kürzungen im Bundeshaushalt 2024

www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/sozialkuerzungenstoppen-die-spitzenverbaende-der-freien-wohlfahrtspflege-sehen-sozialstaat-in-gefahr/

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sehen den Sozialstaat in Deutschland angesichts der Kürzungspläne im Bundeshaushalt 2024 ernsthaft gefährdet. Eine Woche vor der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, in der die Abgeordneten letzte Änderungen am Bundeshaushalt erwirken können, fordern die Spitzen von Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO), Deutschem Caritasverband (DCV), Deutschem Roten Kreuz (DRK), der Diakonie Deutschland, dem Paritätischen Gesamtverband und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) eine Rücknahme der Kürzungspläne.

Was ist geplant und mit welchen Folgen?

- Kürzungen in Höhe von etwa 30 Prozent im Bereich der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE), obwohl die Nachfrage nach qualitativer Beratung unverändert hoch ist. Damit geraten die etablierten und bewährten Strukturen des Beratungsangebotes massiv unter Druck.
- Kürzungen für das Programm der bundesweiten, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB). Durch den Wegfall von 50 Prozent der für das nächste Jahr mindestens benötigten Mittel wird

der zugesagte Aufbau torpediert. Es drohen Insolvenzen und eine Verschlechterung des Beratungsangebots durch Wegfall der Landesfinanzierungen.

- Ein weiteres betroffenes Bundesprogramm ist das der Psychosozialen Zentren (PSZ). Es soll eine Kürzung von 17 Millionen auf sieben Millionen Euro geben. Die Verbände sehen die Versorgung und Teilhabe von geflüchteten sowie anderen zugewanderten Menschen massiv gestört und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr.
- Die Mittel für die Freiwilligendienste sollen über alle Formate hinweg um 23,7 Prozent gekürzt werden. Die geplanten Kürzungen hätten zur Folge, dass jeder vierte Freiwilligenplatz wegfallen würde – das wären bundesweit rund 30 000 Freiwillige.
- Im Bereich Digitalisierung hebeln Einsparungen in Höhe von 3,5 Millionen Euro das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgesetzte Förderprogramm zur Zukunftssicherung der Freien Wohlfahrtspflege durch Digitalisierung komplett aus. Hier werden die Verbände mitten im Aufbruch und in wichtigen strategischen Entwicklungen stark beeinträchtigt.

Berlin: Gemeinsam ein starkes Zeichen gesetzt gegen die Kürzungen

www.gew-berlin.de/aktuelles/detailseite/gemeinsam-ein-starkes-zeichen-gesetzt-gegen-die-kuerzungen



Mit 1500 Menschen haben wir am 21. November ein kraftvolles Signal gegen die geplanten Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich gesendet.

Unter dem Motto #unkürzbar haben wir gemeinsam deutlich gemacht, dass Bildung, Jugendhilfe und Kultur nicht verhandelbar sind.

„Wer bei Bildung und Jugendhilfe Kürzungen durchsetzt, setzt unsere gemeinsame Zukunft aufs Spiel. Demokratie, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit brauchen verlässliche Strukturen und Unterstützung. Kürzungen gefährden genau das“, sagte Gökhan Akgün, Vorsitzender der GEW Berlin.

Die Kürzungen treffen vor allem Kinder und Jugendliche, die dringend auf Un-

terstützung angewiesen sind, ebenso wie die Kolleg*innen, die unter steigender Belastung und unsicheren Arbeitsbedingungen leiden. „Ohne unsere Arbeit verlieren viele Kinder und Jugendliche einen sicheren Ort. Sie dürfen nicht allein gelassen werden“, warnte Fabian Schmidt, Sozialarbeiter in der Jugendhilfe.

„Unsere heutige Demonstration hat gezeigt, wie groß der Widerstand gegen die Pläne ist. Gemeinsam fordern wir den Senat auf, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen und Bildung sowie soziale Gerechtigkeit als Priorität zu behandeln“, forderte Akgün. „Die Kürzungen bedrohen nicht nur die Schwächsten, sondern auch unsere gesamte Gesellschaft. Berlin muss eine solidarische Stadt bleiben – dafür kämpfen wir“, betonte der GEW-Landesvorsitzende.

Haushaltsentwurf der NRW-Landesregierung verfestigt die Mangelverwaltung in der Wohlfahrts- und Sozialarbeit

Die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen kommentiert die Kürzungspläne der Landesregierung in einem Brief an den Ministerpräsidenten Hendrik Wüst sowie die Minister Dr. Marcus Optendrenk, Dr. Benjamin Limbach, Karl-Josef Laumann und Josefine Paul wie folgt:

Der Haushaltsentwurf 2025 der NRW-Landesregierung sieht neben allgemeinen Kürzungen an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Höhe von 2,1 Millionen Euro auch Kürzungen bei zahlreichen gesellschaftspolitischen Programmen vor. Diese betreffen etwa Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und für sozialen Zusammenhalt, die Familienbildung und -beratung, die Verbraucher- und Schuldnerberatung, die Aids- und Suchthilfe, Maßnahmen zur Suchtprävention, Leistungen im Bereich der Altenhilfe und der Pflege sowie Sozialraumplanung, die Resozialisierung und Begleitung von Haftentlassenen in unsere Gesellschaft und Projekte für Menschen mit Behinderung. Der Schutz vor Gewalt von Frauen sowie entsprechende Unterstützungssysteme sind ebenfalls von Kürzungen betroffen. Signifikante Kürzungen sind auch im Bereich Flucht, Migration und Integration geplant. Darüber hinaus werden Investitionen runtergefahren, um dem Arbeits- und Fachkräftebedarf zu begegnen, so zum Beispiel im Bereich der Berufseinstiegsbegleitung und der Ausbildung in den Gesundheits- und Pflegeberufen.

Dieser Haushaltsentwurf erweckt nicht den Eindruck, als wolle die Landesregierung die Mangelverwaltung in der Wohlfahrts- und Sozialarbeit beseitigen. Mit diesem Haushalt lässt sich in vielen zentralen Bereichen noch nicht einmal der Status Quo aufrechterhalten. Viele Träger können ihre Angebote vor Ort schon heute kaum noch aufrechterhalten und müssen Beratungs- und Betreuungsangebote reduzieren. Das Land muss mehr, statt weniger Geld in die Hand nehmen, um Einbrüche bei unseren Kitas, Beratungsstellen, in der Ganztagsbetreuung, der Familienunterstützung oder der Integration zu verhindern. Wir fordern daher eine Trendwende bei der Finanzierung der sozialen Arbeit. Auch fordern wir die Landesregierung auf, über den Bundesrat Initiativen zu ergreifen, um die Einnahmesituationen von Bund, Land und Kommunen insgesamt zu verbessern.

www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/initiativen/nrw-bleib-sozial/einfuehrung



NRW bleib sozial! Kundgebung am 13.11.2024 32 000 Menschen protestieren in Düsseldorf gegen soziale Kürzungen

32 000 Menschen haben sich heute auf den Oberkasseler Rheinwiesen zur Kundgebung „NRW bleib sozial!“ versammelt, um ein Zeichen gegen die geplanten Kürzungen von rund 83 Millionen Euro im sozialen Bereich zu setzen. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW hatte zur Veranstaltung aufgerufen, um auf die dramatischen Folgen dieser Kürzungen für die soziale Infrastruktur und die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen aufmerksam zu machen. Die Kundgebung der Freiwohlfahrtspflege NRW bot ein vielfältiges Programm, das die dringende Notwendigkeit eines stabilen sozialen Netzes in Nordrhein-Westfalen betonte. In mehreren Themenblöcken präsentierten Vertreter*innen aus der Praxis die konkreten Auswirkungen der Kürzungen

www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/initiativen/nrw-bleib-sozial/einfuehrung, Foto: ebenda

Laumann, Wüst und Neubaur zersägen Aidshilfe-Arbeit

Wir waren heute bei der Kundgebung gegen die Kürzungen im sozialen Bereich in Düsseldorf. Neben über 32 000 anderen wütenden Menschen (viele davon direkte Betroffene der Kürzungen), hatten wir auch hohen Besuch: Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, Ministerpräsident Hendrik Wüst und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur ließen es sich nicht nehmen selbst ein Stück der Aidshilfe-Arbeit zu zersägen. Als echte Politiker*innen der schwarz-grünen Regierungskoalition sprachen, kam es immer wieder zu Unmutsbekundungen mit Buhrufen, Trillerpfeifen und lauten Aufforderungen still zu sein. Falls wer den Hintergrund noch nicht kennt:

Ab 2025 plant die Landesregierung eine 35%ige Kürzung unserer Förderung, auch die kommunalen Mittel sollen faktisch gekürzt werden. Dieser gesundheitspolitische Wahnsinn wird dazu führen, dass wir unsere Präventions- und Beratungsangebote um ca. 40% reduzieren müssen

hwww.aidshilfe-dortmund.de/aktuelles/meldung/laumann-wuest-und-neubaur-zersaegen-aidshilfe-arbeit

auf ihre Arbeit und die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Zu den anwesenden politischen Akteuren zählten unter anderem Minister Karl-Josef Laumann (Arbeit, Gesundheit und Soziales) und Ministerin Josefine Paul (Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht, Integration) sowie Fraktionsvorsitzende des NRW-Landtages. Hintergrund:

Der Haushaltsentwurf 2025 sieht erhebliche finanzielle Kürzungen in sozialen Dienstleistungen vor, die eine drastische Einschränkung zahlreicher Programme und Projekte zur Folge haben werden. Zu den am stärksten betroffenen Bereichen zählen soziale Beratungen, Familienhilfen, Angebote zur Förderung von Integration und Beratung für Geflüchtete, Altenhilfe sowie Suchthilfe.

– noch mehr Infektionen mit HIV, Hepatitis C, Syphilis etc. werden die Folgen sein. Um die verantwortlichen Politiker:innen in Düsseldorf und Dortmund nochmals zum Nachdenken anzuregen, haben wir unterschiedliche Aktionen durchgeführt, u. a. eine zweitägige Schließung unserer Präventions- und Beratungsangebote. Genau das wäre nämlich in etwa die Folge, wenn die Kürzungen tatsächlich umgesetzt werden. Wir waren und sind für Notsituationen natürlich über die gewohnten Wege erreichbar, ab der kommenden Woche werden wir unsere Leistungen zunächst auch wieder wie gewohnt anbieten – zumindest bis zum Jahresende. Diverse weitere Aktionen folgen, Unterstützer:innen können u. a. die Petition (www.aidshilfe-dortmund.de) unterschreiben, die wir Anfang Dezember persönlich Gesundheitsminister Laumann überreichen werden. Vielen Dank für euer Verständnis und die Solidarität: Bleibt kämpferisch!

Internationale Asbestkonferenz

Rolf Gehring, Brüssel.

Mit dem legislativen Initiativbericht des Europäischen Parlaments wurde nicht nur eine deutliche Verbesserung der Arbeitsschutzrichtlinie zu Asbest erreicht, sondern auch eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen auf europäischer Ebene initiiert. Viele Aspekte wurden von der Kommission in einer Mitteilung behandelt, die teils auch konkrete Vorschläge und Zeitpläne vorsah. Unter anderem wurde die Liste der Berufskrankheiten erweitert (siehe auch PB 3/2024, S. 14), Vorgaben für die Behandlung von asbesthaltigen Abfällen werden überarbeitet, Handlungshilfen für die Arbeit mit Asbest in den verschiedenen Gewerken erstellt.

Auf Initiative der Internationalen Vereinigung der Arbeitsinspektoren (IALI), der Internationalen Kommission für Gesundheit am Arbeitsplatz (ICOH), der Gewerkschaft und der Arbeitgeber des Bausektors, des EGB und einiger Europaparlamentarier hat die europäische Kommission nun eine internationale Konferenz organisiert, die den Arbeitsschutz bei Asbestarbeiten thematisieren wird.

Die Initiatoren hatten darauf verwiesen, dass die Kommissionsmitteilung eines der sieben Kapitel der Rolle Europas in der Welt im Zusammenhang mit der Asbestbeseitigung thematisierte und, dass das Kommissionsdokument auch großen Wert auf den Stand der Technik bei der Prävention legt.

Die Initiative verband beide Momente und unterstrich, dass beim Austausch von guten Praktiken und technischen Lösungen Europa durchaus eine gute Rolle spielen könnte. Folgend legten die Initiatoren Vorschläge für Themenblöcke und Referenten vor, die vor allem auch auf eine aktive Beteiligung anderer Regionen achtete.

Die Kommission griff diese allerdings kaum auf und das Programm hat nun eine Schlagseite in Richtung Europa und vermutlich auch in Richtung Selbstlob, die Beteiligung der internationalen Akteure ist ein wenig unter die Räder gekommen. Auch die Tatsache, dass die Veranstaltung, die am 28. November online stattfinden wird, in Englisch und ohne jegliche Verdolmetschung durchgeführt wird, dürfte die Beteiligung direkt beschränken.

IALI und ICOH habe informell bereits angekündigt, in Kooperation mit der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter eine eigene internationale Konferenz zu organisieren.



Essen: Litterode muss bleiben!

Diskussion um Nachhaltigkeit beim Bauen – Soziale Gemeinschaften wichtig
Wolfgang Freye, Essen

Die Litterode ist eine Siedlung im Essener Stadtteil Kray-Leithe. 1934, zwischen den beiden Kohle-Zechen Bonifacius und Centrum erbaut, ist sie in einem sehr einfachen Stil entstanden, der in seiner Schlichtheit und Zweckdienlichkeit nach Meinung von Fachleuten aber durchaus beeindruckt. Die Siedlung gehörte der Stadt und wurde bis 1994 als Obdachlosenunterkunft genutzt. Ab den 80er Jahren sind die damaligen Bewohner zunehmend in „normale“ Mietverhältnisse eingetreten. Während die Stadt Essen jahrzehntelang nichts für den Erhalt der Häuser tat, haben sie viel Zeit und Geld hineingesteckt – neue Bäder, neue Fußböden hier, ein Wanddurchbruch dort, gestrichen usw.

Erst im September 2021 kam Bewegung auf: Der Rat beschloss eine Vorlage der Verwaltung, die Siedlung mit 24 überwiegend zweigeschossigen Doppelhäusern an die städtische Wohnungsbau-gesellschaft Allbau zu verkaufen und diese mit dem Abriss und Neubau der Siedlung zu betrauen. Entstehen sollen im Kern rund 60 öffentlich geförderte Wohnungen und zur Mitfinanzierung des Projektes zwölf Einfamilienhäuser, die vom Allbau verkauft werden sollen. Auch die Eigenheime sollen mit Landesförderung für Eigenheimbesitzer mit niedrigeren Einkommen gebaut werden.

Die Begründung für die Pläne: Die derzeitigen, noch mit Kohleöfen beheizten Häuser, sind nicht wirtschaftlich auf heutige energetische Standards zu sanieren, die Wohnungen mit durchschnittlich 57 Quadratmeter zu klein und die vorhandene Fläche von 12 800 Quadratmeter mit viel Grün könnte bei einer Neubebauung deutlich verdichtet werden. Der Verkauf und die Aussagen zum Konzept wurden vom Rat einstimmig beschlossen. Die Stadt Essen hat erheblichen Bedarf an

Sozialwohnungen, deswegen hat auch Die Linke dafür gestimmt. Erfahren haben die Bewohner erst in diesem Frühjahr von den Plänen des Allbau. Nach der Übernahme der Gebäude erhielten sie Anfang 2022 zunächst ein Schreiben, dass sich durch die Übernahmen nichts ändern würde. Der Allbau wollte zunächst nur die Gebäude im Teil A der Siedlung abreißen und neu bauen, die ohnehin seit Jahren leer stehen. Aus Kostengründen will er inzwischen jedoch alles in einem Zug abreißen und das Bebauungsvorhaben als Ganzes angehen.

Protest gegen Auflösung der Gemeinschaft

Seitdem das Vorhaben bekannt wurde, gibt es Protest der Bewohner. Es gab mehrere Aktionen, eine „Aktuelle Stunde“ in der Bezirksvertretung und einen Termin der Initiative der Bewohner beim Oberbürgermeister. Ihnen geht es um den Erhalt ihres preiswerten Wohnraums – die Mieten liegen teilweise unter 5 Euro pro Quadratmeter – und der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft der Bewohner in den 21 noch bewohnten Wohnungen funktioniert bestens, man unterstützt und hilft sich gegenseitig und feiert zusammen. Auch Stadtplaner sind heute der Ansicht, dass gewachsene Gemeinschaften ein hohes Gut sind – gerade in Zeiten zunehmenden Auseinanderfallens der Gesellschaft.

Die Linke hat als einzige Partei im Rat auf den Protest reagiert und den Allbau aufgefordert, die Pläne noch einmal zu überdenken, sie zumindest in Etappen umzusetzen und den Bewohnern in jedem Fall den Rückzug zu ermöglichen. Im August nahm sich Dipl.-Ing. Tim Rienits, Professor für Stadtentwicklung in Hannover, mit seinem Team vom Institute of Urban Design and Planning der Sache an. Er schlug pressowirksam

ein Alternativkonzept vor, das den Erhalt der noch bewohnbaren Häuser vorsieht und eine Neubebauung nur des Teils, dessen Häuser ohnehin schon lange leer stehen. Die 24 Doppelhäuser sollen zu jeweils einer Wohneinheit zusammengefasst werden, daneben soll ein Block im Geschosswohnungsbau mit 53 Wohnungen errichtet werden. Das wären sogar 77 Wohneinheiten, mehr als die Planung des Allbau. Gleichzeitig rechnete Prof. Rienits vor, dass die Klimabilanz von Abriss und Neubau in jedem Fall schlechter ist, als Sanierung im Bestand. Im Gegensatz zum Allbau hält er eine solche Sanierung für möglich, da die eigentliche Bausubstanz der bewohnten Häuser gut ist.

Sanierungsvorschläge prüfen!

Die Linke im Rat hat diese Initiative aufgegriffen und am 6.11.2024 zu einer Diskussionsveranstaltung ins Essener Forum für Kunst und Architektur eingeladen. Der Raum war mit rund 80 Teilnehmenden voll, im Podium saßen Peter Brdenk vom Vorstand des Bundes Deutscher Architekten (BdA) Essen, Tim Rienits, Dirk Miklikowski, Geschäftsführer des Allbau, Hevran Becker von der Bewohner*innen-Initiative und Martin Harter, Planungsdezernent der Stadt Essen. Es war manchmal nicht ganz einfach, die Diskussion sachlich zu halten, es gelang aber gut – auch wenn Herr Miklikowski mit der Aussage eröffnete, dass er eigentlich gar nicht so genau wüsste, was er hier soll ... Planungsdezernent Harter sagte zum Schluss zu, sich die ihm übergebenen Pläne noch einmal anzusehen und mit Tim Rienits zu erörtern.

Der Allbau hatte schon vorher zu einer Eskalation der Diskussion beigetragen, indem er eins der Häuser, die nach dem Konzept von Herrn Rienits erhalten werden sollten, abreißen ließ. Im Zusammenhang mit einer Aktion der Bewohner am 23.11., bei der ein Haus symbolisch gedämmt werden sollte, drohte er den zum Ende des Jahres sowieso gekündigten Bewohnern nun eine weitere Kündigung an. Der Allbau befürchtete Beschädigungen an dem Haus, das er ja sowieso abreißen will.

Die Aktion fand trotzdem statt. Für die nächsten Sitzungen von Planungsausschuss und Rat hat Die Linke einen Antrag gestellt, nach dem die Planung von Prof. Rienits im Planungsausschuss vorgestellt werden und ein Vergleich der Wirtschaftlichkeitsrechnungen für beide Planungen vorgelegt werden soll. Der Allbau als städtische Wohnungsbaugesellschaft wäre sicherlich gut beraten, auf Dialog zu setzen und keine Rechtsstreits in Kauf zu nehmen, die das gesamte Projekt vermutlich um Jahre verzögern würden.

Wie wird der derbe Einbruch für Die Linke und der massive Rechtsruck bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen von den Protagonisten vor Ort bewertet? **LUISE NEUHAUS-WARTENBERG**, Parlamentarische Geschäftsführerin Die Linke im Landtag Sachsen und **FRANK KUSCHEL**, Fraktionsvorsitzender Die Linke Kreistag Ilm-Kreis, haben für die Politischen Berichte Wahlanalysen erstellt. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken. Außerdem dokumentieren wird aus dem Leitartikel des Landesvorstandes Die Linke Thüringen, der auf dem Landesparteitag am 23.11. 2024 verabschiedet worden ist. **Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen**

Sachsen: Schwierige Regierungsbildung – Chance für Die Linke

Luise Neuhaus-Wartenberg, Parlamentarische Geschäftsführerin Die Linke im Landtag Sachsen

Die Landtagswahl in Sachsen am 1. September 2024 brachte für die Demokratie zumindest eine gute Nachricht: Die Wahlbeteiligung erreichte mit 74,4 Prozent einen Rekord, selbst im Gründungsjahr des Freistaates Sachsen 1990 waren nicht so viele Menschen zu den Wahlurnen gegangen. Die Zeiten einer allgemeinen Politikmüdigkeit – 2014 hatten nur 49,1 % der wahlberechtigten Sächsinnen und Sachsen ihre Stimme abgegeben – sind vorüber.

Allerdings war diese Politisierung Folge einer sehr ambivalenten Mobilisierung. Viele Menschen wurden von Wut angetrieben. Sie ärgerten sich über die Ampel-Bundesregierung, die sie für ökonomische Stagnation und Inflation, vermeintlich unkontrollierte Migration und eine als bevormundend wahrgenommene Transformationspolitik verantwortlich machten. Sie wählten entweder die AfD, die mit 30,6 % auf dem zweiten Platz landete und noch einmal etwa 125 000 Zweitstimmen hinzugewinnen konnte, oder das neue Bündnis Sahra Wagenknecht, das auf Anhieb etwa 278 000 Stimmen und damit 11,8 % erhielt. Beide Parteien hatten mit populistischer Kritik an den regierenden Parteien Erfolg und profitierten zugleich von dem Wunsch einer Bevölkerungsmehrheit nach dem Ende der militärischen Unterstützung der Ukraine.

Umgekehrt gelang es aber auch CDU und SPD, die Wählerschaft zu mobilisieren, indem sie vor einem Sieg der AfD warnten und um eine gemeinsame Regierungsmehrheit warben. Die CDU siegte mit 31,9 % und einem Zweitstimmenzuwachs von 50 000 Stimmen, die SPD behauptete sich mit 7,3 %. Große Verlierer der Landtagswahl waren die Grünen, die auf 5,1 % abrutschten, und Die Linke, die bloß noch 4,5 % erhielt und nur dank der Direktmandate von Juliane Nagel und Nam Duy Nguyen in Leipzig noch im Sächsischen Landtag vertreten ist. Das Ergebnis der Grünen ist darauf zurückzuführen, dass sie – teils wegen eigener Fehler, teils wegen der rechten Kampagne gegen die Partei – in Sachsen inzwischen unbeliebter sind als die AfD. Die Linke hingegen vermochte es weder als Oppositionspartei von der Unzufriedenheit der Bevölkerung zu profitieren noch, als relevant für eine demokratische Regierungsbildung zu erscheinen. Die

Niederlage in Sachsen ist wesentlich auch auf die allgemeine Krise der Partei Die Linke zurückzuführen. Ein – besonders in Leipzig – sehr engagierter Wahlkampf konnte zumindest einen völligen Absturz wie bei der Landtagswahl in Brandenburg verhindern.

Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Landtag machen die Regierungsbildung schwierig, eröffnen aber auch Chancen. Die bisherige „Kenia-Koalition“ aus CDU, Grünen und SPD hat keine Mehrheit mehr. Gespräche der CDU und SPD mit dem BSW wurden durch einen Einspruch holterdiepolter von Sahra Wagenknecht vereitelt. Nun wird zum ersten Mal in der Geschichte Sachsens wohl eine Minderheitsregierung zustande kommen. CDU und SPD werden für die Wahl des Ministerpräsidenten und für das Regieren auf weitere Fraktionen angewiesen sein. Da CDU und SPD die Bildung von Mehrheiten mit der AfD bislang ausschließen, bleiben nur entweder das BSW oder die Grünen und Die Linke als Optionen. Die geschrumpfte Linke steht damit nach 35 Jahren politischer Isolation plötzlich vor der Möglichkeit, die Regierungspolitik in Sachsen zumindest indirekt mitzugestalten. Auf welche Art werden die nächsten Wochen zeigen. Allerdings besteht auch

die Gefahr, dass sie gegen AfD und BSW ausgespielt wird. Vor ihr liegt die schwierige Aufgabe, durch Verweigerung nicht den Vorwand für eine Machtbeteiligung der AfD zu liefern und gleichzeitig nicht die eigenen programmatischen Prinzipien zu vernachlässigen.

Für die sächsische Gesellschaft könnte das Wahlergebnis weitere Rückschritte

zur Folge haben. Die AfD wurde durch ihr erneut starkes Abschneiden weiter normalisiert, obwohl ihr extrem rechter Charakter sich in keiner Weise verändert hat und weiterhin feste Verbindungen auch ins militante Neonazi-Milieu bestehen. Statt die AfD zu schwächen, hat das BSW vor allem ehemalige Wählerinnen und Wähler der Linken an sich gezogen und den rechten Diskurs besonders beim Thema Migration weiter verstärkt. Die Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft, die sich für Demokratie und gegen Rassismus einsetzen,

sind von Kürzungen bedroht, zumal noch unklar ist, wann ein neuer Haushaltsplan beschlossen werden kann. Besonders im Sozialbereich, in der Kultur und bei der Ausstattung der Kommunen drohen Einschnitte. Widerstand gegen eine solche Kürzungspolitik könnte die gesellschaftliche Linke wiederbeleben, was angesichts der drohenden rechten Hegemonie in Sachsen auch dringend nötig wäre.



Unser Beitrag zu einer starken Linken im kommenden Bundestag: Mission sächsische Goldlocken! Gemeinsam kämpfen wir bundesweit um mindestens drei Direktmandate und ein gutes Zweitstimmen-Ergebnis.

facebook-Eintrag Die Linke Sachsen

Thüringen – der Untergang der Linken?

Frank Kuschel, Fraktionsvorsitzender Die Linke Kreistag Ilm-Kreis

- Welche Bewertung ist zutreffend, wenn die Linke bei den Thüringer Landtagswahlen am 1. September 2024 vom 2019-Ergebnis 31,5 auf nur noch 13,8 Prozent abstürzt?
- Begründen zehn Jahre Regierungsbeteiligung, wenn auch davon fünf Jahre als Minderheitsregierung, und das Stellen des Ministerpräsidenten dieses Ergebnis?
- Oder war es eher die Krise der Linken als Bundespartei, wobei in allen übrigen Bundesländern die Partei von 13,8 Prozent „träumt“?

Antworten sind nicht einfach, weil das Wahlverhalten zunehmend emotionalisierter, unberechenbarer, widersprüchlicher und ambivalenter ist.

Die Krise der Linken machte um Thüringen keinen Bogen

Die inhaltliche, personelle und strukturelle Krise der Linken hat um Thüringen keinen Bogen gemacht. Der Wahlantritt

des BSW und dessen Ergebnis von über 15% ist auch nicht ausblendbar. Das BSW ist nicht nur eine Abspaltung, sondern eben auch eine Spaltung der Wählerschaft der Linken.

Rot-Rot-Grün zunächst ein politisches Erfolgsmodell

Die Regierungsbeteiligung unter Führung der Linken hat nach den ersten fünf Jahren von 2014 bis 2019 zu einem nicht erwarteten Wahlerfolg von 27 auf 31 Prozent geführt. Nur wenige Wochen vor der Landtagswahl hatte hingegen die Thüringer Linke bei den Europa- und Landtagswahlen bereits herbe Verluste zu verkräften. Während hier 2014 noch rund 25 Prozent zu verbuchen waren, lag die Ergebnisse 2014 nur bei etwas mehr als 13 Prozent.

Deshalb kann zurecht eingeschätzt werden, dass das super Landtagswahlergebnis 2019 stark durch landespolitische Aspekte, die Arbeit der Linke und der von der Linken geführten Landesregierung beeinflusst war.

In diese Wahlperiode fällt auch die Phase des erhöhten Zustroms von Flüchtlingen ab 2015. Obwohl in diesem Zusammenhang die AfD an politischer Zustimmung gewann, konnte die Linke ihr Wahlergebnis verbessern.

Der politische Abstieg 2019 bis 2024

Aber weshalb gelang dies weitere fünf Jahre später nicht erneut?

Die Krise der Linken nahm seit 2019 weiter Fahrt auf und gipfelte letztlich in der Abspaltung und Gründung des BSW.

Im Ergebnis der Landtagswahl 2019 kam es zunächst in Thüringen mit der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten mit den Stimmen der CDU, FDP und AfD zu einer schweren Regierungskrise. Diese Krise mündete in einer Minderheitsregierung von Linke, SPD und Grüne unter Führung von Bodo Ramelow. Zugleich gab es eine Partnerschaftsvereinbarung mit der CDU zur Tolerierung. Diese Vereinbarung war auf ein Jahr befristet und 2021 sollte eine Neuwahl stattfinden. Diese vereinbarte Neuwahl scheiterte an der nicht gesicherten Zweidrittelmehrheit im Landtag.

Damit wurde die Minderheitsregierung fortgesetzt. Erstmals in der bundesdeutschen Parlamentsgeschichte überdauerte eine Minderheitsregierung eine komplette Wahlperiode von fünf Jahren. In Sachsen-Anhalt gab es von 1994 bis 1998 und 1998 bis 2022 jeweils für vier Jahre Minderheitsregierungen.

Insbesondere die zugesagte und dann aber doch nicht durchgeführte Neuwahl 2021 haben schweren und nachhaltigen politischen Schaden angerichtet. Der Vertrauensverlust hält bis heute an und hat insbesondere die AfD gestärkt.

Die Preisgabe bisheriger politischer Positionen 2020 begann die Coronazeit und 2022 der Ukrainekrieg. In beiden politischen Themenfeldern bot die Linke ein diffuses Meinungs- und Positionsbild. Dies



2 SHAREPICS VON DER FACEBOOKSEITE DER LINKE THÜRINGEN

verunsicherte die Stammwählerschaft und Unterstützer einer links geführten Landesregierung.

Bei den Maßnahmen zur Eindämmung der Coronaauswirkungen wurde die Wirkung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und des Abwägungsgebotes vermisst. Einschränkungsmaßnahmen wurden der Landesregierung und dem Ministerpräsidenten angelastet. Die Landesregierung hat Ende 2022/Anfang 2023 zwar ihre eigene Arbeit selbstkritisch bewertet, was aber nicht mehr zu einem Vertrauenszuwachs geführt hat.

Zu Beginn des Ukrainekrieges hat die Thüringer Linke bisherige friedenspolitische Positionen selbst infrage gestellt und in Teilen auch aufgeben. Spätere Korrekturen und Relativierungen konnten diesen inhaltlichen Politikwechsel und den Vertrauensverlust nicht mehr kompensieren.

Diese beiden eher bundespolitisch geprägten Themen habe alle anderen Landesthemen überlagert. Die Linke wurde auch im Zusammenhang mit der sogenannten Staatssekretär- und Mitarbeiteraffäre als feste Säule des Altparteiensystems eingeschätzt, die sich nicht mehr von den bürgerlichen Parteien unterscheidet.

Regieren als Selbstwert

Der Landesverband und die Landtagsfraktion haben sich seit 2020 fast ausschließlich auf die Verteidigung der Minderheitsregierung konzentriert. Bisherige Politikansätze, wie die starke Unterstützung von Bürgerinitiativen, die Alltagsunterstützung von Menschen,

die Förderung alternativer Ansätze in der Kommunalpolitik und Projekten der Kreativwirtschaft wurden aufgegeben.

2024 war der Gebrauchswert der Linke kaum noch wahrnehmbar. Eine Verzahnung von Landes- und Kommunalpolitik gab es nur noch rudimentär.

Regieren wurde als Wert an sich definiert und dabei wurde das eigene politische Profil verwässert.

Selbstkritik wurde zunehmend als eigene Schwäche definiert und deshalb unterdrückt.

Vor der Landtagswahl 2024 erfolgte eine Fokussierung auf den linken Ministerpräsidenten. Die landesweiten Wahlergebnisse zeigen, dass im Vergleich der Erst- und Zweitstimmen der personifizierte Wahlkampf keine zusätzlichen Wählerstimmen akquiriert hat. In Sachsen und Brandenburg hatte der personifizierte Wahlkampf, zugeschnitten auf den jeweiligen Ministerpräsidenten hingegen Erfolg. Zugleich hat auch in Sachsen und Brandenburg die Linke durch den Wahltritt des BSW dramatisch verloren.

Kommunal- und EU-Wahl im Frühjahr 2024 war Zwischenschritt für den politischen Bedeutungsverlust der Linken

2014 hatte die Thüringer Linke bei der EU-Wahl 24% erzielt, 2019 waren es noch 13,8% und 2024 letztlich nur 5,7%.

Parallel entwickelten sich die Ergebnisse bei den Kommunalwahlen für die Linke.

In den vier Landkreisen, in denen erstmal das BSW antrat, verlor die Linke noch dramatischer als ohnehin im Landesdurchschnitt.

Bei den Kommunalwahlen gab es keine erkennbaren kommunalen Themen mehr. Die unbestrittene kommunale Kompetenz der Linken war kein Wert mehr. Nur noch selten konnten einzelne Personen den Landestrend etwas abfedern. Die ursprüngliche Stärke der Linken, Partei für den Alltag zu sein, war nicht mehr wahlbestimmend und -entscheidend.

Erneuerung ist das Gebot der Stunde und das in harten Wahlkampfzeiten

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass das Ergebnis der Linken zur Wahl des Thüringer Landtags durch externe und interne Faktoren beeinflusst wurden. Das BSW hat die Verluste zusätzlich verstärkt.

Die Linke braucht eigentlich Zeit und Personal für eine Neuausrichtung. Die nun vorgezogene Bundestagswahl hat das hierfür notwendige Zeitfenster geschlossen.

Die Linke muss nun zugleich um das parlamentarische Überleben und für ihre inhaltliche, strukturelle und personelle Neuausrichtung kämpfen. Das aktuelle Motto kann nur kämpfen heißen.

Das Ergebnis der Landtagswahl am 1. September 2024 war eine Niederlage für uns. Es ist nicht gelungen, unsere Wahlziele zu erreichen und die anhaltend hohen Zustimmungswerte für unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und die realen Erfolge von zehn Jahren linker Regierungsführung auf unsere Partei und unser Wahlergebnis zu lenken (...)

Seit der Spaltung der Partei durch den Austritt von Sagra Wagenknecht und noch einmal verstärkt im Wahlkampf sind zudem so viele Menschen in unsere Partei eingetreten, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Doch der Ausgang der Wahl ist für all jene, die für ein gerechtes, soziales, demokratisches und ökologisches Thüringen stehen, ein klarer Rückschritt. Die Bedingungen für linke und fortschrittliche Politik in Thüringen werden erst einmal schwerer – auch gerade angesichts des weiteren Aufschwungs der AfD und der Tatsache, dass es der rechtsradikalen Partei gelungen ist, die zentralen Themen der gesellschaftlichen Debatte zu setzen. (...) Die Jenaer Soziologie-Professorin Silke van Dyk brachte die Situation auf den Punkt: „Es verschieben sich die Koordinaten des gesamten politischen Systems, und zwar so weit nach rechts, dass Pegida-Forderungen von 2014 heute als zögerliche Ampelpolitik gelten.“ Wir erleben in der Bundesrepublik, so schreibt sie im „Spiegel“, eine „antilinke Hegemonie“, der linke Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften bisher wenig entgegensetzen können. Diese über Jahre aufgestaute Stimmung sei ein Grund der aktuellen Schwäche der Linken. (...)

Wir haben einen Wahlkampf erlebt, der von Angst, Wut und Gefühlen getrieben war. Rationale Debatten, landespolitische Ziele und Vorhaben traten weit hinter bundespolitische Themen, wie die wütende Ablehnung der „Ampel“ und einen Fokus auf Fragen von Migration, Zuwanderung und innerer Sicherheit zurück. Die Menschen haben – das zeigen die Befragungen – Angst vor Kriminalität, Krieg, dem vermeintlichen Einfluss des Islams und vor zu vielen „Fremden“. Auch soziale Fragen, Arbeit, Bildung oder Klimawandel wurden auf den Wahl-Podien und in öffentlichen Debatten immer unter diesen Gesichtspunkten diskutiert. Unser Versuch, die Diskussion um Migration zu versachlichen und die unbestrittene Notwendigkeit gezielter Zuwanderung in den Vordergrund zu rücken, war zwar notwendig, führte aber nicht zu einer Versachlichung der Debatte. Soziale Perspektiven, gesellschaftliche Sicherheit und die Stärke Thüringens hervorzuheben war richtig als Gegenpol zum Schlechttreden des Landes, überzeugte aber die Wähler*innen nicht und

hatte keine Chance, die öffentliche Debatte zu bestimmen. Optimismus, Stolz auf Erreichtes und die Chancen Thüringens waren kein erfolgreicher Hebel, um die wutgetränkten Stimmungen in eine andere Richtung zu lenken. Doch es brauchte diese Versuche der Versachlichung der politischen Debatte als Ankerpunkte für eine Politik der Zuversicht und des Mutes und um zu zeigen, dass die Zukunft noch nicht verloren ist. War es also falsch, es zu versuchen und die Debatte zu verändern? Oder war es mit Blick auf aufklärerische Politik mittelfristig und langfristig eben doch richtig? Und wäre stattdessen eine fortschrittliche „Wut-Bewirtschaftung“ überhaupt möglich, die nicht in der Verstärkung rechter Ressentiments landet? Klar ist: Wir müssen Antworten und Wege der politischen Kommunikation finden, um für progressive Antworten wieder mehr Zustimmung zu erzielen und in einer durch Emotionen bestimmten Debatte wieder Fakten, das Erreichte und unsere Konzepte greifbar werden zu lassen. Fakten und Emotionen lassen sich verbinden. Doch die Instrumente dazu müssen wir noch schaffen. Wir müssen uns fragen: Wie treffen wir den Ton der Menschen, ohne Anderen nach dem Munde zu reden?

Wir haben im Vergleich zu 2019 etwa 84 000 Wähler*innen an das BSW verloren und 39 000 an die CDU. Beides muss uns zu denken geben. Für beide Bewegungen brauchen wir Erklärungen und Handlungsoptionen, genauso Antworten auf die Frage, wie wir künftig noch mehr als „nur“ 4 000 Nichtwähler*innen überzeugen können, links zu wählen. (...)

Bei Wahlen auf allen Ebenen haben wir bundesweit seit Jahren zum Teil deutlich verloren – nun auch in Thüringen. Mit 13,1 Prozent sind wir dennoch weiterhin stärker als andere Landesverbände (...) Das Wahlergebnis spiegelt nicht die Er-

Wir müssen jetzt die Grundlage für eine erneuerte, starke Linke und eine erkennbare, progressive Kraft in Thüringen legen, die 2025 zur Bundestagswahl und 2029 zu den Kommunal- und der Landtagswahl wieder stärker wird (...) Das machen wir deutlich, wenn wir Ideen entwickeln, einbringen in die politische Debatte um ...

- den Wohnungsmarkt durch eine Landesgesellschaft zu gestalten.
- Ackerland in Bauernhand zu behalten, weil es nicht zum Spekulieren da ist.
- Zuwanderung durch eine Behörde zu gestalten, statt durch viele zu verhindern.
- Bildung beitragsfrei zu machen, um beste Chancen für alle Kinder zu bieten.
- Krankenhäuser zu Gesundheitszentren in öffentlicher Hand zu machen
- einen Verkehrsverbund mit einem günstigen

gebnisse der Arbeit unserer Landesregierung der letzten zehn Jahre wider – ist aber möglicherweise eine Folge von mangelnder Kommunikation der Erfolge und mangelndem Aufbau eines politischen Um- und Vorfeldes, das progressive Politik unterstützt, begleitet und in die Breite der Gesellschaft bringt. Der anti-linken Hegemonie müssen wir künftig stärker als bisher Bemühungen entgegensetzen, mit unseren Ressourcen und Möglichkeiten ein linkes Mosaik aus Organisationen, Bewegungen, Aktiven und Medien, eine positive Erzählung über progressive Politik und reichweitenstarke Multiplikatoren in unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft auszubauen. Dem „Schlechtreden“ Thüringens – entgegen der faktischen Entwicklung des Landes! – durch AfD, FDP und CDU konnten wir zu wenig entgegensetzen (...) Die Wahl war auch eine deutliche Abwahl der Ampel-Parteien. In deren Sog gerieten auch wir durch die Beteiligung von SPD und Grünen an der Landesregierung, auch das war ein Grund für unsere Verluste. Unsere sachliche, aber auch zugespitzte Kritik an der Bundesregierung und den Ampel-Parteien („Rote Karte für die Ampel!“) konnte in der aufgeheizten Stimmung gegen „die Grünen“ nicht durchdringen. Ähnlich ging es unseren Initiativen für eine linke Friedenspolitik: Deutliche Kritik an der Stationierung US-amerikanischer Raketen in Deutschland, der Vorschlag einer europäischen Friedensordnung und ein eigenes Themen-Plakat wurden übertönt von den unehrlichen Kampagnen von AfD und BSW. Wahlentscheidend war das Thema Frieden laut den Nachwahlbefragungen zwar nicht. Aber die reale Angst vor einem Krieg und die Sorge vor konfliktbedingten Preissteigerungen liegt über der politischen Stimmung im Land und bedarf Antworten. (...)

- Ticket und mehr Angeboten zu haben.
- Energie hier zu erzeugen und Gewinne daraus hier zu investieren.
- Verwaltungsstrukturen modern zu denken, um Bürokratie abzubauen.
- Investitionen in die Zukunft nicht der Schuldenbremse zum Opfer fallen zu lassen.
- Industriebeschäftigten eine Zukunft in der Betriebshalle, statt vor dem Werkstor zu bieten.
- die Demokratie im Land zu schützen, weil Faschisten noch nie etwas Gutes gebracht haben.

Für all das und einiges mehr werden wir in diesem Landtag und in diesem Land selbstbewusst streiten! Wir sind nicht zum Abnicken da, sondern zum Machen Wir wollen Raum dafür bieten, zur Sammlung der progressiven politischen Kräfte im Land zu werden und 2029 wieder eine Mehrheit für eine linke Regierung zu haben. Sozial, gerecht und für Alle!

„Soziale Infrastruktur ist kein „nice to have“. HAMBURG. Die soziale Infrastruktur ist kein „nice to have“, sondern das Rückgrat der Quartiere und der Stadtgesellschaft. Die aktuelle politische Lage macht deutlich, dass ein Abbau von sozialer Infrastruktur zu einem Erstarken von demokratiefeindlichen Kräften führt. Demnach müsste sie in den kommenden Jahren ausgebaut und nicht kaputtgespart werden. Daher hat die Bürgerschaftsfraktion die Linke nun in einem Antrag (Drs. 22/16832) gefordert, die Investitionsgelder für die Bezirke aufzustocken. Um auf die unterschiedlichen Anforderungen in den Bezirken mit passgenauen Konzepten antworten zu können, sollte die Verwendung dieser zusätzlichen Mittel in der Entscheidungskompetenz der Bezirksversammlungen liegen und unter dem Beschlussvorbehalt dieser liegen. Konkret wird aufgefordert, die sogenannten „zusätzlichen Rahmenzuweisungen“ für soziale Infrastruktur in Höhe von 200 Millionen Euro je Haushaltsjahr ab 2025 einzurichten und davon 150 Millionen Euro nach der Anzahl von Einwohnenden auf die Bezirke aufzuteilen sowie davon 50 Millionen Euro nach der Anzahl von Leistungsbeziehenden auf die Bezirke aufzuteilen (...)

linksfraktion-hamburg-harburg.de/was_wir_tun/soziale-infrastruktur-ist-kein-nice-to-have/

Die Linke ruft zur Teilnahme an Protestaktion gegen soziale Kürzungen auf: HANNOVER. Die Linke in Hannover unterstützt die Kampagne „Investieren statt kaputtsparen“ und ruft zur Teilnahme an der Kundgebung und Protestaktion gegen die geplanten Kürzungen im städtischen Haushalt 2025/26 auf. Die geplanten Einsparungen betreffen insbesondere soziale, kulturelle und umweltbezogene Institutionen und Vereine, deren Arbeit für den Zusammenhalt und die Lebensqualität in Hannover unerlässlich ist. „Die Kürzungen sind ein Angriff auf die soziale und kulturelle Infrastruktur unserer Stadt“, erklärt Felix Mönkemeyer, Ratsherr der Linken im Stadtrat Hannover. „Während CDU, SPD und FDP die sozialen Projekte, die Hannover lebendig machen, kürzen wollen, fließen Millionen in fragwürdige Prestigeprojekte. Wir lehnen diesen Kurs entschieden ab, weil er auf dem Rücken derjenigen ausgetragen wird, die unsere Stadt vielfältig, gerecht und solidarisch halten.“ (...) Die Petition gegen die Kürzungen hat bereits über 3000 Unterschriften gesammelt, und weitere Protestaktionen sind für Dezember geplant.

www.dielinke-hannover.de/news/aktuelles/detail/pm-die-linke-ruft-zur-teilnahme-an-protestaktion-gegen-soziale-kuerzungen-auf/

CDU und SPD kürzen auf Kosten der Zukunft: BERLIN. 19. November 2024. Zu den Kürzungsbeschlüssen von der CDU-SPD-Koalition erklären die Linke-Fraktionsvorsitzenden Anne Helm und Tobias Schulze:

„Die von CDU und SPD vorgelegten Kürzungsvorschläge gehen auf Kosten der Zukunft der Menschen in unserer Stadt und vertiefen die soziale Spaltung.

Mit den beabsichtigten harten Einschnitten bei Kultur und Wissenschaft bedroht die Koalition die Leistungsfähigkeit von wichtigen Ressourcen unserer Stadt und Gesellschaft. Kultur und Wissenschaft haben Berlin nach den Krisen am Anfang des Jahrhunderts zum Anziehungspunkt für viele Menschen gemacht und die Grundlagen für den wirtschaftlichen Aufschwung Berlins gelegt.

Die Verdoppelung des Preises für das Sozialticket, absehbare Erhöhungen weiterer Ticketpreise, Einschränkungen bei sozialen Leistungen werden vor allem diejenigen Menschen treffen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht und gleicher gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.

Mit den Kürzungen beim Umwelt- und Klimaschutz sowie beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs werden die Verkehrswende abgeblasen und notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen verschoben. Die Folgen dieser Entscheidungen werden vor allem die Menschen in Zukunft zu spüren bekommen, die auch heute schon am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden.

www.linksfraktion.berlin/politik/presse/detail/cdu-und-spd-kuerzen-auf-kosten-der-zukunft/

Dramatische Haushaltentwicklung der Stadt KÖLN. Güldane Tokyürek, Sprecherin der Fraktion, äußert sich zur Einbringung des Haushaltes:

„Wir müssen die sozialen und kulturellen Strukturen erhalten. Die 93,5 Millionen Euro Konsolidierungsmaßnahmen treffen vor allem soziale und kulturelle Träger. Durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, Glücksspielsteuer, zusätzliche Betriebsprüfer und weniger städtische Beraterverträge wollen wir das gegenfinanzieren.“ Sowohl die Oberbürgermeisterin Reker wie auch die Stadtkämmerin Dr. Diemert haben sich in ihren Reden bewusst im Allgemeinen bewegt. Die Lage des Haushaltes ist dramatisch. Da sieht man daran, dass sich alleine die Zinsen für laufenden Kredite 2024 von rund 100 Millionen Euro auf 167 Millionen im Jahr 2025 und 2026 auf 203 Millionen Euro erhöhen. Jörg Detjen, Mitglied des Rates, dazu: „Wir sind uns mit der Oberbürgermeisterin in ihrer Kritik einig, dass Bund und das Land NRW

das Sozialstaatsprinzip verletzen. Wir werden mit unseren Vorschlägen darauf reagieren und Ideen für ein soziales Köln einbringen. Die Ankündigung, den Haushalt mit 93,5 Millionen/115,1 Millionen Euro zu konsolidieren, sehen wir kritisch. Wir werden viele Eingriffe ablehnen.“

www.linksfraktion-koeln.de/politik-im-rat/detail/dramatische-haushaltentwicklung-der-stadt-koeln/

Stadt will wieder an den Ärmsten sparen – Vergünstigung des Deutschlandtickets darf nicht scheitern: MÜNCHEN. Am 14. November stimmt der Stadtrat über Vergünstigungen für München-Pass-Beziehende ab. Einen Vorschlag unserer Fraktion, wodurch das Deutschlandticket für Haushalte mit geringem Einkommen für 15 Euro erhältlich sein sollte, hat die Verwaltung abgelehnt. Sollte der Stadtrat den Vorschlägen der Verwaltung folgen, wäre München weit hinter Städten, wie Nürnberg, Hamburg oder Heidelberg. (Liste ist beigelegt) Brigitte Wolf, mobilitätspolitische Sprecherin für Die Linke / Die Partei:

„Ein Deutschlandticket München-Pass ist aus sozialer, ökologischer und sogar aus finanzpolitischer Sicht dringend notwendig. München ist aktuell Schlusslicht unter den Großstädten bei den Sozialtarifen – auf Kosten der Menschen mit geringem Einkommen und zum Schaden der Mobilitätswende!“ Zahlen aus Nürnberg machen die Vorteile eines Deutschlandtickets sehr deutlich. Dort wird das Sozialticket nach der Einführung von doppelt so vielen Nutzer*innen genutzt und verursacht weniger Kosten für die Stadt (...)

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/

Keine Kürzungen im Sozialbereich – Erhöhung der Kita-Gebühren abwenden. HALLE AN DER SAALE. Zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle für das Jahr 2025 erklärt die Fraktionsvorsitzende Katja Müller:

„Immerhin, mit einem Gesamtvolumen von fast einer Milliarde Euro ist der Haushaltsentwurf der Stadt Halle für das Jahr 2025 rekordverdächtig. Schnell entdeckt man aber sorgfältig verteilte „Kröten“, die die Euphorie der Fraktion Die Linke schlagartig an ihre Grenzen bringt. Ohne Änderungen wird die Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Geplante Kürzungen im Sozial-, Kultur- und Sportbereich sind für die Fraktion nicht tragbar. Die Stadtratsfraktion Die Linke wird der Verabschiedung des Haushaltes 2025 nicht im Wege stehen, wenn weder bei der Suchtberatung, der Jugend- und Jugendsozialarbeit, der Förderung der Wohlfahrtspflege, der Förderung der Erziehung in der Familie noch bei den Geldern für Sprachmittler*innen gekürzt wird. Die erheblichen Streichungen in der Kultur- und Sportförderung sowie ge-

plante Betriebskostenbeteiligungen von Vereinen an kommunalen Sportstätten bzw. Benutzungsgebühren für Schulturnhallen lehnen wir ebenfalls ab. Entsprechende Änderungsanträge wird die Fraktion Die Linke im Austausch mit anderen Fraktionen erarbeiten und vorlegen. Die ebenfalls im Haushaltsentwurf vorgeschlagte Erhöhung der Kita-Gebühren resultiert aus einem ausdrücklich nicht mit Stimmen der Fraktion Die Linke beschlossenen Konsolidierungskonzept für den Haushalt der Stadt Halle. Wir schlagen vor, die zwingend zu erbringende Konsolidierungssumme durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu kompensieren und die Erhöhung der Kita-Gebühren so abzuwenden.“

www.dielinke-halle.de/stadtratsfraktion/

Kritik an Haushaltssperre und Prioritätensetzung der Stadtverwaltung:

MAGDEBURG. Die Fraktion Die Linke im Stadtrat Magdeburg kritisiert die jüngst verhängte Haushaltssperre und die Prioritäten der Stadtverwaltung. „Diese Entwicklung war absehbar und zeigt beispielsweise die Folgen einer verfehlten Prioritätensetzung bei Bauprojekten“, erklären die Fraktionsvorsitzenden Rebekka Grotjohann und Dennis Jannack. Die Stadt habe kontinuierlich Bauprojekte unterstützt, deren Kosten aufgrund steigender Baupreise aus dem Ruder laufen. „Das wird, bei der aktuellen Sitzverteilung im Stadtrat, dazu führen, dass möglichst viel im Sozial- und Kultursektor gespart werden wird, was einfach ungerecht ist“, so Grotjohann. Gleichzeitig übernimmt die Stadt immer mehr Aufgaben von Land und Bund, ohne dass zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. „Die Haushaltssperre war daher unausweichlich“, ergänzt Jannack. Trotz der Kritik betont die Fraktion ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit. „Wir führen bereits konstruktive Gespräche mit der Oberbürgermeisterin, um finanzielle Prioritäten neu zu setzen und zukünftige Probleme zu vermeiden“, erklären Grotjohann und Jannack.

www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion/

Kürzungen im Sozialbereich verhindern – Doppelhaushalt 2025/26 muss mehr Geld für Soziales, Bildung und Zukunftsfähigkeit im Land bereitstellen. MAGDEBURG. Zur heutigen Einbringung des Entwurfs des Landeshaushalts 2025/26 in den Landtag betont Eva von Angern, Fraktionsvorsitzende: „Beim Geld wird es konkret, für die öffentliche Daseinsvorsorge, für die soziale Infrastruktur, für Sicherheit und Lebensqualität, für den Zustand von Schwimmbädern, Behörden und Schulen. Beim Blick auf den Haushaltsentwurf stellen wir fest:

1. für die Stärkung von Familien, für Bildung und Betreuung tut dieser Haushalt nichts, in allen Punkten fehlt Ihnen die Kraft;
2. während das Land noch mit den Folgen vorausgegangen Kürzungswellen im öffentlichen Dienst kämpft, läutet die Landesregierung die nächste ein;
3. der Umgang mit der Schuldenbremse ist unehrlich, in Bund und Länder geht es nicht mehr ohne Schattenhaushalte, Sondervermögen und Notlagen. (...)

www.dielinke-fraktion-lsa.de

Angebote sozialer und gesundheitsfördernder Träger der LHP dank Dringlichkeitsantrag für 2025 gesichert! POTSDAM. Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen Die Linke, Die ANDERE und Bündnis 90/Die Grünen, Volt und die Partei. – Bezugnehmend auf den gemeinsam eingebrachten Dringlichkeitsantrag erklären Isabelle Vandre (Fraktionsvorsitzende Die Linke), Julia Laabs (Vorsitzende des Sozialausschusses, Fraktion Die ANDERE) und Frauke Havekost (Mitglied des Sozialausschusses für Bündnis 90 / Die Grünen, Volt und die Partei):

„Wir haben die Förderliste für 2025 heute als Dringlichkeitsantrag eingebracht, weil der Beschluss entgegen aller Vorankündigungen heute nicht auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stand. Dabei hat der Sozialausschuss in der vergangenen Woche, also in den Herbstferien, extra eine Sondersitzung durchgeführt, um den Trägern, den Mitarbeiter:innen und den Nutzer:innen der Angebote Planungssicherheit zu geben. Diese haben wir mit unserem Antrag hergestellt,“ so Julia Laabs, Vorsitzende des Sozialausschusses und Mitglied der Fraktion Die ANDERE. Isabelle Vandre, Fraktionsvorsitzende Die Linke dazu ergänzend: „Wir haben weitestgehend einvernehmlich in insgesamt drei Sitzungen des Sozialausschusses festgehalten: Es darf keine Kürzungen bei den Trägern im Vergleich zu 2024 geben. Die zusätzlichen Bedarfe der Tafel und der Volkssolidarität, die aufgrund des Auslaufens des Paktes für Pflege entstehen, müssen aus anderen Finanzierungsquellen außerhalb des Sozialbereiches kommen. Bei der Sozialinfrastruktur zu kürzen, ist für uns keine Option (...)

dielinke-potsdam.d



21.11.2024:

„Über 1500 Dresdner:innen aus der Stadtgesellschaft, zahlreichen Vereinen, Initiativen und freien Träger versammelt, um lautstark gegen die geplanten Kürzungen im städtischen Haushalt zu protestieren.“

Hilbert, hakt's? – Die fatalen Folgen von Kürzungen im Bereich Kinder, Jugend sowie Sozial- und Kulturbereich: DRESDEN. Das Kreditaufnahmeverbot der Stadt Dresden ist ein Fehler, der sich bitter rächen wird, erklärt die Vorsitzende und Stadträtin Kristin Dänhardt. „Was heute im Bereich Kinder und Jugend, sozialer Einrichtungen, Gesundheit sowie Kultur gespart wird, wird perspektivisch der Stadtgesellschaft ein Vielfaches mehr kosten*. Über Jahrzehnte aufgebaute Strukturen werden durch Oberbürgermeister Hilberts Pläne zerstört, und Dresden verliert wertvolle und hochkompetente Fachkräfte. Kristin Dänhardt warnt: „Nach dem infrastrukturellen Zusammenbruch wird der soziale Zusammenbruch folgen. Wir fordern Oberbürgermeister Hilbert auf,

*Hintergrundwissen: Eine bayerische Studie im Bereich der ambulanten Suchthilfe zeigt, dass für jeden eingesetzten Euro rund 17 Euro an Folgekosten eingespart werden können. Quelle: Freie Wohlfahrtspflege Bayern – Analyse zur Wertschöpfung der ambulanten Suchtberatung in Bayern. www.dielinke-dresden.de

diese kurzsichtigen Sparmaßnahmen zu überdenken und in die Zukunft und die Menschen unserer Stadt zu investieren. Zudem fordert Die Linke eine signifikante Erhöhung der Zuschüsse von Bund und Land für die Kommunen, insbesondere für Pflichtaufgaben. „Wer bestellt, muss auch zahlen“, so Dänhardt weiter. „Die Kommunen übernehmen immer mehr Aufgaben, die vom Bund und Land gefordert werden. Es ist inakzeptabel, dass diese Lasten auf die Gemeinden abgewälzt werden, ohne dass ausreichende Mittel bereitgestellt werden. Die Linke Dresden ruft Bürgerinnen und Bürger auf, sich den Protesten am 21. November um 15 Uhr vor dem Rathaus Dresden gegen die geplanten Kürzungen anzuschließen und gemeinsam für ein soziales und kulturell reiches Dresden einzutreten.

Generalstreik in Griechenland

In Griechenland findet heute ein Generalstreik statt, der die Regierung dazu auffordert, die EU-Mindestlohnrichtlinie vollständig umzusetzen und Maßnahmen gegen die sinkende Kaufkraft der Arbeitnehmer zu ergreifen. Die Streikenden protestieren gegen niedrige Löhne, steigende Lebenshaltungskosten und die Erosion des Tarifvertragssystems. Der Durchschnittslohn liegt auf dem Niveau der Schuldenkrise 2014 bis 2015, und die Reallöhne sind seit 2015 um 8,3 % gesunken – der stärkste Rückgang in der EU. Nur noch 14 % der Arbeitnehmer sind tarifgebunden, während es im Jahr 2000 noch 100 % waren. Die EU fordert von Mitgliedsstaaten, die Tarifbindung auf mindestens 80 % zu erhöhen und Mindestlöhne sicherzustellen. Griechenland hat die Frist zur Umsetzung dieser Richtlinie jedoch verpasst.

Wir fordern:

1. Die Festlegung des Mindestlohns und des Tageslohns durch den nationalen allgemeinen Tarifvertrag und freie Tarifverhandlungen.
 2. Lohnerhöhungen, verbesserte Arbeitsbedingungen, Anerkennung der Betriebszugehörigkeit sowie die Umsetzung wirtschaftlicher und institutioneller Vorteile im Rahmen des nationalen allgemeinen Tarifvertrags.
 3. Flächendeckende Ausdehnung der Tarifverträge mit dem Ziel einer 80%igen Abdeckung.
 4. Wiederherstellung des Günstigkeitsprinzips und des Schutzzrahmens der Vorschriften zur Nachwirkung.
 5. Stärkung der individuellen und kollektiven Rechte, insbesondere bei Telearbeit und Plattformarbeit, sowie Gewährleistung der Beteiligung der Arbeitnehmer am digitalen Wandel.
 6. Umfassende Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich der Erfassung und Meldung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.
 7. Wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von sexueller Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz sowie von Belästigung und Gewalt im Internet.
- Zusätzlich:
8. Gerechte Besteuerung und Steuererleichterungen für Arbeitnehmer und Rentner.
 9. Maßnahmen zur Bekämpfung von Preissteigerungen, Spekulationen und Oligopolen, einschließlich Preisobergrenzen für lebenswichtige Güter und Überwachung der Preisbildungspraktiken.
 10. Initiativen für erschwinglichen und sozialen Wohnungsbau ...

Quelle: EGB-Presseerklärung vom 20.11.2024
(Original englisch – DeepL-Übersetzung, teilweise zusammengefasst mit ChatGpt)

„Fokus auf Personalkosten ist falsch“

Daniela, der Vorstand hat Eure Beschäftigungs-sicherung nach 30 Jahren gekündigt und will Standorte schließen ... Mit der Kündigung der Beschäftigungs-sicherung hat der VW-Vorstand auch den Weg verlassen, Konflikte bei uns kooperativ anzugehen ... Um es auf den Punkt zu bringen: Mit mir und der IG Metall wird es keine VW-Standortschließungen geben ... Was hat der Vorstand verbockt?

So einiges. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Er hat das Thema Hybride völlig falsch eingeschätzt. Er hielt Hybride für eine Nische, die rasch überholt wäre. Jetzt ist das Gegenteil der Fall und VW steht weitgehend blank da. Dann saßen die ersten Fahrzeuge aus der ID-Reihe nicht, sie steckten voller Kinderkrankheiten und das Design, vor allem innen, war VW nicht würdig. Es musste mühsam und teuer nachgebessert werden. Das ist zwar gelungen, aber auf Kosten der Gewinnkraft. Und dann fehlen uns günstige Elektromodelle.

Was folgt daraus?

Na, die Folge ist die Krise, in der wir jetzt stecken. Es ist eine finanzielle Durststrecke entstanden, die noch länger anhalten wird. Und da retten uns dann auch unsere neuen Verbrenner wie Tiguan, Passat und der aufgewertete Golf nicht. Die laufen zwar super, müssen die Probleme

aber quersubventionieren. Am Ende fehlt dann das Geld für unsere Zukunftsinvestitionen.

Der Vorstand denkt, wenn er an den Personalkosten spart, kann er die finanzielle Krise überwinden.

Das ist Quatsch und die falsche Strategie. Der Vorstand will eine finanzielle Lücke von vielen Milliarden Euro schließen. Da sind die Arbeitskosten nur ein Bruchteil davon. Klar ist doch: Die Fantasie, Werke von der VW-Landkarte zu streichen und Tarifeinschnitte vorzunehmen, ändert gar nichts an den eigentlichen Defiziten. Die Frage ist: Wie kommen wir für die Zukunft wieder in die Rolle der Technologieführerschaft?

Und wie kommt dann VW wieder aus der Krise?

Wir müssen kurzfristig an die wirklich bedeutenden Hebel ran: Unsere Prozesse müssen endlich mutiger und schneller werden. Das gilt sowohl für die Verwaltung als auch für den Produktentstehungsprozess. Alles, was am Ende weder relevant für unsere Kundschaft ist noch kaufentscheidend, muss überdacht werden. Unsere Komplexität muss runter, unsere Regelwut, unser Dokumentationsirrsinn und die vielen, vielen doppelten und dreifachen Prozesse zur Absicherung. Und das ist alles Führungsaufgabe

Dokumentiert aus metall 11/12 2024

Tarifabschluss in krisenhaften Zeiten

Bruno Rocker, Berlin. Die IG Metall hat dennoch ein passables Ergebnis erzielt. Nach einer Einmalzahlung von 600 Euro bis zum 1. Febr. 2025 erhalten die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie ab April 2025 2,0 % sowie 3,1 % ab 1 April 2026 mehr. Der Tarifvertrag läuft bis zum 31. Okt. 2026. Das bedeutet umgerechnet zwar wenig mehr als der Ausgleich der Inflationsrate. Der Abschluss wirkt dennoch stabilisierend für Beschäftigte und für die Branche. Ergänzend wird das „Tarifliche Zusatzgeld“ erhöht und die Möglichkeit ausgeweitet, diese Sonderzahlungen auch in Freizeit umzuwandeln. Die Auszubildenden erhalten immerhin 140 Euro mehr Entgelt ab Januar 2025

und weitere 3,1 Prozent ab April 2026. Zugestanden wurde den Arbeitgebern allerdings die Möglichkeit, die Zahlungen des tariflichen Zusatzgeldes hinauszögern oder ganz streichen zu können, wenn die Nettoumsatzrendite des jeweiligen Unternehmens unter 2,3 Prozent fällt. Da sich gegenwärtig die Situation in den Zulieferbetrieben der Automobilindustrie z.B. in Baden-Württemberg besonders krisenhaft darstellt, lässt sich das nicht völlig ausschließen.

Aus diesem Grund mussten diesmal auch die Tarifbezirke Küste und Bayern für den Pilotabschluss sorgen. Die Übernahmeverhandlungen in den anderen Tarifbezirken verliefen bislang reibungslos.

TARIFLICHE LEISTUNGEN METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE

Nov. 2024*	55% ** Weihnachtsgeld (50% im Osten)
Ab Jan. 2025	140 € mehr für Auszubildende
Bis Feb. 2025	600 € Einmalzahlung****
Feb. 2025*	T-ZUG B – 18,5% (vom Eckentgelt)
Ab April 2025	2,0 % mehr Geld****
Mai/Juni 2025*	Urlaubsgeld (50% pro Urlaubstag)
Juli 2025*	T-Geld*** 18,4 % (vom Monatsentgelt)
Juli 2025*	T-ZUG A – 27,5 % (vom Monatsentgelt)
Nov. 2025*	55% ** Weihnachtsgeld (50% im Osten)
Feb. 2026*	T-ZUG B – 26,5% (vom Eckentgelt)
Ab April 2026	3,1% mehr Geld auch für Auszubildende
Mai/Juni 2026*	Urlaubsgeld (50% pro Urlaubstag)
Juli 2026*	T-Geld*** 18,4 % (vom Monatsentgelt)
Juli 2026*	T-ZUG A – 27,5 % (vom Monatsentgelt)
Nov. 2026*	55% ** Weihnachtsgeld (50% im Osten)
...	

* jährlich wiederkehrende Zahlungen, ** des Monatsentgelts / Urlaubsgeld bei 30 Tagen Urlaub, *** Differenzierung möglich, **** gilt nicht für Auszubildende

Durch Tarifverträge der IG Metall für die Metall- und Elektroindustrie gesicherte Leistungen für die Zeit bis November 2026. (Website der IG Metall)

Mehr als ein Jahr Streik bei Tesla in Schweden

Jonathan Herlitz, Stockholm

Der Streik von IF Metall bei der schwedischen Tochtergesellschaft von Tesla, TM Sweden AB, dauert nun seit über einem Jahr an. Damit ist der Streik der längste Arbeitskonflikt in Schweden seit den 1930er Jahren.

Der Konflikt ist von historischer Bedeutung, da es sich auch um den ersten Streik gegen Tesla weltweit handelt.



Es geht um die Forderung von IF Metall nach Tarifverträgen für seine Mitglieder und darum, dass die Beschäftigten die gleichen Bedingungen haben sollen wie die Arbeitnehmer in anderen Autowerkstätten in Schweden. Es geht auch darum, das schwedische Arbeitsmarktmodell zu verteidigen, das auf Tarifverträgen basiert. Heute sind rund 90 % der Beschäftigten auf dem schwedischen Arbeitsmarkt tarifgebunden. Elon Musk und Tesla weigern sich, diese Tatsache zu akzeptieren. Für sie ist der Widerstand ideologischer Natur. Tesla will am Arbeitsplatz das Sagen haben, ohne dass die Gewerkschaft einen Einfluss darauf hat. Deshalb streiken die Mitglieder von IF Metall seit dem 27. Oktober 2023.

In Schweden gibt es im Vergleich zu

anderen Ländern nur wenige Streiks, und der Arbeitsmarkt ist im Allgemeinen durch die Tradition gekennzeichnet, durch Verhandlungen einen Konsens zwischen den Parteien zu erzielen. Das Verhalten von Tesla hat eine neue und einzigartige Situation geschaffen, da das Unternehmen Streikbrecher aus anderen europäischen Ländern einfliegen lässt, um die streikenden Mechaniker zu ersetzen. Dies ist ein Verstoß gegen das Saltsjöbaden-Abkommen, das „Gentlemen's Agreement“, das seit 1938 auf dem schwedischen Arbeitsmarkt gilt. In diesem Abkommen ist unter anderem festgelegt, dass Arbeitgeber bei Arbeitskampfmaßnahmen der Gewerkschaften keine Streikbrecher einsetzen dürfen. Daran haben sich die Arbeitgeber bis

heute sorgfältig gehalten. Aufgrund des Vorgehens von Tesla musste IF Metall den Konflikt durch Sympathieaktionen anderer Gewerkschaften ausweiten, um Druck auf Tesla auszuüben. Die Sympathieaktionen haben zugenommen, während es Tesla gelungen ist, Wege zu finden, sie zu umgehen. Derzeit beteiligen sich 12 andere schwedische Gewerkschaften und drei nordische Gewerkschaften an den Aktionen. Zu den Aktionen gehören die Blockierung der Einfuhr von Tesla-Autos, die Einstellung der Postzustellung, die Reinigung des Tesla-Geländes und die Instandhaltung und Erweiterung von Ladestationen.

Tesla behauptet, gleichwertige oder bessere Bedingungen als der Tarifvertrag zu bieten. Sie sehen daher keinen Grund, einen anderen Vertrag zu unterzeichnen. Laut IF Metall ist diese Behauptung nicht wahr. Ein Beweis dafür ist, dass Tesla während des Streiks einige der Arbeitsbedingungen für seine Beschäftigten verbessert hat, wie z. B. eine Betriebsrente ab 22 Jahren, eine jährliche Lohnerhöhung für alle Beschäftigten und eine Teilzeiterrente. Allerdings fehlt es den Beschäftigten immer noch an einer Arbeitszeitverkürzung und einem angemessenen Versicherungsschutz. Darüber hinaus berichten Tesla-Beschäftigte über Stress und Unsicherheit an ihren Arbeitsplätzen.

Was jetzt geschieht, gleicht einem Grabenkrieg, bei dem die Parteien noch weit auseinander liegen. Niemand will nachgeben. Es finden keine Verhandlungen statt, aber das Unternehmen steht in Kontakt mit dem staatlichen Mediationsinstitut, das in dem Konflikt vermittelt. Im Laufe des Sommers und Herbstes hatten immer mehr Mechaniker genug von den Bedingungen bei Tesla und schlossen sich dem Streik an. Zu Beginn des Konflikts befand sich ein Drittel der Mechaniker im Streik, aber jetzt beteiligen sich mehr als die Hälfte. Die Moral unter den Mechanikern ist nach wie vor hoch und sie haben das Gefühl, dass der Kampf sinnvoll ist.

IF Metall ist jederzeit bereit, die Gespräche über Tarifverträge wieder aufzunehmen. Jetzt ist es wichtig, dass Tesla an den Verhandlungstisch kommt!

Tesla Grünheide: Extreme Arbeitsbelastung – hoher Krankenstand

Bruno Rocker, Berlin

Grünheide: Bereits seit den Sommermonaten wird über die ungewöhnlich hohen Krankenstände in der Gigafactory bei Berlin sowie über die unangekündigten Hausbesuche bei arbeitsunfähig krankenbeschriebenen Beschäftigten durch entsprechend beauftragtes Tesla-Personal berichtet.

Die IG Metall hat mittlerweile trotz massiven Drucks seitens des Managements in einer Umfrage unter mehr als tausend Beschäftigten ermittelt:

- Mehr als 80 Prozent der Beschäftigten fühlen sich regelmäßig oder sehr oft überlastet
- 9 von 10 der Befragten klagen über Beschwerden wie Kopf-, Nacken-, Gelenk- oder Rückenschmerzen
- Nur jeder Zehnte glaubt, die aktuelle Arbeitssituation bis zur Rente aushalten zu können.

Der Bezirksleiter Dirk Schulze der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen zeigte sich erschüttert über die Arbeitsbelastung bei Tesla und fordert, die Vorschläge aus der Belegschaft ernst zu nehmen. Seit langem fordern Beschäftigte eine

zusätzliche bezahlte Pause, wie sie in anderen tarifgebundenen Automobilwerken üblich ist. Zunächst hatte das Tesla-Management vornehmlich mit Abmahnungen und Kündigungen gegen kritische Beschäftigte operiert. Anfang November jedoch reagierte erstmals die Geschäftsführung auf den Druck und die inzwischen entstandene öffentliche Aufmerksamkeit und kündigte eine vierprozentige Lohnerhöhung an. Der IG Metall Bezirksleiter reagierte darauf wie folgt: „Mehr Lohn bei Tesla – das ist Klasse, aber auch überfällig. Die Tesla-Beschäftigten haben sich jeden Euro dieser Steigerung verdient. Auch mit dieser Erhöhung bleiben die Entgelte bei Tesla deutlich unter dem Tarifniveau in der Metall- und Elektroindustrie. Und die Arbeitsbedingungen in Grünheide werden dadurch ebenfalls nicht besser beziehungsweise weniger belastend für die Gesundheit. Auffallend ist: Die Ankündigung der Lohnerhöhung kommt direkt, nachdem die IG Metall unter anderem mit den schockierenden Umfrageergebnissen zur Arbeitsbelastung bei Tesla den Druck auf das Management noch einmal erhöht hat.“

15. August

1947

Indien/Pakistan/
Großbritannien/

Zwischen Paternalismus und dem Abschied vom Empire: Großbritanniens Indienpolitik in den 1940er Jahren

Florian Weis, Berlin

Am 15. August 1947 wurden Indien und Pakistan unabhängige Staaten, eines der bedeutsamsten historischen Ereignisse der jüngeren Geschichte, aber verbunden mit einer der größten Fluchtbewegungen der Geschichte – Millionen von Menschen flüchteten bzw. wurden vertrieben.

Friedlicher Übergang? Unterschiedliche Deutungen der britischen Indien-Politik

Zwei Lesarten des Endes der britischen Herrschaft in Indien konkurrieren in der Wahrnehmung, mit jeweils teilweise richtigen Elementen und gleichzeitig einseitigen Überzeichnungen. Eine traditionelle Lesart betont, dass Großbritannien sich 1947 im Vergleich zu anderen Kolonialmächten relativ leicht in den Rückzug aus der imperialen Herrschaft über Indien gefügt habe. Im Vergleich etwa zu den brutalen französischen Kolonialkriegen in Vietnam und Algerien bis 1960, denen Belgiens im Kongo oder der überaus brutalen Aufstandsbekämpfung Großbritanniens selbst in Kenia in den 1950er Jahren trifft dies durchaus zu. Die britische Kriegsregierung, der seit 1940 auch die Labour Party angehörte, ging nach gescheiterten Verhandlungen mit der indischen Unabhängigkeitsbewegung um Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi 1942 verstärkt repressiv gegen Proteste vor. Gravierender noch: Die Hungersnot in Bengalen 1943 etwa forderte mindestens 1,5 Millionen Opfer, möglicherweise weit mehr. Ein Genozid, wie manchmal behauptet, war dies nicht, doch hätte die Regierung

das massenhafte Sterben zumindest deutlich begrenzen, vielleicht verhindern können. Der britischen Kolonialmacht wird mit Rechteinzelange Teile- und herrsche-Politik vorgeworfen. Die Folgen dieser Spaltungspolitik entluden sich in Vertreibung, Gewalt und Fluchtbewegungen, die 1947 ihren traurigen Höhepunkt fanden. So sehr dies eine Folge der fast zweihundertjährigen gezielten imperialistischen Herrschaftspolitik war, die Spaltung der indischen Gesellschaft in den 1940er Jahren hatte sich verfestigt und verselbständigt und konnte von den Briten 1946/47 nicht mehr kontrolliert werden. Die Labour-Regierung unter der sehr persönlichen Führung von Clement Attlee entschied sich dazu, den Abzug aus Indien zu beschleunigen, auch wenn dies kurzfristig Chaos und Gewalt noch anheizen würde, unter zwei schlechten Varianten die etwas weniger schlechte. In der Folge schloss sich Indien, wiewohl Republik, dem British Commonwealth an, und es entwickelten sich zwischen Nehru und der Labour Party ausgesprochen enge Beziehungen.

Unabhängigkeitsansprüche als vielmehr an Attlees Sicht, dass der Kampf gegen Nazi-Deutschland und Japan absoluten Vorrang haben müsse. Die Entscheidung des damaligen britischen Vizekönigs, den Kriegseintritt Britisch-Indiens am 3. September 1939 zu erklären, ohne einen Konsens mit den wichtigsten indischen Parteien zu suchen, richtete schweren Schaden an. Die Muslim Liga, die später die Gründung Pakistans betrieb, unterstützte die britische Seite. Die Kongresspartei war gespalten und radikalisierte sich in den Folgejahren, weil sie britischen Zusagen, nach dem Krieg den Weg zur Unabhängigkeit zu öffnen, aus schlechten historischen Erfahrungen begründet, nicht traute. Gleichzeitig hatte aber auch die britische Perspektive angesichts des Überlebenskampfes gegen den noch ungleich brutaleren deutschen und japanischen Imperialismus ihre Berechtigung. Bemerkenswert ist, wie gering die Unterstützung für die von Japan und Deutschland unterstützte Bewegung von Subhas Chandra Bose blieb. Noch beachtlicher angesichts der langen eigenen Unterdrückung ist der Beitrag der indischen Soldaten in der Britisch-Indischen Armee, der erheblich zum alliierten Sieg über Japan und Nazi-Deutschland beitrug. Britisch-indische Einheiten kämpften in Süd-, Südost- und Ostasien ebenso gegen die Achsenmächte wie in Westasien, Nordafrika und Italien.

Drei Faktoren deuteten frühzeitig darauf hin, dass die Zeiten des Empire und speziell der Herrschaft über Indien sich dem Ende zuneigten. Erstens war großen Teilen der konservativen Eliten klar, dass ein er-

Die britische Arbeiter:innenbewegung und Indien

Die Labour Party und die mit ihr organisch verbundenen Gewerkschaften des Trades Union Congress sowie die Fabian Society schwankten lange Zeit zwischen einer Hinnahme der Einbindung von Teilen der Arbeiter:innenschaft in einen imperialen Konsens, einer paternalistisch ausgeformten Unterstützung kolonialer Bewegungen und einem internationalistischen Antiimperialismus. Speziell Clement Attlee, der

die Partei von 1935 bis 1955 führte, befasste sich jahrzehntelang intensiv mit der Indienfrage. Als Stellvertreter Churchills während des Krieges verfolgte er, der der indischen Unabhängigkeitsbewegung weit mehr Verständnis entgegenbrachte als der Premierminister, nach dem Scheitern der Gespräche 1942 mit der Kongresspartei einen repressiven Kurs. Dies lag jedoch nicht an einer Ablehnung der indischen



„Armut: eine Gefahr für den Wohlstand aller“

Matthias Paykowski.
Karlsruhe. Vom 27.10.
bis zum 8.11.1947 war
Indien Gastgeber der
vorbereitenden ers-

ten regionalen ILO-Konferenz für Asien. Mit solchen Konferenzen versuchte die ILO spezifische Belange der Weltregionen besser kennenzulernen und entsprechend angepasste Programme zu entwickeln. Am 28. August 1947 hatte Indien seine staatliche Unabhängigkeit und Souveränität erlangt, die Rolle als Kronkolonie des britischen Empire endgültig abgeschüttelt. 1919 war Indien eines der 45 Gründungs-

mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation.

Der erste indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru forderte von der ILO, die bisher vor allem die industrielle Arbeitswelt im Blick hatte, sich den Folgen von Kolonialherrschaft und Unterentwicklung zu stellen: „Die enorme Anhebung des Lebensstandards in Asien, der derzeit sehr niedrig ist, ist nicht nur eine Frage der Großzügigkeit reicher und mächtiger Länder, auch wenn Großzügigkeit immer gut ist. Armut an einem Ort ist eine Gefahr für

den Wohlstand überall, genauso wie jede Infektionskrankheit irgendwo eine Gefahr für gesunde Bedingungen anderswo darstellen kann ... Die meisten Länder Asiens sind nach wie vor oder werden wahrscheinlich auch weiterhin überwiegend landwirtschaftlich geprägt sein. Der Ansatz zur Lösung von Arbeitsproblemen in Indien muss in erster Linie die landwirtschaftlichen Bedingungen berücksichtigen ... Auch in anderen Ländern Asiens müssen die Probleme der Landwirtschaft und des Landbesitzes rasch angegangen werden, um die Grundlage für die Schaffung besserer Lebensbedingungen zu schaffen.“

• webapps.ilo.org/static/english/lib/century/sources/1947.htm • Abbildung B commons.wikimedia.org/wiki/File:Delegates_at_the_1947_ILO_Asian_Regional_Conference.jpg, Fotoabteilung, Regierung von Indien, public domain

neuter Weltkrieg Großbritanniens Kräfte überfordern und daher eine Verteidigung der Herrschaft über Indien ökonomisch und militärisch nicht möglich sein würde. Auch aus diesem Grund hatten Teile der britischen Oberschichten eine Politik des Appeasements verfolgt. Umgekehrt, und das hatte der Labour-Linke Harold Laski in einer brillanten Argumentation („Is this an Imperialist War?“) Anfang 1940 geschrieben, würde eben dieser Krieg den Weg zu Entkolonialisierung, staatlicher Planung und zum Sozialstaat öffnen, weil nur so der Krieg zu gewinnen sei. Zudem unterschied Laski zwischen dem britischen Imperialismus, der kapitalorientiert und zudem im unaufhaltsamen Niedergang begriffen sei, und einem totalitären Ausbeutungsimperialismus wie dem der Nazis und Japaner. Der britische Imperialismus habe unbeabsichtigt auch die Waffen gegen ihn hervorgebracht: ökonomische durch eine beginnende Industrialisierung und Entstehung von Gewerkschaften, aber auch ideologische in Form von Aufklärung, Demokratie und Sozialismus, die sich nun gegen die Kolonialherren richteten. Der Nazi-Imperialismus vernichte dagegen als erstes die Organisationen der Arbeiter:innenbewegung und alle intellektuelle Dissidenz. Zweitens schärfte der ideologische Charakter des Krieges gegen Nazi-Deutschland und Japan auch das Bewusstsein zumindest eines wachsenden Teils der britischen Bevölkerung, dass in der Konsequenz auch der eigene Kolonialismus nicht mehr tragbar sei. Diese moralisch-politische Glaubwürdigkeitsdimension verstärkte sich drittens durch die Bedeutung der USA und der Rolle von Präsident Roosevelt, von der das britische Überleben erheblich abhing. Für große Teile der US-Eliten wie auch der progressiven Strömungen war der traditionelle europäische Imperialismus inakzeptabel. Zwei Elemente markieren die Indienpolitik der Labour Party im Unterschied zu derjenigen der Konservativen und der alten Eliten. Bei teilweise noch starken paternalistischen Zügen war gleichwohl der Labour Party klar, dass der Weg zur Unabhängigkeit sowohl politisch und moralisch geboten als auch unumkehrbar war. Mithin war die Attlee-Regierung fähig, den unvermeidbaren Abschied vom Empire einzuleiten. Zum anderen maß die britische Linke den ökonomischen und sozialen Fragen der Entkolonialisierung eine große Bedeutung zu. Kollektive Arbeiter:innenrechte, staatliche Planung, eine aktive Industrialisierung und der Aufbau sozialstaatlicher Strukturen waren für die britische Linke notwendiger Ausdruck einer umfassenden Befreiung, die allein durch eine nationale Unabhängigkeit noch nicht gewährleistet sein würde.

„Was vom Tage übrigblieb“ – Unmündigkeit als Tragik

Martin Fochler, München. Kazuo Ishiguro, geb. 8.11.1954 in Nagasaki, aufgewachsen in Großbritannien, Nobelpreisträger des Jahres 2017, veröffentlicht 1989 den Roman „The Remains of the Day“: Übertragung ins Deutsche 1990 unter dem Titel „Was vom Tage übrigblieb“. Verfilmung 1993 (1994 synchronisiert). 2015 Aufnahme in die BBC-Auswahl der „100 bedeutendsten britischen Romane.“ (Wikipedia) Woher das andauernde Interesse?

Die Konstruktion ist anstrengend: Dem Publikum der 1990er Jahre wird eine Erzählung aus dem Spätherbst 1956 vorgestellt, in der ein Zeitzuge über seine Lebenserfahrungen als Butler eines Herrensitzes im Großbritannien der Zwischenkriegszeit nachdenkt.

Bühne des Dramas ist der herrschaftliche Haushalt von Lord D. Um das Wohlbefinden des Hausherrn und seiner Gäste kümmern sich vielleicht 50 Leute. Sie werden vom Butler S. orchestriert. Dem weiblichen Personal steht die dem Butler unmittelbar unterstellte Haushälterin K. vor. Ishiguro lässt den Butler erzählen, dessen Beruf die Fähigkeit zur präzisen Beobachtung von Sachen und Menschen, von Einstellungen und Handlungen verlangt. Den Herrnsitz beschreibt S. als die Nabe, in der die Speichen des Weltgeschehens zusammenlaufen und hochgebildete, welterfahrene Menschen zusammen treffen, um zu erörtern, welche Richtung der Lauf der Welt nehmen soll. Ihnen muss eine Zone absoluten Komforts eingerichtet werden, von allen Irritationen des Alltags sind sie zu entlasten, luxuriöse Gebrauchsgegenstände und erlesene Speisen bestärken sie im Bewusstsein ihrer überragenden Bedeutung. In dieser Umgebung können die Herrschaften Informationen austauschen und zum Wohle des Landes verarbeiten ...

Die Bediensteten gewinnen Selbstachtung und Bedeutung, weil sie annehmen können, dass ihre kleinen, aber perfekten Dienste jene großen, informierten und weisen Entscheidungen möglich machen. Wenn ein gedeckter Tisch die Gäste als Kunstwerk ansprechen soll, muss die Dienerschaft mit ganzem Herzen bei der Sache sein, muss Bedürfnisse der Herrschaften vorausahnen und eigene Bedürfnisse ausblenden können. Kluges Entscheiden der Herrschaft bringt Vorteile für das Haus wie für das Land, für das Personal ein bisschen vom Luxus, ein Abglanz von Macht. Das für den perfekten Dienst erforderliche Einfühlungsvermögen entsteht jedoch nicht durch diese abfallenden Brocken, es nährt sich aus geteilten Werten, Vorstellungen vom Ehrenhaften, Schicklichen und von Fairness (Nicht-Willkür) gegen Untergebene.

Lord D. lehnt eine Politik dauerhafter Niederhaltung des im Weltkrieg geschlagenen Deutschen Reiches ab. Die Tradition, die er lebt, rät ihm, im Kampf besiegten Gegnern ein Angebot zu machen, ihnen die Einordnung in die durch den

Ausgang des Krieges Fakt gewordenen Machtverhältnisse anzubieten.

Im direkten Gegensatz dazu steht die Strategie der aufkommenden Nazi-Bewegung, die auf Eroberung, Versklavung und Vernichtung des Feindes zielt.

Lord D. übersieht diese Tendenz, er lässt sich in diese Ideologie hineinziehen. Weil seine Nazi-Bekanntschaften wünschen, keinesfalls von jüdischem Personal bedient zu werden, beauftragt der Lord seinen Butler, solchen Unannehmlichkeiten vorzubeugen. Es stellt sich heraus, dass zwei Hausmädchen jüdischer Herkunft sind. Lord D. wünscht, dass ihnen gekündigt werde, der Butler gibt diesen Wunsch zur Ausführung an die Haushälterin weiter. Die protestiert. Es läge kein Verhalten vor, das eine Entlassung begründen könnte. Der Butler besteht darauf, dass der Wunsch des Lords genüge. Damit ist viel kaputt: Der Lord ist in den Bereich der Personalführung, das Revier des Butlers ist eingebrochen. Der Butler hat den Grundsatz fairer Personalführung – keine Strafe ohne Vergehen – aufgegeben, sein Gehorsam ist sklavisch geworden und seine Anordnung des Vollzugs an die Haushälterin willkürlich. Einige Zeit später – die antisemitischen Gräueltaten der Nazis sind wohl inzwischen unübersehbar – versucht Lord D. seinen Fehler zu korrigieren. Aber zu spät. Das Vertrauen ist erschüttert. Der Butler hat mit seinem Verhalten „im Kleinen“ die Irrungen des Herrn „im Großen“ dahingehen lassen, wenn nicht gar bestärkt. Die Haushälterin, die dem goldenen Käfig durch Verheiratung entflieht, trifft auf patriarchale Strukturen, ihre Rebellion bleibt stecken.

Ishiguro kann die Erzählung so ausklingen lassen, weil die geschichtliche Entwicklung anders verlaufen ist. Die britische Gesellschaft entschied sich gegen ein Bündnis mit Nazideutschland, nach der Zerschlagung des Dritten Reiches bot man den Besiegten eine faire Chance zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, und es kann gut sein, dass die Idee der fairen vertraglichen Ordnung asymmetrischer Machtverhältnisse dem Land auch einen Korridor geöffnet hat, auf das Streben der Kolonien nach Unabhängigkeit einzugehen. – Der Roman legt nahe, sich informiert zu halten und das Urteil über die privaten wie die öffentlichen Angelegenheiten nicht anderen zu überlassen, wobei die Erzählung den Irrtum, dass das leicht getan sei, gerade nicht fördert.

Massiver Rechtsschwenk in den USA

Den Wahlsieg Donald Trumps analysiert STEFAN LIEBICH* aus New York

Der 5. November 2024 wird als schwarzer Tag für all jene in den Vereinigten Staaten und der Welt in die Geschichte eingehen, die sich für Demokratie und unabhängige Gerichtsbarkeit, für freie Medien und den Kampf gegen den Klimawandel, für Menschenwürde und Anstand einsetzen. Denn der 45. Präsident der USA wird auch der 47. sein: Donald J. Trump erhielt nach derzeitigem Stand knapp 75 Millionen Stimmen, weit mehr als die amtierende Vizepräsidentin der USA, Kamala Harris, für die gut 71 Millionen votierten. Er errang 312 Stimmen im Wahlkollegium (Electoral College) und damit deutlich mehr als die für seine Wahl notwendigen 270. Der 78-jährige ist die älteste Person, die in der 248-jährigen Geschichte der USA jemals zum Präsidenten gewählt wurde. Er wird zudem der erste Präsident sein, der in einem Strafprozess verurteilt wurde.

Auch im mächtigen Senat haben seine Republikaner die Mehrheit zurückerobert: Künftig wird es 53 republikanische und nur noch 47 demokratische Senator*innen geben. Zwar werden die letzten Stimmen für das Repräsentantenhaus derzeit noch ausgezählt, aber es gilt inzwischen als sicher, dass die Republikaner ihre knappe Mehrheit verteidigen können. Weil es auch im Verfassungsgericht, dem Supreme Court, eine konservative Mehrheit (6:3) gibt, kontrollieren die Republikaner nunmehr alle drei Gewalten: Exekutive, Legislative und Judikative. Damit hat Trump alle Schlüssel der Macht in seiner Hand.

Wer hat Trump gewählt?

Anders als noch 2016, als Trump ohne Mehrheit der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde, hat er bei seinem dritten Wahlantritt zum ersten Mal die popular vote gewonnen. Mehr noch: Außer Utah und Washington State sind alle Bundesstaaten bei diesen Wahlen nach rechts gerückt.

Wenn man sich die NACHWAHLBEFRAGUNGEN** anschaut, wird das Bild nicht besser. Während Harris eine Mehrheit der Frauenstimmen hinter sich versammeln konnte (53 zu 45 Prozent), gewann Trump bei den Männern mit 55 zu 42 Prozent. Besonders hoch war sein Vorsprung einmal mehr bei weißen Männern (60:37), aber Trump konnte sich auch – zum dritten Mal in Folge – eine deutliche Mehrheit der weißen Frauen (53:45) sichern. Harris' Bemühungen, in

dieser Gruppe hinzuzugewinnen, scheiterten kläglich.

Es gab lediglich zwei Wählergruppen, die die Demokratin ähnlich deutlich unterstützten wie vier Jahre zuvor Joe Biden, und zwar Afroamerikaner*innen (85:13) sowie Jüdinnen und Juden (78:22). Entgegen einer verbreiteten Annahme hat Trump bei Schwarzen Männern nur geringe Zuwächse (77:23 pro Harris) verzeichnet. Die in allen Wählergruppen höchste Zustimmungsrate erzielte Harris bei afroamerikanischen Frauen (91:7) und Senior*innen (93:5).

Trump errang in nahezu allen demographischen Gruppen Zugewinne, teilweise sogar hohe. So kam er bei Latinos auf 46 Prozent (Harris: 52 Prozent), die Gruppe der Latino-Männer gewann er sogar mit 55:43 Prozent. Dass eine Mehrheit der männlichen Latinos Trump wählte, obwohl er seit Jahren gegen Immigrant*innen aus Lateinamerika hetzt, hat progressive Beobachter*innen in Schockstarre versetzt. Man muss hier allerdings erwähnen, dass Latinos keine homogene Gruppe sind; während insbesondere die kubanischen US-Amerikaner*innen fest aufseiten des Republikaners stehen, fällt die Zustimmung etwa unter Puerto-Ricaner*innen oder Bürger*innen mexikanischer Herkunft geringer aus.

Dennoch scheinen Wahlentscheidungen zunehmend weniger auf Basis des ethnischen Hintergrunds getroffen zu werden; wichtiger wird demgegenüber der Bildungsgrad. Harris gewann, wie erwartet, bei den Wähler*innen mit Hochschulabschluss, aber Trump siegte in der (größeren) Gruppe der Wähler*innen ohne Collegeabschluss und insbesondere bei jenen, die nie ein College besucht haben (63:35).

Es sollte keine große Überraschung sein, dass eine Demokratische Partei, die die Arbeiterklasse im Stich gelassen hat, nun feststellen musste, dass die Arbeiterklasse sie im Stich lässt. *Bernie Sanders*

Dies indiziert, dass es dem Republikaner gelungen ist, Teile der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen. Selbst bei jenen, zu deren Haushalt mindestens ein Gewerkschaftsmitglied gehört, kam Trump auf 45 Prozent. Und er gewann die Mehrheit der Stimmen aus Haushalten mit Jahreseinkommen von unter 50 000 Dollar – Harris dagegen gewann bei den Wohl-situierten, die über 100 000 Dollar pro Jahr verdienen. Von denen, die angaben, unter der Inflation der vergangenen Jahre gelitten zu haben, errang Trump 74 Prozent, Harris hingegen gewann in der Gruppe der Menschen, die nach eigenen Angaben nicht unter der Inflation litten, mit 77 Prozent.

Der wichtigste Beweggrund der meisten Abstimmenden für ihre Wahlentscheidung war also die wirtschaftliche Situation. Durch die von der Covid-Pandemie verursachte Inflation sind die Preise für Lebensmittel, Mieten und Häuser stark gestiegen. Zwar gelang es der Biden-Regierung, die Inflation unter Kontrolle zu bekommen, aber das bedeutete im Ergebnis nicht niedrigere, sondern lediglich langsamer steigende Preise.

Kein Wunder, dass viele Menschen dafür die amtierende Regierung – der Harris als Vizepräsidentin angehört – verantwortlich machten. Die bittere Ironie liegt darin, dass die Biden-Regierung durchaus eine sozialdemokratische Wende weg von den alten Rezepten des Neoliberalismus versucht hatte, dabei aber aus den eigenen Reihen ausgebremst wurde. Hinzu kommt, dass dort, wo Biden Erfolg hatte – Infrastrukturprogramm, Wirtschaftswachstum, Senkung der Zahl der Arbeitslosen – ebendiese Erfolge offenbar nur für (zu) wenige real spürbar waren. Und Wähler*innen stimmen bekanntlich in aller Regel nicht über ab-

** **NACHWAHLBEFRAGUNG** bei [nbcnews.com/politics/2024-elections/exit-polls](https://www.nbcnews.com/politics/2024-elections/exit-polls) zu mehr als 350 Aspekten. (Auszug: Bildschirmkopie PB, mit automatischer Übersetzung der Legende durch Edge.)

Im Vergleich zu vor vier Jahren ist die finanzielle Situation Ihrer Familie:



Hat die Inflation im letzten Jahr bei Ihnen und Ihrer Familie Folgendes verursacht:



* **STEFAN LIEBICH** leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York City, rosalux.nyc.de/our-work/

strakte politische Programme oder Statistiken ab, sondern auf Basis dessen, was sie in ihrem täglichen Leben spüren.

Bernie Sanders aus Vermont, der einflussreichste Linke in den USA, der für weitere sechs Jahre als Senator bestätigt wurde, formulierte es so: „Es sollte keine große Überraschung sein, dass eine Demokratische Partei, die die Arbeiterklasse im Stich gelassen hat, nun feststellen musste, dass die Arbeiterklasse sie im Stich lässt. [...] Während die Führung der Demokraten den Status quo verteidigt, ist das amerikanische Volk wütend und will Veränderungen.“ Diese Veränderungen haben ihnen die Demokraten als Partei des Status quo nicht in Aussicht gestellt – Trump hingegen schon. Er setzte wie bereits 2016 und 2020 auf die große Unzufriedenheit der Bürger*innen mit der etablierten Politik in Washington DC. Mit Erfolg.

Dennoch wird Trumps Regierung ohne Zweifel bestätigen, dass die Republikaner die Partei des großen Geldes bleiben. Sie werden die Armut im Land nicht bekämpfen, sondern im Gegenteil die Reichen entlasten und die Rechte der Gewerkschaften einschränken.

Abtreibung und Migration

Ein weiteres Thema am Wahltag war das Recht auf Abtreibung. In ihrem Bündnis mit evangelikalen Christ*innen (82:17 für Trump) haben die Republikaner in den letzten Jahrzehnten das Thema parteipolitisch aufgeladen. Fast alle, die das Recht auf Schwangerschaftsabbruch abschaffen wollen, wählten Trump.

Nachdem Abtreibung sich bei den Kongresswahlen 2022 als Gewinnerthema für die Demokraten erwiesen hatte, setzt auch Harris auf dessen mobilisierende Wirkung. Doch diese Rechnung ging nicht auf, obwohl es den Demokraten gelungen war, in zehn Bundesstaaten Referenden zum Thema Abtreibung anzusetzen. In sieben Staaten wurde dabei das Recht auf Abtreibung gesichert und fand in einem weiteren (Florida) eine Mehrheit, scheiterte dort aber an der hohen Hürde von 60 Prozent.

Das bedeutete jedoch nicht, wie von den Demokraten erhofft, dass alle Befürworter*innen des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch für die Kandidatin stimmten, die sich dafür einsetzte. Nur 14 Prozent der Wähler*innen gaben in den Nachwahlbefragungen an, dass Abtreibung für sie das wichtigste Thema der Wahl gewesen sei – und von diesen stimmte auch noch jede vierte Person für Trump. (Zum Vergleich: 32 Prozent nannten bei dieser Frage den Zustand der Wirtschaft als entscheidend.)

Wie in Deutschland dominiert auch in den USA beim Thema Einwanderung ein

rechter Diskurs. 87 Prozent der Trump-Wähler*innen sind der Auffassung, dass Migrant*innen, die in den USA ohne gültige Aufenthaltspapiere leben, abgeschoben werden sollen. Die Demokraten haben sich im Wahlkampf auf den Wettbewerb eingelassen, wer besser die Grenze schließen könne. Auch hier wurde Trump offensichtlich eine größere Durchsetzungskraft zugeschrieben.

Die Frage der Außenpolitik

Außenpolitische Themen beeinflussen die Wahlen in den USA traditionell nur geringfügig. So war es auch dieses Mal – nur vier Prozent erklärten sie zum wichtigsten Thema. Der russische Krieg gegen die Ukraine spielte im Wahlkampf denn auch kaum eine Rolle.

Anders war es beim Krieg im Nahen Osten. Viele demokratische Wähler*innen waren mit der Politik der Biden/Harris-Administration, bedingungslos Waffen an die israelische Armee zu liefern, nicht einverstanden. Gerade unter US-Amerikaner*innen mit arabischen Wurzeln war die Wut darüber groß. Sogewann in Dearborn in Michigan, einer Stadt mit 100 000 Einwohner*innen und einer großen arabischen Community, Trump mit 42:36 Prozent. Vier Jahren zuvor hatte Joe Biden hier noch mehr zwei Drittel der Stimmen errungen. Die Kandidatin der Grünen Partei (die ideologisch mit den deutschen Grünen kaum zu vergleichen ist), die sich in ihrer Kampagne nahezu ausschließlich auf den Krieg in Gaza fokussierte, erzielte hier 18 Prozent. Allerdings fiel das landesweit kaum ins Gewicht: Jill Stein errang insgesamt lediglich ein halbes Prozent der Stimmen und damit etwa so wenig wie Robert F. Kennedy jr., der seine Kandidatur bereits zurückgezogen und zur Wahl von Trump aufgerufen hatte. Auch wenn also der mangelnde Einsatz der Harris-Kampagne für ein Ende der Waffenlieferungen an Israel Wählerstimmen gekostet hat, lässt sich angesichts des großen Rückstands auf Trump festhalten, dass das Thema letztlich nicht wahlentscheidend war.

Eine bittere Niederlage

Am Wahltag gab es, das sei hier erwähnt, auch (wenige) gute Nachrichten von der anderen Seite des politischen Spektrums. Etablierte Linke kehren erneut in den Kongress zurück. Bernie Sanders und Elizabeth Warren werden weiterhin im Senat, Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Rashida Tlaib und Summer Lee im Repräsentantenhaus ihre Stimmen erheben können. Auch dass mit Sarah McBride die erste Transperson in den Kongress gewählt wurde, ist bemerkenswert. Außerdem konnten auf der Ebene der Bundesstaaten manche Linke, dar-

unter Mitglieder der Democratic Socialists of America (DSA), Sitze erringen.

Dennoch: Angesichts des Wahlausgangs scheint es schwer, irgendeinen Silberstreif am Horizont zu erkennen. Denn mit dem Wahlsieg Trumps steht fest, dass der weltweite Kampf gegen den Aufstieg des Rechtsautoritarismus eine bittere Niederlage erlitten hat. Und weil die Wahl im immer noch mit Abstand wirtschaftlich und militärisch stärksten Land errungen wurde, wird die ganze Welt die massiven Folgen zu spüren bekommen.

Die Tagenach der Verkündung des Wahlergebnisses waren daher im progressiven Teil der USA von Niedergeschlagenheit und Trauer geprägt. Derzeit laufen in der US-Linken und bei den Demokraten heftige Debatten über die Ursachen der Niederlage. Viele Zentristen stellen sich vor die demokratische Kandidatin und vertreten die These, es habe vor allem daran gelegen, dass Kamala Harris erst so spät in den Wahlkampf einsteigen konnte. Das aber unterschlägt, dass die Harris-Kampagne offensichtlich massiven Fehleinschätzungen unterlag. Ihre Strategie, über gemeinsame Wahlkampfauftritte mit der geschassten Republikanerin Liz Cheney Stimmen von der Konkurrenz zu gewinnen, ist ebenso krachend gescheitert wie der Versuch, die (weißen) Frauen in den Suburbs zu überzeugen. Dass führende Demokraten jetzt behaupten, sie habe eine „makellose“ Kampagne geführt, dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass sie ihre Politik trotz der heftigen Niederlage nicht ändern wollen.

Chris Murphy, Senator aus Connecticut, hält dem entgegen: „Wenn Progressive wie Bernie [Sanders] aggressiv gegen die Eliten vorgehen, die die Menschen kleinhalten, werden sie [von den Demokraten] als gefährliche Populisten gemieden. Warum eigentlich? Vielleicht, weil echter Wirtschaftspopulismus schlecht für unsere gutverdienenden Wähler*innen ist? [...] Wir brauchen einen klaren Bruch mit dem Neoliberalismus.“ Eine Umfrage von Data for Progress vom Juli dieses Jahres bestätigt, dass linke Forderungen wie die Erweiterung von Leistungen der Gesundheitsversorgung (60 Prozent) und die Erhöhung von Steuern für Reiche und Unternehmen (64 Prozent) von einer deutlichen Mehrheit der Bürger*innen unterstützt werden.

Um thematische Umfragen in Mehrheiten an den Wahlurnen zu übersetzen, braucht es offensichtlich einen Kurswechsel – weg von den Einflüsterungen des großen Geldes, hin zu den konkreten Interessen der abhängig Beschäftigten. Das aber wird dieser Demokratischen Partei, so viel steht fest, alles andere als einfach.

Einladung zu Winterschule und MV der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“

Beginn Donnerstag, den 2. Jan. um 14 Uhr in Erfurt, Ende Samstag, 4. Jan 2025 um 16 Uhr

Unter dem Druck der aktuellen innerstaatlichen und globalen politischen Konflikte wollen wir bei dieser Winterschule versuchen, die Ausgangslage besser zu verstehen. Zu diesem Zweck haben wir nach einem Text gesucht, der die „herrschende Lehre“ gerafft darstellt. Der im Internet auffindbare Text von Prof. Dr. Seewald, Titel „ALLGEMEINE STAATSLEHRE – Skript“, wird vom Autor mit folgender kurzen Vorbemerkung versehen: „Dieses Skript ist als unterrichtsbegleitendes Material konzipiert. Es beruht auf verschiedenen Schriften zur allgemeinen Staatslehre und zur Verfassungsgeschichte“. Wir wollen diesen Text

(Quelle siehe unten *) heranziehen, um uns mit den gängigen Bestimmungen zu zwei Themenkomplexen vertrauter zu machen:

- **Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsangehörigkeit** wir wollen verbunden mit der gemeinsamen Lektüre, diskutieren welche Ansatzpunkte der völkische Nationalismus in diesen Bestimmungen sucht und worauf sich andererseits emanzipative Kräfte beziehen können, um dem vorzubauen. Gibt es so was wie eine EU-Staatsbürgerschaft? Allgemein verpflichtende Menschenrechte?
- **„Entstehung und Untergang von Staaten“** wird es darum gehen, das tatsächliche Verhalten der

staatlichen Akteure angesichts solcher mit militärischer Expansion, brutalster Gewalt und Verbrechen gegen Menschenrechte verbundenen Prozesse zu verstehen.

An Texten u.a. von Carl Schmitt (Angriffskrieg im Völkerrecht) und Maximilian Krah (Die Weltordnung im Wandel, Großraumkonzept) wollen wir uns mit den Strategien der völkisch-nationalistischen Richtung beschäftigen und mit Beiträgen von Jürgen Habermas (Alternative Visionen einer Neuen Weltordnung) und anderen linken Positionen nach Ansatzpunkten für Friedenspolitik in der aktuellen Willensbildung zu Krieg und Frieden suchen, die das System der globalen Vereinbarungen und Verträge ebenfalls bietet.

→ **Abendveranstaltung:** Diskussion (Do oder Fr, mit Gästen) Thema: **Bündnislage und Themenschwerpunkte – Linke Politik in Kommunen und Ländern.**

→ **Samstag: MV der ArGe:** Verschiedene Berichte, u.a. Kontakt zu *The Left* im Europäischen Parlament. → **Die Materialmappe** mit dem vollständigen Programm **kann ab 21. Dez. per E-Mail angefragt werden:** michael.juretzek@nord-com.net, Michael Juretzek, Sprecher der ArGe

* Quelle Seewald: https://www.jura.uni-passau.de/fileadmin/dokumente/fakultaeten/jura/lehrtstuehle/dederer/skript_staatslehre_07_seewald.pdf

Parteitag Die Linke: Gute Stimmung trotz schwieriger Lage

Wolfgang Freye, Essen (ArGe-Parteitage delegierter mit beratender Stimme). Überwiegend gute Stimmung herrschte beim Bundesparteitag der Linken vom 18. bis 20.11.2024 in Halle. Trotz der existenzbedrohenden Situation gab es teilweise fast so etwas wie Aufbruchstimmung. Martin Schirdewan, scheidender Ko-Parteivorsitzender sprach von 10 000 Neueintritten im vergangenen Jahr, die Hoffnung geben. Inzwischen sind es nach Angaben der „Welt“ von Oktober 2023 – dem Monat, in dem die Gruppe um Sahra Wagenknecht aus der Linken austrat – bis November 2024 13 350 Eintritte bei 7 458 Austritten im gleichen Zeitraum. Die Partei liegt damit wieder deutlich über 60 000 Mitgliedern und viele setzen darauf, dass mit „Organizing“ und massenhaftem „Haustürwahlkampf“ eine Wende auch bei den Wahlergebnissen erreicht werden kann. Dabei sind die Umfragewerte nach wie vor schlecht. Ein Aufschwung, den manche vom Bundesparteitag erwartet haben, ist bisher nicht wirklich zu spüren. Die Linke liegt je nach Umfrageinstitut zwischen 3 bis 4 %, auch nach dem Bruch der Ampelkoalition. Und während die Zuversicht Geschlossenheit ausstrahlen sollte, wurde beim Parteitag wiederholt deutlich, dass der Zusammenhalt in manchen Fragen nicht sehr weit reicht.

Das gilt insbesondere für die Frage nach einer modernen, zeitgemäßen Friedenspolitik, wozu auch die Beurteilung der Situation im Nahen Osten zählt.

Hierzu hatte es im Vorfeld des Parteitages sehr kontroverse Anträge gegeben. Zur Frage des linken Antisemitismus endete der Berliner Landesparteitag eine Woche vorher in einem Eklat. Es gab massive Befürchtungen, dass diese Debatte auch den Parteitag in Halle zum Platzen bringen konnte. Deshalb arbeitete hinter den Kulissen insbesondere Jan van Aken als Kandidat für den Parteivorsitz an einem Kompromissantrag, der am Abend des ersten Tages tatsächlich vorlag.

„Als Linke stehen wir gemeinsam und entschieden gegen jede Form des Antisemitismus und Rassismus – unabhängig davon, von welcher politischen und weltanschaulichen Richtung er ausgeht“, heißt es in dem schließlich mit großer Mehrheit beschlossenen Text, der den „menschenverachtenden Terror der Hamas“ ebenso verurteilt wie die „Völkerrechtsverbrechen der israelischen Armee“. Die Delegierten, die großen Wert auf das Existenzrecht Israels legen, akzeptierten den Kompromiss, obwohl der Text geschichtlich eher Israel die Verantwortung für den Konflikt

gibt. Die Kräfte, die sich über den Begriff Palästina-Solidarität definieren, taten sich damit erheblich schwerer und versuchten den Kompromiss noch aufzuweichen.

Diese Situation führte am Samstag schließlich dazu, dass die Landtagsabgeordnete Henriette Quade aus Sachsen-Anhalt und andere bei einer Palästina-Solidaritätsaktion vor den Türen der Messehallen zusammen mit anderen massiv angegriffen wurde und die Messehallen durch einen Hinterausgang verlassen musste. Die Konflikte zu dieser Frage sind nicht richtig geklärt und werden Die Linke weiter beschäftigen. Das zeigten auch die Austritte führender Mitglieder aus dem Berliner Landesverband nach dem Bundesparteitag.

Das gleiche gilt für andere Fragen. Strömungspolitische Initiativen insbesondere der Antikapitalistischen Linken spielten eher wieder eine größere Rolle als bei vorherigen Parteitag. Sie arbeiteten sich z.B. an etlichen Anträgen zum Leitantrag ab, die zwar meist abgelehnt wurden, manchmal aber nur recht knapp. Eine knappe Mehrheit fand ein Antrag, der die Forderung nach Auflösung der Nato im Leitantrag unterbrachte. Deutlich wurde daran, dass die Frage der inhaltlichen Positionierung nach dem Austritt des Wagenknecht-

Flügels in vielen Fragen offen ist und viel programmatischer Diskussionsbedarf besteht. Immerhin bezeichnete die scheidende Vorsitzende Janine Wissler den Austritt des Wagenknecht-Flügels als unabwendbar und räumte im Vorfeld Fehler der Parteispitze ein.

Der ungeklärte Streit spiegelte sich auch in den Kandidaturen zum Parteivorstand wider. Dabei ist der Geschäftsführende Vorstand recht solide und pluralistisch zusammengesetzt. Jan van Aken aus Hamburg und Ines Schwerdtner aus Brandenburg erhielten bei der Wahl der Vorsitzenden mit 88 % und knapp 80 % der Stimmen gute Ergebnisse. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Luise Neuhaus-Wartenberg und Sabine Ritter gewählt, die sich zur Progressiven Linken zählen, sowie Ates Gürpinar und Maximilian Schirme. Zum Bundesgeschäftsführer wurden Janis Ehling und zum Bundesschatzmeister Sebastian Koch gewählt. Insgesamt ist der Vorstand für Die Linke ungewöhnlich stark von Mitgliedern aus den alten Bundesländern bestimmt.

Viel Beifall erhielten beim Parteitag am Freitag der Thüringer Ministerpräsident, Bodo Ramelow, und am Samstag Gregor Gysi, der die „Aktion Silberlocke“ vorstellte, die Direktkandidaturen für den Bundestag von ihm in Berlin, Bodo Ramelow in Erfurt und Dietmar Bartsch in Rostock, um so zusammen mit Sören Pellmann in Leipzig und Ines Schwerdtner in Berlin die Chancen der Linken auf drei Direktmandate zu erhöhen. Ob das gelingen kann, wenn die Partei in der gesellschaftlichen Stimmung nicht bei knapp 5 % liegt, sondern deutlich darunter, wird man sehen. Wie sagte Bodo Ramelow doch? Es gehe ihm „auf die Ketten, wie wir uns mit uns selbst beschäftigen“. Aber: „Ich wünsche uns die notwendige Kraft, uns neu zu sortieren.“

Analyse der Otto-Brenner-Stiftung 11/2024: Social-Media-Partei AfD?:

Die Studie analysiert die digitalen Landtagswahlkämpfe der AfD in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Danach sind im Auftreten in den sozialen Medien zwischen den Landesverbänden deutliche Unterschiede nachweisbar. In Brandenburg habe die AfD am meisten in den digitalen Wahlkampf investiert und sei eng mit dem extrem rechten Vorfeld der Partei vernetzt gewesen. In Thüringen sei der digitale Wahlkampf auf Spitzenkandidat Höcke zugespitzt gewesen. Die AfD Sachsen habe im digitalen Raum vergleichsweise wenig Akzente gesetzt, auch weil die Freien Sachsen hier sehr präsent gewesen seien. Die digitale Performanz der AfD werde in der Öffentlichkeit häufig überschätzt.

www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP73_LTW_AfD_Vierseiter_WEB.pdf

Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung.

Die Broschüre von VVN-BdA, attac, Bertha-von-Suttner-Stiftung und DfG-VK zeigt auf, welche Akteure versuchen, unter dem Deckmantel von „Friedensdemonstrationen“ ihre nationalistischen Ideologien zu verbreiten, wie anfällig Teile der Friedensbewegung für rechte und verschwörungsideologische Einflüsse sind und welche „Querfronten für den Frieden“ es gibt. Lucius Teidelbaum, freier Journalist und Publizist, beleuchtet dabei das Auftreten und die Strategien rechter und verschwörungsideologischer Akteur*innen wie des Compact-Magazins, Ken Jebsen oder der Partei „Die Basis“.

vvn-bda.de/neue-broschuere-untersucht-rechte-und-verschwörungsideologische-einflussnahme-auf-friedenspolitische-demonstrationen-gruppen-und-organisationen/

Im Ressentiment vereint. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 ist erschienen.

Aus dem Vorwort: „Die Erhebung analysiert u.a. die Einflüsse von sozialer Ungleichheit und sozialräumlichen Kontexten auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen. Hier zeigt sich (erneut, Red.) ..., dass Arbeitslosigkeit und niedriges Einkommen wenig Erklärungskraft besitzen. Rechtsextreme Einstellungen scheinen viel stärker befördert durch subjektive Deprivationserfahrungen, allgemeine Angst und insbesondere durch das Gefühl, dass es Deutschland insgesamt wirtschaftlich schlecht gehen würde.“ Zwar sei im Vergleich zu vorherigen Erhebungen der Bevölkerungsanteil mit geschlossen rechtsextremem Weltbild gesunken, jedoch nehme die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Einstellungen ... in den westdeutschen Bundesländern zu.

www.boell.de/sites/default/files/2024-11/leipziger-autoritarismus-studie-2024-vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen.pdf

Evangelische Pfadfinder schließen AfD-Mitglieder aus

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Zwischen Konservatismus und Rechts-extremismus gibt es ideologisch auch eine starke religiöse Brücke. Sie ist vieltalig: von gegenmoderner Kirchlichkeit über evangelikale oder charismatische Freikirchlichkeit, spirituelles Einzelgängertum bis hin zu Neuheidnischem. Einige Vertreter formulieren sogar eine eigene Theologie. So unterschiedlich und schillernd diese Impulse sein mögen, so wirkmächtig sind sie, weil sie die politische Agenda der Rechten religiös abstützen und aufladen. In den Leitungsgremien evangelischer Landeskirchen und katholischer Diözesen hat sich diese Erkenntnis zunehmend durchgesetzt. Sie haben organisatorische und gesetzliche Regelungen bis hin zum Arbeits- und Beamtenrecht getroffen, die die Unvereinbarkeit von christlichen Werten und rechter Ideologie organisatorisch umsetzbar machen sollen.

„Wir gehen ins Gespräch, und wenn nötig auch in den Streit. Wir halten Kurs und richten uns nach unserem christlichen Leitbild. Das sind wir zuerst all denen schuldig, die die Dienste der Diakonie in Anspruch nehmen. Wer Unterstützung, Betreuung, Begleitung oder Beratung braucht, muss darauf vertrauen dürfen, dass für die Diakonie die Würde des Menschen unveräußerlich ist und geachtet wird. Daher wenden wir uns gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und jede andere Form von Menschenfeindlichkeit.“

So der Präsident der Diakonie Deutschland, Rüdiger Schuch. Ähnliches gilt für andere kirchliche Organisationen und Gliederungen.

So hat der Verband Christlicher Pfadfinder*innen (VCP) kürzlich auf der 55. Bundesversammlung des VCP auf der Burg Rieneck im Spessart beschlossen, dass eine Mitgliedschaft in der AfD unvereinbar ist mit einer Mitgliedschaft im VCP. Der VCP betont, dass die pädagogischen Ziele und christlichen Werte des Verbandes den Ideologien der AfD diametral gegenüberstehen.

„Unter diesem Halstuch schlummern Werte – ein wichtiger ist die Demokratie“, sagt Antonia Lehmbecker, Vorsitzende des VCP-Landesverbandes Hamburg. Daher gilt: „Pfadfinden ist politisch ... Wenn die Kinder mit sieben oder acht Jahren zu uns kommen, dann geht es um so Dinge wie: Was spielen wir, was essen wir, wohin geht die nächste Fahrt, wer wird die nächste Stammesleitung?“. Durch diese Prozesse sind die „Pfadis“ von klein auf in Kontakt mit demokratischen Prozessen und leben sie.

Siehe auch: www.vcp.de/pfadfinden/vcpbv/einordnung-zum-beschluss-vcp-unvereinbar-mit-hass-und-hetze

Daher lautet der Beschluss: „Eine Mitgliedschaft in der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD), ihren Fraktionen in Parlamenten und Vertretungen von Gebietskörperschaften, deren Jugendorganisation ‚Junge Alternative für Deutschland‘ (JA), deren Hochschulorganisation Campus Alternative, deren Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung sowie einer Förderung durch diese und die Kandidatur auf ihren Listen oder in ihrem Namen ist auf Grund der von Ihnen vertretenen und geäußerten politischen Forderungen, Ziele und Werte, sowie konkreter Aussagen ihrer Spitzenvertreter nicht mit einer Mitgliedschaft im Verband Christlicher Pfadfinder*innen e.V. vereinbar.“ Die pädagogischen Ziele der Pfadfinder*innenbewegung und des VCP, seine christlichen Werte sowie von der Bundesversammlung beschlossene Positionen sind mit einer Mitgliedschaft in der AfD sowie in den ihr zugerechneten Organisationen unvereinbar. Dies gilt auch für alle Untergliederungen des VCP.

Im Verband Christlicher Pfadfinder*innen mit Sitz in Kassel sind bundesweit rund 20 000 junge Menschen aktiv, rund 5 000 engagieren sich als ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ziel der Pfadfinderschaft ist die Erziehung zu Toleranz und Demokratiefähigkeit, der Schutz von Natur und Umwelt, die Orientierung am Evangelium, Internationalität sowie der Spaß am Abenteuer.

Die Unvereinbarkeit mit der AfD sei unter dem Titel „VCP – Gegen Hass und Hetze“ mit großer Mehrheit beschlossen worden, sagte der Generalsekretär des VCP, Till Strang, dem Evangelischen Pressedienst (epd).

In dem daneben einstimmig verabschiedeten Positionspapier unter dem Titel „Jugendarbeit – jetzt erst recht“ heißt es, dass angesichts „wachsender Bedrohung durch Rechtsextremismus und demokratiefeindliche Ideologien“ eine verstärkte staatliche Förderung der Jugendarbeit unerlässlich sei. Der VCP fordert die Politik und die Kirchen auf, mehr Geld für die Jugendarbeit bereitzustellen und eine frühzeitig einsetzende Präventionsarbeit zu fördern.

Zudem sei es notwendig, die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, kirchlichen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen und Schulen zu intensivieren, heißt es in dem Papier. Nur gemeinsam könne es gelingen, Jugendliche vor extremistischen Ideologien zu schützen und dauerhaft eine demokratische Gesellschaft zu erhalten.

„Die Voraussetzungen für ein AfD-Verbot sind erfüllt“¹

Olaf Argens, Schmitten/Hessen.

113 Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen hatten am 13. November beim Bundestagspräsidium einen Antrag auf ein AfD-Verbotsverfahren eingereicht². Unter den Unterzeichnern sind 31 Sozialdemokraten (ca. 15% der Fraktion), 56 Grüne (ca. 48 %), 18 Linken-Abgeordnete (ca. 64 %), 7 CDU-Parlamentarier (3,6 %) sowie der Vertreter des Südschleswigschen Wählerverbandes. Der Antrag wurde initiiert von einer Gruppe um den ehemaligen Ostbeauftragten der Bundesregierung Marco Wanderwitz (CDU). Ob der Antrag noch vor den Neuwahlen im Parlament diskutiert und abgestimmt wird, ist offen.

Die Abgeordnetengruppe fordert den Bundestag auf, beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen festzustellen, dass die AfD verfassungswidrig und ihr Vermögen zugunsten der Bundesrepublik für gemeinnützige Zwecke einzuziehen ist. Hilfsweise wird beantragt festzustellen, dass die AfD von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen ist und jedenfalls Teilorganisationen (Landesverbände, Jugendorganisation) verfassungswidrig sind.

Um der in vorangegangenen Verbotsverfahren gegen die NPD entwickelten Vorgaben der Staatsfreiheit – gemeint ist der Abzug der V-Leute – zu entsprechen, gibt der Antrag ein bestimmtes Verfahren vor. Die Regierungen werden aufgefordert, durch ihre Nachrichtendienste unverzüglich auf die Herstellung dieser vom Verfassungsgericht für Parteiverbotsver-

fahren formulierten Voraussetzungen hinzuwirken und dem Bundestag den Zustand der strikten Staatsfreiheit nach dessen Eintritt zu versichern.

In der Begründung des Antrags wird dargestellt, dass die Programmatik und politische Tätigkeit der AfD gegen grundlegende Prinzipien des Grundgesetzes verstoßen, ernsthafte Zweifel an der Verfassungswidrigkeit der Partei gibt es keine mehr. Das hatte u.a. bereits das Deutsche Institut für Menschenrechte in seiner Studie zu den Möglichkeiten eines Verbotsverfahrens ausführlich dokumentiert.² Über die Folgen eines Verbotsverfahrens wird deshalb vor allem politisch diskutiert. Eine Übersicht über maßgebliche Argumente enthält der Verfassungsblog.³

Wesentliche Bedenken beziehen sich auf demokratische Grundsätze: „Die

Differenzierung zwischen jenen, die tatsächlich die freiheitlich demokratische Grundordnung angreifen, und jenen, die scharfe Kritik an der aktuellen Regierung und anderen Parteien üben, ist schwierig – und wird schwierig bleiben ... Die rote Linie sei die Gewalt, nicht aber schon Existenz, Programmatik und Äußerungen anti-demokratischer Parteien und einzelner Politiker. Schon gar nicht die von nachrichtendienstlichen Exekutiven wie dem skandalumwitterten Verfassungsschutz geäußerten Vermutungen ...“ (Wolfgang Merkel, die Fallstricke der wehrhaften Demokratie). Für das Verbotsverfahren wird deshalb – aus gutem Grund – verlangt, dass nachgewiesen werden kann, dass die Partei als Ganzes die grundgesetzlich geschützte Ordnung aktiv bekämpft und sie beseitigen will. Ob das Verfassungsgericht der Beweisführung der Antragsteller folgen würde, ist offen. In der Antragsbegründung wird sich insofern u. a. bezogen auf Erfahrungen mit Mandatsgewinnen der AfD, die die Annahme bestätigen, dass die Partei einmal errungene Macht einsetzt, um einen tendenziell gewaltsamen Umbau der demokratischen Verhältnisse voranzutreiben.

Ein weiterer wesentlicher Einwand befürchtet eine Erschütterung des demokratischen Grundkonsenses: – „So erwiesen die antidemokratische Gesinnung der AfD-Führung auch sein mag, so viele Risiken birgt ein Verbotsverfahren unter den Bedingungen des von der Digitalisierung ausgehenden neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit. Für Habermas ist die fundamentale Voraussetzung jedweder Deliberation ein „Konsens über die Grundsätze der gemeinsamen Verfassung“. Genau dieser Grundkonsens wäre nachhaltig erschüttert, wenn ein Verbotsverfahren weithin als illegitim angesehen würde. ...“ (Michael Koß, Delegitimation durch Verfahren).

Für ein Verbot zum jetzigen Zeitpunkt wird vor allem vorgetragen, dass es – irgendwann – zu spät sein kann, da eine wirksame Bekämpfung der AfD immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich wird, wenn es der Partei gelingt, demokratische Institutionen schrittweise zu beseitigen: „... Der ‚demokratische Fundamentalismus‘ und die ‚legalistische Blindheit‘ seien weder willens noch in der Lage zu erkennen, dass es gerade die Prinzipien und Verfahren der Demokratie sind, die den Demokratiefreunden als Trojanisches Pferd dienen.“ (Wolfgang Merkel, die Fallstricke der wehrhaften Demokratie).

Marco Wanderwitz hat am 20. November angekündigt, dass er für den nächsten Bundestag nicht mehr kandidieren wird, da die Angriffe und Bedrohungen für ihn und seine Familie unerträglich geworden sind.

¹ www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/warum-die-afd-verboten-werden-koennte

² server.bundestag.de/btd/20/137/2013750.pdf ³ verfassungsblog.de/

DOK Überwiegend skeptische Stimmen aus den Bundestagsfraktionen

Rosemarie Steffens, Langen

CDU/CSU Die Fraktionsspitze ist gegen ein Parteiverbot. Friedrich Merz: „Parteiverbote haben noch nie dazu geführt, dass man ein Problem löst.“

Die Zeit, 26.7.24

Alexander Dobrindt: „Man kann die AfD nicht wegverbieten, ... nur wegeregieren.“ Der AfD erhalte neue Gelegenheit, sich als Opfer zu inszenieren, um zusätzliche Unterstützung zu gewinnen.

Bayerischer Rundfunk, 14.11.24

FDP Die FDP ist gegen ein Parteiverbot und will stattdessen die rechtspopulistische bis in weiten Teilen rechtsextreme Partei inhaltlich stellen.

fdp.de

Die Grünen Es gibt einen zusätzlichen Antrag von Grünen um Renate Künast für eine weitere Prüfung der Chancen eines Verbotsantrags in Karlsruhe ... beide Anträge (sollen) noch in dieser verkürzten Legislaturperiode behandelt und an die Fachausschüsse zur Beratung geleitet, wo dann evtl. beide Anträge zusammengeführt werden.

Spiegel, 13.11.24

SPD Die SPD-Spitze um Rolf Mützenich hält den Verbotsantrag für zu früh. (13.11.24, Heute). Carsten Schneider, Ostbeauftragter der Regierung: „Wenn wir eine Partei verbieten, die uns nicht passt, in Umfragen aber stabil vorne liegt, dann führt das zu einer größeren Solidarisierung mit ihr,

die Kollateralschäden wären sehr hoch.“ Saskia Esken erwartet, dass die Verfassungsschutzämter extremistische Bestrebungen der AfD weiter zusammentragen, und die Minister ggf. Verfahren, z.B. zur Unterbindung von Finanzströmen rechts-extremer Netzwerke – einleiten werden.

SZ, 4.10.24

Die Linke Martina Renner sagt, man sei überzeugt, dass die (hohen) Verbotsvoraussetzungen im Fall der AfD gegeben seien. Bodo Ramelow: „Was ich wollen würde, ist nicht vordringlich, entscheidend ist, was an beweisbaren, gerichtsfesten Unterlagen vorgelegt werden kann.“ Politiker seien bei einer solchen Debatte zudem „immer in Gefahr, als Konkurrenten zu erscheinen“.

ZDF heute, 2.10.24

BSW Sahra Wagenknecht: ... der „dümmste Antrag des Jahres“. ... die Ampel-Parteien und die CDU nehmen die Interessen der Wähler nicht ernst und wollten „den unliebsamen Konkurrenten mit der Verbotskeule erledigen“.

Der Westen, 2.10.24

AFD Alice Weidel kritisiert das „antidemokratische Verbotsverfahren gegen die zweitgrößte Kraft in Deutschland“. Die Bundesregierung missbrauche die Geheimdienste, um „die Opposition zu kriminalisieren“. **Bayerischer Rundfunk**, 14.11.24

Verwendete Quellen: • Hajo Düchting: „Wie erkenne ich? Bauhaus, belser-Verlag 2019
• Landtag Sachsen-Anhalt, Drucksache 8/4681 • welt.de/sonderthemen/bauhaus/article186561740/Bauhaus-und-Sozialer-Wohnungsbau.html • boeckler.de/de/magazin/mitbestimmung-2744-prototyp-fur-den-sozialen-wohnungsbau-60335.htm • Damian Kaufmann: „Das Bauhaus als Zielscheibe rechter Kulturpolitik“ in: zeilenabstand.net 28.10.2024 • Bund Deutscher Architekten, LV Sachsen-Anhalt e.V., Stellungnahme zum Antrag der AfD-Fraktion vom 15.10.2024 • https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Schultze-Naumburg • Sendung „artour“ des MDR vom 7.11.2024 • „Der Kampf um die Köpfe“, 2019, Stadtkulturmagazin Hamburg <https://www.stadtkulturmagazin.de/category/nr-49-wo-sind-unsere-grenzen-der-toleranz/> Nr. 49 • www.architekturfotoblog.de • Klaus Englert: Bauhaus-Tradition für soziales Wohnen. Es fehlt mutige Stadtpolitik, Deutschlandfunk Kultur 2015

Weltkulturerbe Bauhaus und die Moderne: Zielscheibe im AfD-Kulturkampf

Rudi Arendt, Uetersen

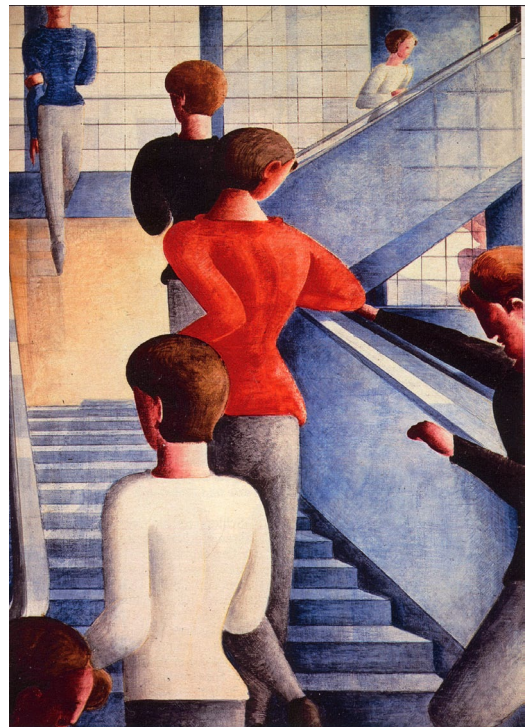
2025 feiert das Bauhaus in Dessau sein 100-jähriges Bestehen. Von Walter Gropius errichtet, kam in der Zeit auch die gleichnamige Hochschule von Weimar nach Dessau. Denn 1924 hatten Rechtskonservative und Deutsch-nationale in Thüringen die Wahl gewonnen, und dem Bauhaus in Weimar die Mittel gekürzt. Entstanden 1919, suchten hier nach dem Weltkrieg Künstler, Architekten und Sozialreformer eine Neuorientierung. Künstler sollten in den „gesellschaftlichen Produktionsprozess einbezogen und den Bedürfnissen des Volkes“ dienen. An erster Stelle stand die Architektur, da es nach dem Krieg einen großen Bedarf an Wohnraum gab.

Im Landtag von Sachsen-Anhalt stellte die AfD nun den Antrag „Irrweg der Moderne – für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bauhaus“. Das Doppeljubiläum des UNESCO-Weltkulturerbe Bauhaus sei zu würdigen. Eine „einseitige Glorifizierung des Bauhaus-Erbes“ jedoch abzulehnen und stattdessen „in einer kritischen Auseinandersetzung ein seriöses und kulturgeschichtliches Gesamtbild aufzustellen“, die alle Aspekte des Bauhauses beleuchte. Es gehe um eine „wissenschaftliche Neubewertung“. Begründet mit pauschalen Diffamierungen und Schlagwörtern wie „historische Bausünden“ und „unpersönliche Architektur“, „fragwürdige Werte“ einer „universellen Ästhetik“, „ideologische Hintergründe“ mit einer klaren „Nähe zum Kommunismus“, „globale Verwertung als Einheitsbrei“, die zur „Verwässerung regionaler Einheiten“ geführt hätte.

Dieser von allen anderen Fraktionen auf Ablehnung stoßende Angriff löste heftige Reaktionen aus, selbst im Ausland. Barbara Steiner (Stiftung Bauhaus Dessau) verwahrte sich gegen den Vorwurf der „einseitigen Glorifizierung“. Benjamin Hoff, Kultusminister Thüringens, attestiert den rechtsextremen Kulturkämpfern der AfD „einen Frontalangriff auf die Erinnerung an das Bauhaus“. „Unter Freunden klassischer Architektur entwickelte sich eine emotionale und kontroverse Diskussion, die teilweise un-

appetitlich ausartete“, so Damian Kaufmann, Kunsthistoriker. Es sei falsch, das Bauhaus auf seine schlichten Fassaden zu reduzieren: „Diese sind weniger einem einheitlichen Bauhaus-Stil geschuldet, als vielmehr der Programmatik ‚Form follows function‘. Die Antragssteller blendeten aus, dass das Bauhaus Normen in der Stadtplanung gesetzt habe, ohne die das heutige Wohnen mit seinen Maßstäben für Wohnkomfort nicht denkbar wäre. „Es geht um die Abkehr von engen, dunklen und krank machenden Mietskasernen der Gründerzeit hin zu sozialem Wohnungsbau mit modernen Standards wie Zentralheizung, Bad und Küche. Das Bauhaus revolutionierte das Wohnen großer Bevölkerungsschichten durch die industrielle Produktion von Wohnraum.“ Eine Antwort auf die große Wohnungsnot der Weimarer Republik. „Dass die Lösungsansätze nicht ganz ohne Schattenseiten auskamen, muss aber ebenfalls festgehalten werden“, so Kaufmann.

Der Landesfachverband der ArchitektInnen stellt fest, dass „das Wirken des historischen Bauhauses undifferenziert mit einer populistischen und substanzlosen Kritik an der Architektur der Moderne vermischt“ werde. Die AfD spreche von einem „Bauhaus-Stil“, ohne diesen zu definieren: „Schon im historischen Bauhaus war in Lehre und Praxis eine erstaunliche Weite an künstlerischen und stilistischen Ausprägungen sowie poli-



Oskar Schlemmer: Die Bauhaustreppe, eine „Verdichtung der Idee des Bauhauses“ gemalt 1932, als Utopie zur Fortdauer gegenüber dem aufkommenden Faschismus. Der Zusammenklang von (lichtdurchfluteter) Architektur, Mensch (als denkendes empfindendes Wesen) und Farbe.

Bild: <https://de.wikipedia.org/wiki/Bauhaustreppe>, Oskar Schlemmer, Public domain, via Wikimedia Commons

tischen Haltungen festzustellen. Daher verbietet sich der Begriff ‚Bauhaus-Stil‘ für eine seriöse und fundierte Beschäftigung mit der modernen Architektur. Dies ist Konsens in der Wissenschaft.“ Der Antrag vermische zwei Zeitebenen. Teilweise berechtigte Kritik an einzelnen Ausprägungen des historischen Bauhauses werde undifferenziert herangezogen, „um ein diffuses Unbehagen an der seitdem praktizierten modernen Architektur zu äußern, die zu ‚traditionell und kulturell verankerten Vorstellungen von Wohn- und Lebensräumen‘ in einen demonstrativen Gegensatz gestellt wird.“ Hier scheine „ein uninformatives wie kulturpessimistisches Gedankengut auf, dass sich dem Duktus nationalistischer und völkischer Strömungen der Zwischenkriegszeit“ bediene.

Von dem Rassenideologen Paul Schultze-Naumburg stammt der Begriff „Irrweg der Moderne“ als Bezeichnung für das moderne Bauen. Seit 1930 Hochschuldirektor in Weimar, verteufelte er das Bauhaus als „undeutsch“, die Stuttgarter Weissenhofsiedlung diffamierte er als „Araberdorf“. Seine völkische Sicht auf das Bauen wolle die AfD nun wieder aufleben lassen, so die Gedenkstätten-Stiftung Buchenwald.

Hans-Thomas Tillschneider, der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion (s.a. PB 5/24 „Kulturkampf von rechts“), versucht den Architekten Phillip Oswald,

im Streit aus der Bauhaus-Stiftung ausgetreten, für sich zu vereinnahmen. Der wehrt sich: „Es bedarf einer roten Linie zu Positionen, die halt wirklich völkisch und rassistisch sind, ... dass diese pauschale Kritik an jeder Art von moderner Architektur auf einen solchen Weg leitet. Das können wir als Gesellschaft nicht akzeptieren.“ Er verweist auf den rechts-extremen Theoretiker Alain de Benoist und dessen Kulturkampfpapare aus den 1980er Jahren. Jahre zuvor insistierte schon Armin Mohler auf die „Konservative Revolution“ der Weimarer Zeit. Das Ziel: extrem rechte Positionen aus dem Kontext des Nationalsozialismus herauszulösen, „rein“ zu waschen und einen intellektuellen Anstrich zu geben.

Nach der einkalkulierten Zurückweisung wechselte Tillschneider in die Opferrolle, versuchte seine ausgemachten Gegner weiter zu reizen und ihnen ein Diskutierverbot anzuhängen. Sich bei Fachdiskussionen nach Belieben zu bedienen, sticht ebenso hervor. So gibt es in Architektur-Fachmagazinen und Blogs eine Diskussion zu „Architektur und Identität – Regionale Einflüsse“. Hier findet sich aber kein Bezug auf eine typisch „deutsche Baukultur“, die die AfD der Diskussion einpflanzen will. Es bleibt ein durchsichtiger Versuch, sogenannte unbestrittene „Bausünden“ auf das Bauhaus zurückführen zu wollen und völkisch identitär zu wenden.

Zur Bauhaus-Tradition für soziales Wohnen schreibt Klaus Englert, Architekturkritiker, mit einem Rückgriff auf die Geschichte:

„Im Oktober 1929 kamen nach Frankfurt am Main europäische Visionäre, um über eine Frage zu debattieren, die damals viele Länder bewegte: ‚Die Wohnung als Existenzminimum‘. Mit dabei auch Walter Gropius und der Frankfurter Stadtbaurat Ernst May. Eindringlich mahnten diese an, Wohnungen für die ‚mindestbemittelte Schicht der Bevölkerung‘ zu schaffen ... Dass sich einflussreiche Architekten in einer deutschen Metropole treffen, um über Standards erschwinglichen Wohnens zu streiten, ist heutzutage unvorstellbar.

1929 war das noch anders: Ernst May errichtete die Römerstadt – eine Großsiedlung mit 1220 Wohnungseinheiten für die unteren sozialen Schichten. Der afghanische Bauhaus-Direktor Omar Akbar, ein später Nachfolger von Walter Gropius, entsann sich 2008, kurz nach Beginn der internationalen Finanzkrise, des legendären Frankfurter Kongresses mit der Frage, wo denn die Stararchitekten seien, die das Elend bekämpften. Schließlich lebten 900 Millionen Menschen unter dramatisch schlechten Bedingungen.“

DOK Rechte Kräfte in der EU

Red. Michael Juretzek, Bremen

RN-Prozess: Harte Strafen für „neuartige“ Vergehen gefordert

FRANKREICH. Im Prozess gegen Marine Le Pen und 24 weitere Angeklagte des Rassemblement Nationale hielt die Staatsanwaltschaft am 13. November ihr Plädoyer. Für Le Pen forderte sie fünf Jahre Haft, davon zwei ohne Bewährung, 30 000 € Geldstrafe und fünf Jahre Nichtwählbarkeit, die auch im Fall einer Berufung sofort gilt. Praktisch hieße das, dass sie ihren Abgeordnetenstatus behält, aber kein neues Mandat anstreben kann.

Die Angeklagten werden beschuldigt, EU-Gelder für die Bezahlung der Assistenten von EU-Abgeordneten veruntreut zu haben. Staatsanwältin Neyton sprach von einer absolut neuartigen Seite dieser Affäre, „eines Ausmaßes, das in Millionen Euro gemessen wird, ... ihrer Dauer, die sich über zwölf Jahre, drei Legislaturperioden und wahrscheinlich sogar noch früher erstreckt; und ihres organisierten, systemischen Charakters. Es handelt sich um eine regelrechte Kriegsmaschine, die von der Parteiführung gesteuert wird, um den FN (Front National, heute Rassemblement Nationale, M.J.) und sein Wachstum zu finanzieren, unter Verletzung elementarer Regeln. Das Europäische Parlament war ihre Milchkuh.“

Staatsanwalt Barret zur Bedeutung der damaligen Vorsitzenden des FN: „Sie steht im Zentrum der Entscheidung“, und Neyton konkretisierte, „es gab ein direktes Interesse der Hauptverantwortlichen und eine persönliche Bereicherung ihrer Angehörigen, um den Freunden von Marine Le Pen einen komfortablen Lebensstil zu ermöglichen, 4 000 bis 5 000 Euro pro Monat für ihre Schwester, ihre treue Sekretärin und ehrgeizige Leute ihrer engen Garde“.

M. Le Pen, die 2004 ihre politischen Gegner anklagte, sie würden das Geld der Franzosen stehlen und die Franzosen „haben es satt zu sehen, dass gewählte Vertreter Geld veruntreuen“, griff die Staatsanwaltschaft an, sie wolle ihr „und den Franzosen die Möglichkeit nehmen, zu wählen, wen sie wollen“. Dem Vorwurf, es ginge der Justiz nur darum, M. Le Pen „Ausschluss aus dem politischen Leben fordern zu können“, entgegnete Barret: „Muss die Justizbehörde für ihre Auswirkungen auf das demokratische Leben zur Rechenschaft gezogen werden? Nein. Sie stellt lediglich strafbare Verhaltensweisen fest, das Gesetz ist für alle gleich. Und die Strafen der Nichtwählbarkeit wurden

vom Gesetzgeber auferlegt, der ihr einen hohen Wert zumessen wollte.“

Für die Mitangeklagten, u.a. Stadträte, Regionalräte, Bürgermeister, EU-Abgeordnete, Partei-Schatzmeister, wurden Haftstrafen, Geldstrafen und Nichtwählbarkeit in unterschiedlicher Höhe gefordert. Das Urteil wird 2025 verkündet. Für den Fall eines harten Urteils kündigt RN-EU-Abgeordneter Philippe Olivier an „kann sich die Verärgerung verhärten und versuchen, das System gewalttätiger als durch eine Wahl zu erschüttern“.

Quellen: Le Monde, Ausgaben 15., 16. und 18.11.2024

Auslandsfinnen droht Renten Kürzung

FINNLAND. – Die Portabilität von Renten soll eingeschränkt werden. Die finnische Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Abschaffung der Portabilität der steuerfinanzierten Volksrente ab dem 1. Januar 2025 vorsieht. Geplant ist, die Zahlung von Alters- und Invaliditätsrenten an Empfänger in EU-Ländern und dem Europäischen Wirtschaftsraum außerhalb von Finnland ab 2025 einzustellen. Diese „Zusatzleistung“ entspricht der Differenz zwischen der Mindestleistung, die Senioren in ihrem Wohnsitzland erhalten, und ihren erworbenen Rentenansprüchen. Sie soll sicherstellen, dass Rentner in ihrem Wohnsitzland die gleichen Mindestleistungen erhalten, unabhängig davon, wo sie zuvor gearbeitet haben. Möglich wird diese Änderung durch die Einstufung eines Teils der Rentenleistungen als Mindestsicherungsleistungen, die gemäß den europäischen Vorschriften zur Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme als nicht direkt erworbene Rentenansprüche nicht exportiert werden müssen. Vorher hatte bereits Schweden durch den Trick, einen Teil der steuerfinanzierten Mindestrenten (die von der Wohnzeitdauer in Schweden abhängen) als Mindestsicherungsleistungen zu deklarieren, diese Leistung abgeschafft. Finnland folgt damit Schweden, das im Januar 2023 die Zahlung der schwedischen Garantierente an andere EU-Länder einstellte. Nach Angaben der finnischen Sozialversicherungsanstalt würde die Einstellung der nationalen Rentenzahlungen in andere europäische Länder wahrscheinlich 24 000 Menschen betreffen, darunter rund 18 000 Finnen, die in Schweden leben. Die Auswirkungen auf die Freizügigkeit der Menschen innerhalb Europas sollten nicht unterschätzt werden.

Quelle: Newsletter 10/2024 der Deutschen Sozialversicherung Europavertretung Finnland
Wants To Restrict Pension Portability / Deutsche Sozialversicherung Europavertretung

Ruf nach bezahlbarem Wohnraum wird unüberhörbar – erste Schritte der EU-Kommission

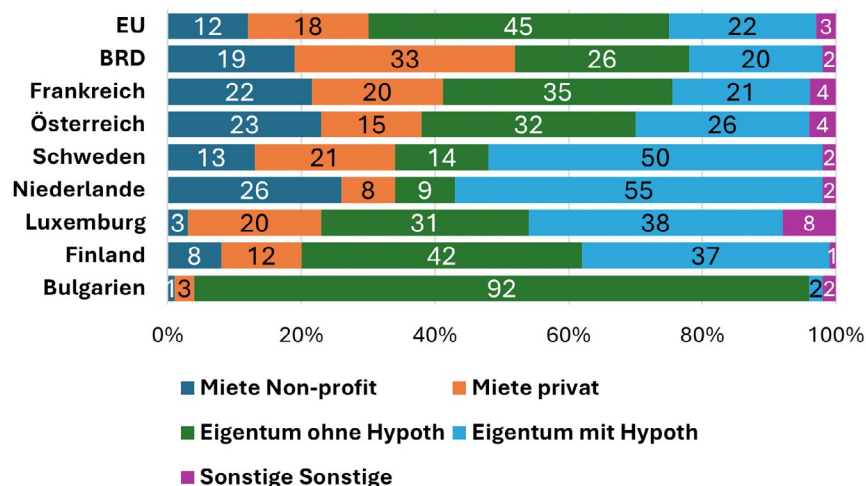
Michael Juretzek, Bremen. Im Oktober demonstrierten Hunderttausende in verschiedenen spanischen Städten gegen unbezahlbar hohe Mieten, den seit 2010 völlig eingestellten Sozialwohnungsbau, den Verkauf kommunaler Wohnungen an Investmentfonds, die Zweckentfremdung von Wohnraum in Touristenunterkünften (in Valencia z.B. 17000), zunehmende Obdachlosigkeit und drohten mit einem Mietstreik. Die Entwicklung in Spanien ist EU-weit zu beobachten. Der Rückzug der Regierungen aus dem öffentlich geförderten Wohnungsbau hat zu einem Rückgang des in der Grafik unten angegebenen Non-profit-Anteils von 12% 2026 auf aktuell 9% geführt. In der BRD hat sich der Bestand an Sozialwohnungen seit 2006 halbiert auf eine Million. Bei den Wahlen in den Niederlanden war die Wohnungsfrage eins der zentralen Themen und aktuell in Irland auch. Schon 2021 forderte das EU-Parlament in seiner Entschließung P9_TA(2021)0020 menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum für alle und machte 51 Vorschläge. Die Konferenz des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses „Wohnungskrise in Europa – wie geht es weiter?“ im Februar 2024 forderte einen Europäischen Aktionsplan und Finanzmittel direkt in die Städte. Der Ruf nach wirksamen Maßnahmen gegen die Wohnungskrise ist auch in Brüssel unüberhörbar geworden. Dem neuen Kommissar für Energie, Dan Jorgensen, wurde mit Wohnungsbau ein zusätzlicher Schwerpunkt seiner Arbeit hinzugefügt. „Sie werden den allerersten europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum vorlegen“, heißt es im Missi-

on Letter der Kommissionspräsidentin an ihn, und er werde in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank „eine paneuropäische Investitionsplattform für bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum“ aufbauen. Ist das eine Gelegenheit, dem in der europäischen Säule sozialer Rechte gegebenen Versprechen auf „Zugang zu hochwertigen Sozialwohnungen oder hochwertiger Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung“ wirksame Schritte folgen zu lassen?

Welche unterschiedlichen Herausforderungen dabei zu bewältigen sind, zeigt die Grafik unten. Die ersten beiden Balkensegmente zeigen den Anteil der Mietwohnungen am Wohnungsmarkt an, unterteilt in Non-Profit-Wohnungen (staatlich geförderter Wohnungsbau, Genossenschaftswohnungen) und freien Wohnungsmarkt. Die zwei folgenden Segmente bilden den Wohneigentumsanteil ab, unterteilt in abbezahltes und hypotheckenbelastetes Eigentum.

Dargestellt sind die 5 Mitgliedstaaten mit dem höchsten Mietwohnungsanteil, angeführt von der BRD mit 52% (19+33) und darunter die 4 Länder mit dem höchsten Eigentumsanteil mit Hypothekenbelastung. Hier sind viele Familien vertreten, die auf dem Mietwohnungsmarkt keinen angemessenen Wohnraum finden und in die Eigentumsbildung mit jahrzehntelanger Verschuldung durch Fremdfinanzierung ausweichen – immer bedroht von steigenden Hypothekenzinsen bei Inflationsspitzen. Bulgarien führt mit 92% vor Slowenien, Polen und Litauen bei Wohnstrukturen, die vorwiegend durch unbelastetes Wohneigentum geprägt sind.

EU-Wohnungsmarkt 2016 in %



Arbeiterkammer Wien:
 Infobrief 3/24

eu & international

- CSDDD unter Druck, Lieferkettengesetz
- EU-Richtlinie zur Plattformarbeit
- Strategische Agenda 2024-2029
- Letta-Bericht
- Das EU-Parlament nach der Wahl 2024
- Streit um Zölle
- EU-Abstimmungsverhalten
- Buchtipp: Eurowhiteness

https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC05712646_2024_3/

EGB fordert Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie

In der Presseerklärung vom 18.11.24 prangert der Europäische Gewerkschaftsbund an:

„Die meisten europäischen Regierungen haben die Frist für die Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie in nationales Gesetz nicht eingehalten – und einige arbeiten aktiv gegen die Ziele der Richtlinie.“

Mehr als 20 Millionen Menschen würden bei Einhaltung der Richtlinie eine Lohnerhöhung erhalten und in tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen stehen.

Aus **Frankreich**, den **Niederlanden** und **Polen** berichten die Mitgliedsgewerkschaften FNV, CGT und SOLIDARNOSC von „Mangel an politischem Willen“.

Aus **Tschechien** kommen sogar Berichte über Regierungsmaßnahmen zur Senkung der Löhne und der Tarifbindung. Die tschechische CMKOS beklagt die Änderung des Arbeitsgesetzbuches in Richtung Abschaffung der garantierten Löhne im privaten Sektor.

Aus **Luxemburg** wird gemeldet, dass der Arbeitsminister versucht, den Einfluss der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen zu verringern.

In **Lettland** wird versucht, „das Recht auf einseitigen Rücktritt von den Tarifverträgen einzuführen“ und öffentliche Aufträge auch an nicht tariflich gebundene Wettbewerber zu vergeben, berichtet der LBAS.

Griechenland. Am 20.11. berichtet der EGB über den 24-stündigen landesweiten Generalstreik für Regierungsmaßnahmen gegen die sinkende Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung (siehe Seite 20).

Quellen: etuc.org/en/pressrelease/member-states-failing-deliver-minimum-wage-directive; etuc.org/en/pressrelease/greek-strike-shows-urgency-minimum-wage-directive



In ihrer Schlusserklärung formulieren linke, grüne und progressive Kräfte des 8. Europäischen Forums ihre Schwerpunkte zukünftiger Aktivitäten und ihre Forderungen an die Institutionen der EU

Michael Juretzek, Bremen. Nachdem das Forum im letzten Jahr Aktive von 96 Organisationen aus 35 Ländern zusammenbrachte, fand es dieses Jahr bei der Ungarischen Metallarbeitergewerkschaft in Budapest statt, um den Kampf der ungarischen Linken unter schwierigen Bedingungen zu würdigen. Hier Auszüge aus der Schlusserklärung.

1. Gerechte Verteilung, Gewerkschaftsrechte und öffentliche Dienstleistungen

Von „grundlegender Bedeutung“ sind „menschenwürdige Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze“, „Stärkung der Gewerkschaftsrechte ... Sozialklauseln in öffentlichen Aufträgen, die Erhöhung von Löhnen und sozialen Rechten ... und das Recht auf eine menschenwürdige Rente ab dem Alter von 60 Jahren ... Wir setzen uns für einen freien und allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung“ in einem „personell angemessen ausgestatteten ... öffentlichen Gesundheitssystem ein“.

„Bildung auf hohem Niveau ... für alle ... ohne religiöse, regressive oder marktgetriebene Einflüsse“ ist ein strategisches Anliegen.

„Wir fordern die Einrichtung eines europäischen Wohnungsbauprogramms, das von einer Wirtschafts- und Sozialpolitik unterstützt wird, die darauf abzielt, die öffentlichen Investitionen in gemeinnützigen Wohnungsbau zu erhöhen ... transnationale Regulierungen, um die Mietpreise zu begrenzen.“

Wir sind „gegen die Wiederaufnahme der von der Europäischen Kommission befürworteten liberalen Austeritätspolitik, ... die auf einer Erhöhung der Militärausgaben auf Kosten ... der Sozialausgaben“ beruht.

2. Klimakrise

„Es ist wichtig, sich vom kohlebasiereten Energiemodell zu verabschieden und gleichzeitig die Schaffung von Arbeitsplätzen zu gewährleisten.“

3. Frieden und Solidarität

„Wir setzen uns für ein Europa ein, ... das einen alternativen Sicherheitsansatz

verfolgt, der auf der neuen Vision beruht, dass kein Staat wirklich sicher sein kann, wenn die anderen nicht das gleiche Sicherheitsniveau haben ... Wir wenden uns gegen die militaristische Dominanz der Nato über die EU und ihre Mitgliedsstaaten ... Stattdessen stellen wir uns ein Europa vor, das frei ist von Mandaten der USA, der Nato und von Mandaten ausländischer Mächte ... Wir fordern daher ein Ende der Gewalt durch Verhandlungen, die beginnen müssen, um der Ukraine im Rahmen der Vereinten Nationen dauerhaften Frieden zu bringen ...

Der Angriff der Hamas vom 7. Oktober, den wir aufs Schärfste verurteilen, rechtfertigt nicht den von Israel geführten Krieg ... Wir bekräftigen, dass die Herstellung eines dauerhaften Friedens in der Region das Ende der Besatzung, der Kolonisierung und des Apartheidregimes, unter dem das palästinensische Volk leidet, erfordert, zusammen mit der Anerkennung eines lebensfähigen und völlig souveränen palästinensischen Staates unter den Resolutionen der Vereinten Nationen festgelegten Bedingungen, der Anerkennung von zwei Staaten ...

Wir fordern ein Ende der Besetzung Zyperns und die Wiedervereinigung des Landes in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen ... Die fortschreitende Entwicklung von Atomwaffen und die Tatsache, dass ihr Einsatz von den Atommächten offen ins Auge gefasst wird, machen die Abrüstung



zu einer dringenden Notwendigkeit für das Überleben der Menschheit ...

Das Recht auf Asyl und die Freizügigkeit müssen zu den grundlegenden Merkmalen des Europas werden, das wir wollen, und wir werden gegen die Politik kämpfen, die im Migrations- und Asylpakt von Ursula von der Leyen vorgeschlagen wurde und darauf abzielt, sie zu verbieten ...“

4. Feminismus

„Die feministischen Bewegungen kämpfen gegen sexistische Gewalt und Ungleichheit, mit der Frauen und ihre Kinder ihr Leben lang konfrontiert sind, und fordern eine umfassende Gesetzgebung und einen robusten politischen Rahmen, um alle Formen sexistischer Gewalt zu bekämpfen ... Gemeinsam mit feministischen Bewegungen wollen wir uns dafür einsetzen, dass das Recht, über den eigenen Körper und die Mutterschaft zu entscheiden, in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgenommen wird.“

5. Junge Menschen und Studierende

Zu einem konkreten Schwerpunkt kommender Jahre soll „ihre Beteiligung an den Plänen, Kampagnen und Aktionen der europäischen Linken, Grünen und progressiven Kräften“ gemacht werden und ihre Förderung.

6. Aufstieg der extremen Rechten

„Angesichts einer wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Krise wächst das Gefühl der politischen Unzufriedenheit und des Mangels an Zukunftsperspektiven in der Arbeiterklasse, und ihre Wut richtet sich gegen rechtsextreme und faschistische Bewegungen, die vereinfachende wirtschaftliche Lösungen zugunsten der Bourgeoisie, der herrschenden Klassen und des Kapitalismus und teilweise auch in Richtung Demotivation und Wahlenthaltung vorschlagen. Nur eine Strategie, die auf sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Teilen und Frieden basiert, die von progressiven Bewegungen verfochten werden, kann ihnen eine positive Perspektive bieten.“

Abschließend erklärt sich das Forum bereit, „in Zusammenarbeit mit den europäischen Gewerkschaften eine Kampagne gegen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Sparpolitik und Kürzungen zu fördern“.

Quelle: <https://europeanforum.eu/2024/11/05/final-declaration-european-forum-2024/>

Original englisch; MSWord-Übersetzung (PB, 2 Seiten A4): <https://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2024/pb24-06-s32-final-declaration-european-forum-2024-d.pdf>